



Demografie-Konzept Hamburg 2030

Mehr • Älter • Vielfältiger

Demografie-Konzept Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.

| | | |
|----------|--|----|
| | Einleitung | |
| | Auftrag | |
| | Auftrag und flankierende Politikfelder sowie fachpolitische Strategien | 06 |
| 1 | Hamburg zieht an | |
| | 1. Wir werden mehr – gegen den Trend | 09 |
| | 2. Wir werden älter – aber nur langsam | 14 |
| | 3. Wir werden bunter | 16 |
| 2 | Hamburg bleibt attraktiv | |
| | 1. für Familien mit Kindern | 18 |
| | 2. für junge Menschen in der Ausbildungs-, Studien- und Berufsanfangsphase | 25 |
| | 3. für qualifizierte Arbeitskräfte, kreative Köpfe sowie Wirtschaftsunternehmen | 32 |
| | 4. für ältere Menschen | 42 |
| 3 | Hamburg führt zusammen | |
| | 1. Integration | 46 |
| | 2. Inklusion | 50 |
| | 3. Wohnen, Stadt- und Quartiersentwicklung, Mobilität | 51 |
| | 4. Gesundheits- und Pflegewesen | 60 |
| | 5. Öffentliche Verwaltung | 69 |
| 4 | Hamburg geht voran | |
| | 1. Ausbau der Vernetzung | 74 |
| | 2. Hamburg 2030 - das Ganze ist mehr als die Summe des Einzelnen | 77 |
| | Impressum | 78 |

„Hamburg 2030: Mehr. Älter. Vielfältiger.“ bildet den Einstieg in den gesellschaftlichen Dialog um eine mittel- und langfristige Demografie-Strategie der Freien und Hansestadt Hamburg.

Der demografische Wandel unserer Gesellschaft ist eine Herausforderung. Attraktive Metropolen haben aber ganz spezifische Ausgangsvoraussetzungen, die sich von anderen Regionen unterscheiden. Demografische Entwicklungen beinhalten für sie mindestens so viele Möglichkeiten wie Risiken.

Kern des demografischen Wandels ist die seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts konstant niedrige Geburtenrate bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung. Der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft steigt an – das gilt auch für Hamburg.

Wenn nicht ständig ausreichend Familien mit Kindern in eine Stadt oder Region zuziehen, nimmt der Anteil jüngerer Menschen an der Bevölkerung ab und die Gesamtbevölkerungszahl beginnt zu sinken. Dies trifft für viele Regionen Deutschlands und Europas zu, nicht aber für Hamburg: Jüngere Menschen und Familien verlegen ihren Lebensmittelpunkt verstärkt nach Hamburg und die Stadt wächst insgesamt, langsam aber beständig. Schon in der Metropolregion Hamburg entwickeln sich die Städte und Landkreise in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich.

Der Zuzug führt Menschen aus anderen Bundesländern nach Hamburg, aber auch aus fast 180 Ländern der Welt. Hamburg wächst und bleibt verhältnismäßig jung. Die Vielfalt der kulturellen Hintergründe und Lebenslagen wird größer, gleichzeitig verändern sich aber auch die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen: Unsere Gesellschaft altert und bisherige traditionelle Geschlechterrollen lösen sich auf – insbesondere Frauen stellen andere Anforderungen an das Berufs- und Familienleben. Die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben, Freizeit und Erwerb werden durchlässiger. Gleichzeitig steigt die Lebensmobilität: Beruf, Wohnort und auch Familienform werden mehrmals im Leben gewechselt. Die Förderung der Potentiale von Frauen und Männern eröffnet neue wirtschaftliche und soziale Chancen. Hamburg wird daher in seinen strategischen Planungen im Blick behalten, dass die Stadt nicht im Laufe der demografischen Entwicklung in getrennte Quartiere unterschiedlicher Altersgruppen, Herkunftskulturen und Lebenschancen auseinanderfällt, sondern die Menschen zusammenführt.

Das folgende Konzept, das in intensiver Zusammenarbeit aller Fachbehörden erarbeitet worden ist, hinterlegt im **ersten Teil** die Erkenntnisse zur demografischen Entwicklung mit detaillierteren Daten.

Im **zweiten Teil** werden die einzelnen Altersgruppen und typischen Lebenssituationen einer näheren Betrachtung unterzogen: Familien mit Kindern, junge Menschen in der Ausbildungs-, Studien- und Berufsanfangsphase, Menschen im erwerbsfähigen Alter und ältere Menschen.

Da die demografischen Veränderungen langsam vor sich gehen, nimmt das Konzept, wo immer es die Daten zulassen, die Perspektive des Jahres 2030 ein. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sich bereits spürbare Veränderungen vollzogen haben, die sich im folgenden Jahrzehnt absehbar noch verstärken. Sofern in diesem Zeitraum relativ verlässlich von weiteren gesellschaftlichen Trends ausgegangen werden kann, werden diese berücksichtigt.

Aus den geschilderten demografischen Entwicklungen und Trends werden Zielsetzungen für die unterschiedlichen Fachpolitiken der Freien und Hansestadt Hamburg abgeleitet. Dabei handelt es sich um Zielsetzungen aus der heutigen Perspektive auf das Jahr 2030 unter Berücksichtigung der sich aktuell abzeichnenden Entwicklungen.

Der **dritte Teil** des Konzeptes zeigt Entwicklungen und Handlungsschwerpunkte unterschiedlicher Fachpolitiken in altersgruppenübergreifenden Themenfeldern auf: Integration, Inklusion, Wohnen, Stadtentwicklung und Mobilität, Gesundheit und Pflege sowie Öffentliche Verwaltung.

Im abschließenden **vierten Teil** werden die nächsten Schritte – wie ein gesellschaftlicher Dialog, ein fortlaufendes Monitoring sowie eine Vernetzung sowohl innerhalb der Metropolregion Hamburg als auch mit anderen Metropolregionen ähnlicher demografischer Prägung – beschrieben.

Auftrag und flankierende Politikfelder sowie fachpolitische Strategien

Mit Beschluss vom 14. Februar 2012 hat der Senat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz federführend beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei und unter Beteiligung aller Behörden ein ressortübergreifendes Demografie-Konzept für die Freie und Hansestadt Hamburg zu erarbeiten. Ziel ist es, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen, um das gesellschaftliche Zusammenleben aller Generationen und den wirtschaftlichen Wohlstand in Hamburg langfristig zu sichern. Die Auswirkungen einer älter und vielfältiger werdenden Gesellschaft sowie langfristig sinkender Bevölkerungszahlen sollen insgesamt in den Blick genommen und eine gemeinsame Handlungsstrategie für Hamburg entwickelt werden. Für Hamburg bestehen in den einzelnen Fachpolitiken bereits heute folgende strategische und konzeptionelle Planungen:

- Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz hat 2012 einen **Bilanz- und Perspektivenbericht „Älter werden in Hamburg“** veröffentlicht. Der Bericht analysiert die Lebenssituationen älterer Hamburgerinnen und Hamburger und formuliert Ziele und Maßnahmen für eine Stadt, in der ältere Menschen gut und möglichst lange selbständig leben können.
- Am 26. Februar 2013 hat der Senat das neue **Hamburger Integrationskonzept** „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ beschlossen. Das Konzept richtet sich an alle Teile der Gesellschaft und betont drei Aspekte: Willkommenskultur, Vielfalt und Zusammenhalt. Fortschritte für alle zentralen Themenfelder der Integration werden anhand von Indikatoren und Zielwerten überprüft.
- Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hat behördenübergreifend und im Dialog mit der Agentur für Arbeit Hamburg, Jobcenter team.arbeit.hamburg sowie der Handels- und Handwerkskammer, dem Unternehmensverband Nord und dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine **Fachkräftestrategie** für Hamburg entwickelt, die am 28. Mai 2013 vom Hamburger Senat verabschiedet wurde. Die **Fachkräftestrategie** bildet den fachlichen Rahmen, Strategien und Handlungsansätze zu initiieren und weiterzuentwickeln; das im Juni 2013 gegründete Fachkräftenetzwerk bietet den organisatorischen Rahmen für eine fachpolitikübergreifende Arbeit aller Partner. Auch hier ist geplant, die Fachkräftestrategie fortzuschreiben. Basis hierfür wird unter anderem das Fachkräftemonitoring sein.
- Das Personalamt beschäftigt sich bereits seit 2004 mit den steigenden Personalbedarfen, die sich aufgrund der demografischen Entwicklung ihres eigenen Personals ergeben. Darüber hinaus wurden in den Folgejahren viele Instrumente des **Personalmanagements** im Hinblick auf die wachsende Herausforderung einer älter werdenden Belegschaft neu ausgerichtet, z.B. die Betriebliche Gesundheitsförderung, Wissensmanagement etc.
- Mit dem **Pakt für Prävention – Gemeinsam für ein gesundes Hamburg** hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz im Jahr 2010 einen Kooperationsverbund begründet, der Prävention und Gesundheitsförderung in jedem Lebensalter und lebensweltorientiert stärkt.
- Am 18. Dezember 2012 hat der Senat den **Hamburger Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** beschlossen und der Hamburgischen Bürgerschaft zugeleitet. Mit dem Landesaktionsplan markiert der Senat ressortübergreifend zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft und im Arbeitsleben.

- Das **Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm**, das der Senat am 5. März 2013 beschlossen hat, stellt unter dem Titel „Selbstbestimmung und gerechte Teilhabe“ die gleichstellungspolitischen Herausforderungen für Hamburg dar und legt die Grundsätze und Leitlinien der Hamburger Gleichstellungspolitik fest.
- Mit dem **Rahmenkonzept Kinder- und Jugendkultur in Hamburg 2012** bekräftigt der Senat seinen Ansatz, zeitgemäße Konzepte der Kinder- und Jugendkulturarbeit in einem stadtweiten Netzwerk von Kultureinrichtungen, Kulturakteuren, Künstlern und Kulturvermittlern, Behörden, Ämtern, aber auch privaten Förderpartnern wirksam werden zu lassen und Projekte der Kinder- und Jugendkultur in relevanten Handlungsfeldern der Stadtpolitik zu initiieren.
- Das **Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)** verfolgt das Ziel, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln und den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Stadt zu fördern. Dazu werden auf der Basis integrierter Entwicklungskonzepte zahlreiche Maßnahmen und Projekte in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt. Zudem hat sich der Senat zum Ziel gesetzt, im Sinne des integrierten Ansatzes alle dafür erforderlichen Fachpolitiken stärker auf die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auszurichten.
- Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erarbeitet bis zum Frühjahr 2014 einen fachpolitischen Beitrag „**Perspektiven der Stadtentwicklung – Hamburg 2030**“, in der die wesentlichen Handlungsschwerpunkte der räumlichen Entwicklung für die nächsten Jahre benannt werden. Das Dokument ist als Positionsbestimmung und Leitbild zu interpretieren.
- Mit dem am 17. September 2013 vom Senat verabschiedeten Mobilitätsprogramm 2013 ist auch der Wiedereinstieg in die integrierte **Verkehrsentwicklungsplanung** beschlossen worden. Im Rahmen dieses Prozesses werden verkehrsträgerübergreifend Strategien und Maßnahmen für die zukünftige verkehrliche Entwicklung erarbeitet. Dabei werden demografische Faktoren eine wichtige Rolle spielen.

Das Demografie-Konzept steht in engem Bezug zu diesen Fachkonzepten und -planungen, die verschiedene Einzelaspekte demografischer Entwicklungen aufgreifen. Mit dem vorliegenden Konzept bindet der Senat die einzelnen ressortspezifischen Konzepte in den Gesamtkontext des demografischen Wandels ein und definiert, unter Berücksichtigung der längerfristigen Bevölkerungsentwicklungen bis 2030, Ziele, Handlungsbedarfe und -ansätze, die bei einer Fortschreibung der einzelnen Konzepte mit den jeweiligen Beteiligten aber auch bei weiteren ressortstrategischen Planungen Berücksichtigung finden müssen.

1

Hinweis

Im vorliegenden Demografie-Konzept konnten die Daten aus dem Zensus 2011 noch nicht umfassend eingearbeitet werden, da insbesondere die Ergebnisse aus der Haushaltegenerierung noch nicht vorliegen. Für Prognosen wird die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder (12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - KBV) herangezogen. Die Daten der 12. KBV basieren auf der Fortschreibung der Volkszählung 1987. Die Treffsicherheit dieser für die Zukunft ermittelten Bevölkerungszahlen hängt vor allem von der Güte der Einschätzung der zukünftigen Wanderungssalden ab. Da diese nur begrenzt verlässlich geschätzt werden können, werden in der Regel mehrere Varianten mit unterschiedlichen Wanderungsannahmen berechnet: Bei der 12. KBV wurden mittelfristige Wanderungsgewinne Deutschlands von 100.000 und 200.000 pro Jahr angenommen.

Auf der Grundlage der Daten des Zensus 2011 werden neue Bevölkerungsvorausberechnungen möglich sein, durch die diese Trends evaluiert werden müssen. Diese KBV wird frühestens im 2. Halbjahr 2014 möglich sein. Sie wird im Rahmen des geplanten Demografie-Monitorings berücksichtigt werden (s. hierzu 4.2.).

Nach der 12. KBV, die auf der (höheren) Bevölkerungszahl auf Basis der Fortschreibung der Volkszählung 1987 basiert, wird die Bevölkerungszahl im Bundesgebiet von 82 Millionen auf 77 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 5,7 %. Der Zensus 2011 weist für Deutschland eine (niedrigere) Bevölkerungszahl von knapp über 80 Millionen Menschen aus. Eine Prognose für die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 auf der Grundlage dieser neueren Zahl liegt noch nicht vor.

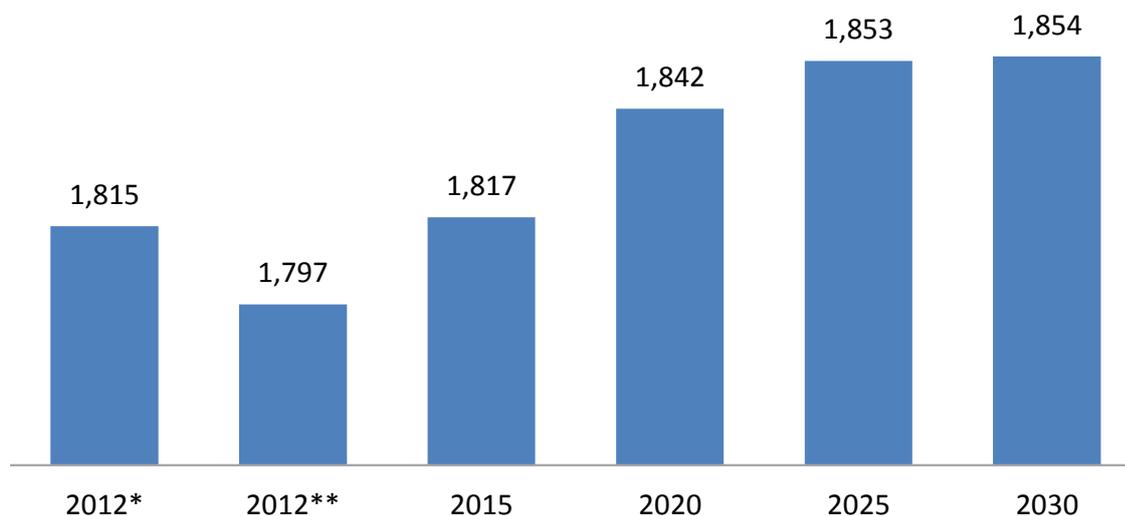
Unabhängig hiervon kann jedoch konstatiert werden, dass die Geburtenrate bei etwa 1,4 Kindern pro Frau stagniert. Deutschlandweit haben sich die Geburtenzahlen seit 1960 halbiert. Dies führt dazu, dass sich die deutsche Bevölkerung (ohne Zuwanderung) pro Generation um etwa ein Drittel vermindert, denn in der Konsequenz niedriger Geburtenzahlen sinkt auch die Zahl potenzieller Mütter. Ob und in welchem Umfang diese Entwicklung durch Zuwanderung tatsächlich kompensiert wird, kann nicht mit Sicherheit prognostiziert werden: Während der Verlust durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2003 bis 2010 nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden konnte, war der Wanderungsgewinn in den Jahren 2011 und 2012 wieder höher.

Mit diesen Entwicklungen steht Deutschland nicht allein da. Hohe Bevölkerungszuwächse werden fast nur noch in Afrika erwartet. In den meisten europäischen Ländern und auch in der Russischen Föderation wird mit rückläufigen Bevölkerungszahlen gerechnet. Im Übrigen werden leichte Bevölkerungszunahmen prognostiziert. Regional bestehen jedoch nicht unerhebliche Unterschiede. Bei näherer Betrachtung gibt es in Europa und auch in Deutschland Regionen mit (noch) wachsenden Bevölkerungszahlen. Hamburg gehört dazu.

1. WIR WERDEN MEHR – GEGEN DEN TREND.

Hamburg gehört zu den Wachstumsregionen in Deutschland. Abweichend vom Bundestrend hat Hamburg seit Anfang der 90er Jahre eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Am Ende des ersten Halbjahres 2013 lebten in Hamburg nach der neuesten Bevölkerungsfortschreibung, die auf den Ergebnissen des Zensus 2011 beruht, 1,743 Mio. Einwohner¹. Das sind 36.000 mehr als am Zensusstichtag 9. Mai 2011². Nach den aktuell verfügbaren unterschiedlichen Projektionen, die alle noch auf den alten Daten beruhen, wird die Bevölkerung in Hamburg weiter anwachsen³.

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 2030



Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. KBV auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach der Volkszählung 1987, Variante 1-W1 Untergrenze der mittleren Bevölkerung.

* Ist 2012 gemäß alter Bevölkerungsfortschreibung.

** Prognose 2012 gemäß 12. KBV.

¹ Mit Stand August 2013 lebten in Hamburg 1,748 Mio. Einwohner.

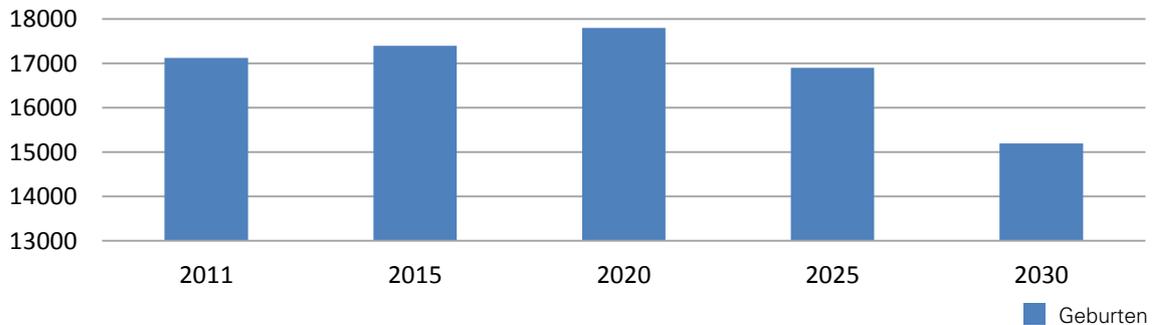
² Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. 1/2014 vom 6. Januar 2014.

³ Nach der 12. KBV auf Basis der Volkszählung 1987 wird ein Anstieg von 1,815 Mio. Menschen (für 2012 damals unterstellt) auf rund 1,9 Mio. Menschen (2030) prognostiziert (Statistisches Bundesamt, 12. KBV, Variante 1-W1 Untergrenze der mittleren Bevölkerung). Erst für die Zeit nach 2030 wird auch in Hamburg voraussichtlich mit sinkenden Bevölkerungszahlen gerechnet. Die Datengrundlagen, die Hamburg benötigt, um eine an die konkreten hamburgischen Bedingungen angepasste Vorausschau in Angriff zu nehmen, werden frühestens im zweiten Halbjahr 2014 zur Verfügung stehen (s.o. Hinweis). Es ist jedoch davon auszugehen, dass Hamburg auch nach einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung auf Basis des Zensus 2011 (jedenfalls in den nächsten Jahren) noch Bevölkerungszuwächse erwarten kann. So zeigt die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg im ersten Halbjahr 2013 weiterhin ein deutliches Wachstum durch Zuwanderung. Dem negativen Geburtensaldo von -589 steht ein positiver Wanderungssaldo von + 8.999 gegenüber (Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. 1/2014 vom 6. Januar 2014).

Beeinflusst wird die Bevölkerungsentwicklung von zwei Faktoren: dem Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo.

Entsprechend des bundesweiten Trends hat auch Hamburg eine niedrige Geburtenrate zu verzeichnen. Im Jahr 2010 betrug sie etwa 1,3 Kinder je Frau; im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2010 lag sie bei 1,23 Kindern je Frau⁴. Gleichzeitig verbleiben die Geburtenzahlen auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2010 wurden von den in Hamburg lebenden Frauen 17.377 Kinder zur Welt gebracht⁵, das waren 3,6 % mehr als 2009 und 1.218 Kinder mehr als im Jahr 2000. Grund hierfür ist, dass derzeit deutlich mehr potentielle Mütter in Hamburg leben als vor zehn Jahren. Gab es im Jahr 2000 rund 422.000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, waren es 2012 bereits 454.200⁶. Nach der 12. KBV kann Hamburg noch bis 2020 mit leicht steigenden Geburtenzahlen rechnen, danach werden zurückgehende Geburtenzahlen erwartet.

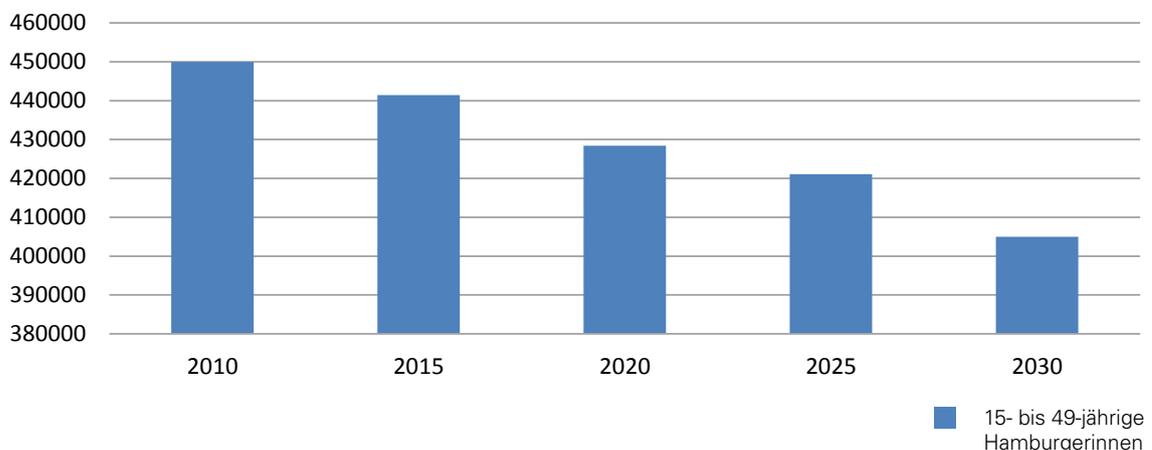
Prognose Geburten von Hamburgerinnen



Quelle: Statistikamt Nord, Statistischer Bericht A I 8 – 2010 H vom 15.04.2010, Ergebnis der 12. KBV. Geburtenzahl für 2011: Statistisches Jahrbuch für Hamburg 2012/2013.

Die prognostizierte Entwicklung für die Zeit nach 2020 beruht auf einer weiterhin niedrigen Geburtenrate sowie insbesondere auf einem Rückgang der Anzahl der Hamburgerinnen im gebärfähigen Alter:

Prognose Hamburgerinnen im gebärfähigen Alter



Quelle: Statistikamt Nord, Statistischer Bericht A I 8 – 2010 H vom 15.04.2010, Ergebnis der 12. KBV.

⁴ Statistikamt Nord, Statistik informiert Nr. 104/2011.

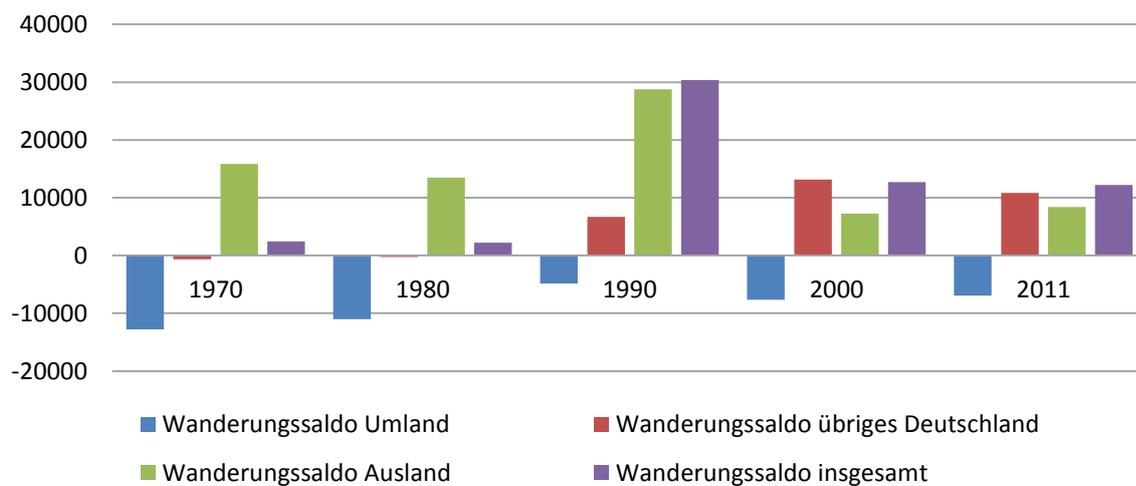
⁵ 2011 wurden 17.125 Kinder geboren; 2012 insgesamt 17.696.

⁶ Statistikamt Nord, Bevölkerungsfortschreibung.

Bei Betrachtung der Differenz aus Geburten und Sterbefällen kann Hamburg einen leicht positiven Saldo aufweisen, der naturgemäß zwischen den Jahren schwankt (2010: 317, 2011: 65, 2012: 684). Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass diese Entwicklung anhalten wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts in ein Alter höherer Sterblichkeit kommen. Trotz dieser Entwicklung wird die Bevölkerungszahl in Hamburg zunehmen. Der Grund für die positive Bevölkerungsentwicklung in Hamburg liegt vor allem in der Zuwanderung.

Als attraktives Wirtschaftszentrum in Norddeutschland zieht Hamburg viele und insbesondere junge Menschen – vor allem auch junge Frauen – an. Seit 1990 verzeichnet Hamburg – wie die nachfolgende Abbildung zeigt – positive Wanderungssalden mit dem übrigen Bundesgebiet (ohne die sechs angrenzenden Kreise Niedersachsens und Schleswig-Holsteins). Gleichzeitig verliert Hamburg weniger Menschen an das Umland als noch in den 70er und 80er Jahren. Insgesamt spiegelt die Entwicklung einen weltweiten Trend zur „Verstädterung“ der Bevölkerung wider.

Wanderungssalden zwischen Hamburg, Deutschland und dem Ausland



Quelle: Statistikamt Nord, Statistische Jahrbücher 2004/2005 bis 2012/2013
 Umland = Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg und Stade.

Die Wanderungsgewinne und -verluste Hamburgs sind je nach Alter, Geschlecht und Herkunfts-/ Zielgebiet unterschiedlich: Mit den sechs Umlandkreisen war der Saldo im Jahr 2010⁷ – außer bei den 18- bis unter 25-Jährigen – in allen Altersgruppen sowohl bei Männern als auch bei Frauen negativ. Mit dem übrigen Bundesgebiet hingegen war der Wanderungssaldo 2010 außer bei den 50-Jährigen und Älteren in allen Altersgruppen positiv – bei den jungen Frauen zwischen 18 und 30 Jahren stärker als bei den jungen Männern. Auch gegenüber dem Ausland war nur bei den 50-Jährigen und Älteren ein Wanderungsverlust zu verzeichnen; der Wanderungsgewinn bei den unter 50-Jährigen war hier allerdings bei den Männern höher als bei den Frauen. Insgesamt hat damit die Struktur der Wanderungsgewinne und -verluste eine „Verjüngung“ der Hamburger Bevölkerung bzw. eine Abschwächung des demografischen Wandels zur Folge. Dies wird noch deutlicher, wenn man nur den Wanderungssaldo insgesamt nach Alter betrachtet: Einen Wanderungsgewinn von insgesamt 14.500 gab es 2010 bei den 18- bis unter 30-Jährigen. In allen anderen Altersgruppen gab es einen Wanderungsverlust – insgesamt von rund 2.500.

Im Rahmen des Demografie-Konzeptes kann Hamburg nicht allein betrachtet werden. Hamburg ist Teil einer Metropolregion von mehr als 5 Millionen Einwohnern, die ca. 1 % der EU-Bevölkerung ausmacht. Die Bevölkerungsentwicklung in dieser Metropolregion ist bedeutend für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs. Der demografische Wandel wirkt sich auf die Kreise und Städte der Metropolregion Hamburg unterschiedlich aus. Während Hamburg und die Umlandkreise derzeit noch wachsen, sind in den von Hamburg entfernteren Regionen die Auswirkungen des demografischen Wandels schon jetzt zu spüren. In den kommenden Jahren werden diese Disparitäten voraussichtlich größer werden. Hamburg und das unmittelbare Umland werden nach den vorliegenden Projektionen zunächst noch weiter wachsen, während in entfernteren Kreisen der Metropolregion die Einwohnerzahl deutlich abnimmt.

Vor dem Hintergrund vielfältiger Verflechtungen hat Hamburg ein zentrales Interesse daran, dass auch in den Umlandkreisen gute Lebensbedingungen und Versorgungsstrukturen erhalten bleiben. Hamburg wird sich bei der Bewältigung demografischer Veränderungen in der Metropolregion aktiv einbringen (s.u. 4.1.).

⁷ Das Jahr 2010 ist von der Struktur her relativ typisch für das Wanderungsgeschehen in Hamburg und wird daher hier zugrunde gelegt. Im Jahr 2010 waren keine Sonderfaktoren zu verzeichnen (z.B. Bereinigung des Melderegisters im Rahmen von Wahlbenachrichtigung oder wie bei der Vergabe der Steueridentifikationsnummer), die zu Abmeldungen von Amts wegen führen und die in der Wanderungsstatistik zum Bereinigungszeitpunkt als Fortzüge verbucht werden, auch wenn sie in Wirklichkeit schon in weiter zurückliegenden Jahren stattgefunden haben, das Datum aber nicht bekannt ist. Außerdem entspricht der Wanderungsgewinn 2010 in etwa dem langjährigen Durchschnitt seit 2000 (ohne die Ausreisserjahre 2004, 2008 und 2009). Für das Jahr 2011 sind Wanderungsgewinne vor allem in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen zu verzeichnen, während bei den über 35-Jährigen leichte Wanderungsverluste vorliegen. Besonders positiv war der Wanderungsgewinn bei den 20- bis 24-jährigen Frauen von insgesamt 4.348 (Statistikamt Nord, Statistisches Jahrbuch Hamburg 2012/2013). Für 2012 verzeichnet das Statistikamt Nord einen Wanderungsgewinn für Hamburg in Höhe von 15.011 und für den Zeitraum Januar bis Oktober 2013 in Höhe von 18.600.

| Bevölkerungsprojektion für die Metropolregion Hamburg | | | |
|--|---------------------------------------|--------------------------|------------------------|
| Stadt bzw. Kreis | BBSR | | |
| | Bevölkerung | Private Haushalte | Erwerbspersonen |
| | Veränderung 2010 bis 2030 in % | | |
| Kern | | | |
| Hamburg | 1,6 | 5,3 | 1,5 |
| Umland | | | |
| Pinneberg | 6,7 | 13,0 | 4,8 |
| Segeberg | 7,0 | 13,5 | 5,0 |
| Stormarn | 4,4 | 10,9 | 1,9 |
| Herzogtum Lauenburg | 6,2 | 12,4 | 4,2 |
| Harburg | 7,4 | 15,1 | 5,7 |
| Stade | 3,4 | 10,9 | 1,1 |
| Weitere Kreise | | | |
| Dithmarschen | -5,4 | 1,2 | -9,4 |
| Steinburg | -4,2 | 2,5 | -8,2 |
| Neumünster | -7,1 | -1,3 | -9,4 |
| Ostholstein | -0,6 | 5,0 | -6,6 |
| Lübeck | -4,1 | 0,0 | -6,3 |
| Nordwestmecklenburg | -5,9 | -0,4 | -22,2 |
| Ludwigslust | -10,7 | -5,8 | -27,7 |
| Lüchow-Dannenberg | -6,3 | -0,8 | -9,5 |
| Uelzen | -5,5 | 0,0 | -8,1 |
| Lüneburg | 4,8 | 10,9 | 2,0 |
| Heidekreis | -2,5 | 5,4 | -6,0 |
| Rotenburg-Wümme | 0,0 | 7,1 | -3,5 |
| Cuxhaven | -5,2 | 1,1 | -8,5 |

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Raumordnungsprognose 2030.
 Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen, Analysen Bau. Stadt. Raum, Band 9, Bonn 2012.

2. WIR WERDEN ÄLTER – ABER NUR LANGSAM.

Bundesweit verändert sich als Teil der demografischen Entwicklung die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung – mit erheblichen regionalen Unterschieden. So weist die 12. KBV im Bundesdurchschnitt für das Jahr 2020 einen Anteil der über 60-Jährigen von knapp über 30 % aus. Im Jahr 2030 soll mehr als jeder dritte Einwohner Deutschlands (36,8 %) über 60 Jahre alt sein. Die Anzahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 65 Jahren soll dagegen bundesweit von heute knapp 50 Millionen um ca. 15 % bzw. 7,5 Millionen Menschen zurückgehen.

Auch Hamburg wird sich trotz Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren, insbesondere nach 2020, auf demografische Veränderungen einstellen müssen: Die Lebenserwartung der Bevölkerung in der Hansestadt nimmt – wie im ganzen Bundesgebiet – kontinuierlich zu. So betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Jungen in den Jahren 2008 bis 2010 in Hamburg 77,5 Jahre und die eines neugeborenen Mädchens 82,6 Jahre. Gegenüber 1986/1988 stieg sie damit für Jungen um 5,3 Jahre und für Mädchen um 3,9 Jahre. Auch die fernere Lebenserwartung Älterer nahm zu. So leben die 65-Jährigen durchschnittlich noch 17,3 Jahre (Männer) bzw. 20,6 Jahre (Frauen). Seit 1986/1988 stieg diese bei Männern dieses Alters um 3,3 Jahre und bei Frauen um 2,7 Jahre an⁸.

Der Anteil der älteren Bevölkerung und insbesondere der Anteil der Hochbetagten wird in den kommenden Jahren auch in Hamburg steigen, vor dem Hintergrund der Wanderungsgewinne bei den jüngeren Erwachsenen allerdings langsamer als im Bundesdurchschnitt. Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren soll in Hamburg nach Berechnungen des Basisdatenausschusses zwischen 2009 und 2025 von 24,3 % (421.201 Personen⁹) auf 27 % (482.650 Personen¹⁰) anwachsen. Die 12. KBV prognostiziert für 2030 sogar einen Anstieg auf rund 30 %¹¹.

Auffallend ist, dass die Zahl der 65- bis 79-Jährigen bis 2020 in Hamburg leicht abnehmen (geburtenschwache Jahrgänge nach dem 2. Weltkrieg) und erst danach stärker ansteigen wird, während die Zahl der 80-Jährigen und Älteren schon in den nächsten Jahren anwachsen wird. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung soll von 4,9 % im Jahr 2010¹² auf 6,2 % im Jahr 2020 und 6,5 % im Jahr 2025 zunehmen¹³.

⁸ Statistikamt Nord, Statistisches Jahrbuch Hamburg 2012/2013.

⁹ Statistikamt Nord, Melderegister, Stichtag 31.12.2009.

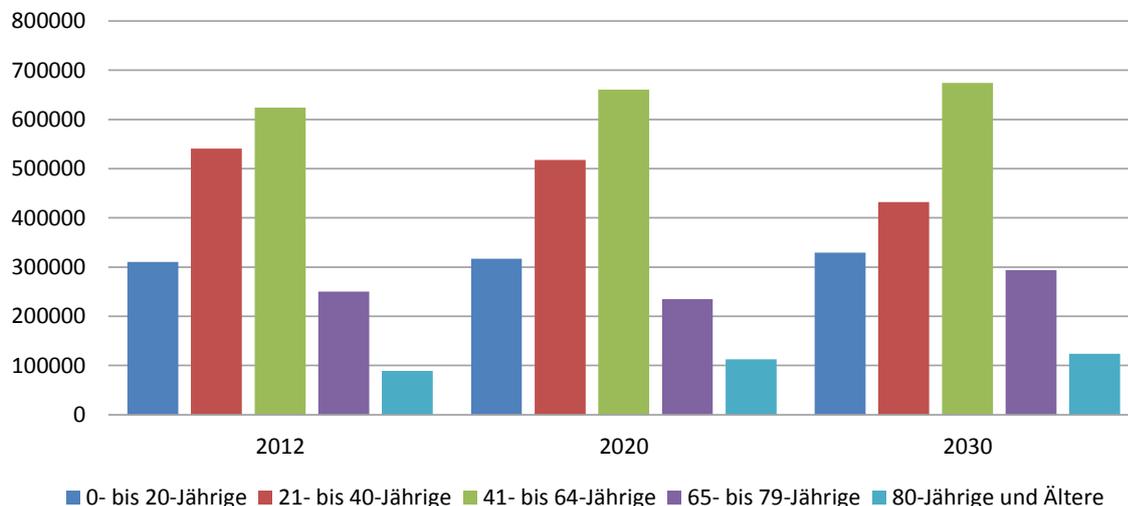
¹⁰ Statistikamt Nord, Basisdatenausschuss.

¹¹ Statistikamt Nord, Bericht vom 15.04.2010. Zu den Vorbehalten s.o. den Hinweis vor I.1.

¹² Anteil im Jahr 2012 gerundet: 4,92 % (Statistikamt Nord, Die Bevölkerung in Hamburg nach Alter und Geschlecht am 31. Dezember 2012, eigene Berechnung).

¹³ Statistikamt Nord, Basisdatenausschuss.

Hamburger Bevölkerung nach Altersgruppen bis 2030



Quelle: Statistikamt Nord, Bevölkerung in Hamburg 2010 bis 2030, Stand 15.4.2010, Zahlen für 2012: Statistikamt Nord, Die Bevölkerung in Hamburg nach Alter und Geschlecht am 31. Dezember 2012, eigene Berechnung.

Unter der älteren Bevölkerung sind schwerbehinderte Menschen¹⁴ überdurchschnittlich häufig. Am Jahresende 2011 haben in Hamburg 133.280 Schwerbehinderte (7,4 % der Bevölkerung) gewohnt, das waren fünf Prozent mehr als bei der letzten Erhebung 2009¹⁵. Von den 55- bis 64-jährigen Einwohnerinnen und Einwohnern waren fast 14 % schwerbehindert, von den 65- bis 74-Jährigen gut 17 % und von den über 74-Jährigen sogar fast 26 %. Wenn die Zahl der 65-Jährigen und Älteren in Hamburg wie prognostiziert zwischen 2010 und 2030 um 25 % steigt, kommen alleine durch die demografische Alterung rd. 18.000 Schwerbehinderte hinzu. Darüber hinaus steigt glücklicherweise auch die Lebenserwartung von Menschen mit angeborenen und jung erworbenen Behinderungen, so dass eine zusätzliche Gruppe von Menschen erstmals ein höheres Alter erreicht¹⁶.

Besonders gravierend werden in Hamburg in den nächsten Jahren die Veränderungen bei der jetzigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren ausfallen: So wird die Zahl der 21- bis unter 40-Jährigen bis 2030 – gegenüber 2012 – um rund 100.000 abnehmen, hingegen wird die Zahl der 40- bis unter 65-Jährigen deutlich zunehmen – um über 50.000¹⁷.

¹⁴ Grad der Behinderung von mindestens 50 % und im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises; Quelle: Statistikamt Nord, Statistisches Jahrbuch Hamburg 2012/2013, Seite 61.

¹⁵ Statistikamt Nord, Statistik informiert Nr. 115/2012.

¹⁶ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Alt und behindert - Wie sich der demografische Wandel auf das Leben von Menschen mit Behinderung auswirkt. 2009.

¹⁷ Nach den Ergebnissen der 12. KBV, Variante 1-W2 mit höheren Zuwanderungsdaten soll die Zahl der 21- bis unter 40-Jährigen bis 2030 (gegenüber 2012) um 70.000 zurückgehen, während die der 40 bis 65-Jährigen um 60.000 steigt (Statistikamt Nord).

3. WIR WERDEN BUNTER.

Hamburg hat derzeit im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten mit 27,5 % einen relativ geringen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund¹⁸ und innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe eine gleichmäßige Verteilung auf die unterschiedlichen Nationalitäten, da keine Nationalität prozentual dominiert. Die in Hamburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund kommen aus fast allen Ländern der Welt, am häufigsten aus der Türkei (18 %) und Polen (13 %). Weitere häufige Bezugsländer sind Afghanistan, Iran, Serbien, Ghana, Portugal, Italien und Griechenland¹⁹.

Insgesamt leben in Hamburg 465.160 Menschen mit Migrationshintergrund. Davon haben 268.210 die deutsche Staatsangehörigkeit²⁰.

Eine auf kurze Sicht treffsichere Prognose der Zuwanderung insgesamt für die Bundesrepublik, aber auch speziell für Hamburg, lässt sich nicht erstellen. Die Zuwanderung ist u.a. aufgrund wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen oder Krisen im Heimatland der potenziellen Zuwanderinnen und Zuwanderer, aber auch im möglichen Zuwanderungsland, starken temporären Schwankungen unterworfen. Bereits die Betrachtung der verschiedenen Zahlen allein für die Jahre 2008 bis 2012 zeigt, wie wenig passgenau eine solche Schätzung die kurzfristige Entwicklung abbilden kann.

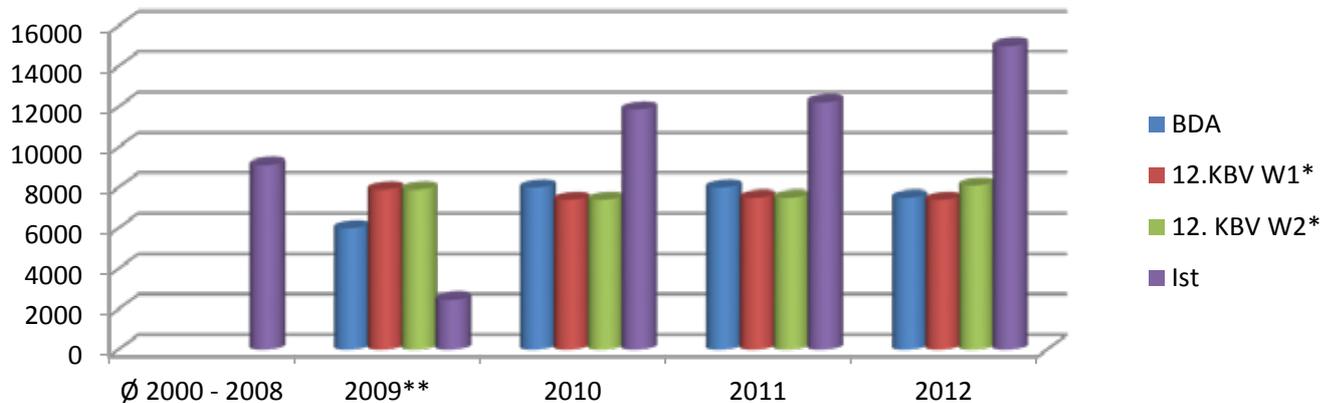
So zeigt ein Vergleich der prognostizierten Zuwanderung für Hamburg nach der letzten Modellrechnung des Basisdatenausschusses aus dem Jahr 2009 sowie die 12. KBV, dass die tatsächlichen Ist-Zahlen der Zuwanderung letztlich erheblich von den vorherigen Annahmen abweichen. Sie mussten deutlich nach oben korrigiert werden.

¹⁸ Gemäß Zensus 2011 betrug der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zum Berichtszeitpunkt 9. Mai 2011 in Frankfurt/M. 42,7 %, in Stuttgart 38,6 %, in Nürnberg 36,2 % und in München 33,2 %. In den anderen Stadtstaaten beliefen sich die Anteile auf 25,1 % in Bremen und 23,9 % in Berlin. Nach einer Sonderauswertung des Melderegisters lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund Ende 2012 in Hamburg bei 30 % (rund 530.000 Menschen), also höher als auf der Basis des Zensus 2011, aber dennoch deutlich unter den Anteilen beispielsweise in Frankfurt/M. und Stuttgart (Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. VI/2013).

¹⁹ Statistikamt Nord, Statistik informiert... Nr. VI/2013.

²⁰ Zensus 2011 zum Berichtszeitpunkt 9. Mai 2011. Vgl. aber auch Fn. 18 mit dem Hinweis auf die Sonderauswertung des Melderegisters, die ergab, dass Ende 2012 rund 530.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg lebten.

Vergleich Zuwanderung Hamburg BDA-Modellrechnung und 12. KBV



Quelle: Statistikamt Nord

* geschätzter Wanderungssaldo Deutschlands mittelfristig in zwei Varianten :
 W1: 100.000 pro Jahr
 W2: 200.000 pro Jahr

** Ist-Wert 2009 niedrig aufgrund von Registerbereinigungen, die als Fortzüge verbucht wurden.

Aufgrund der Attraktivität dieser Stadt ist davon auszugehen, dass Hamburg sich – nicht zuletzt im Hinblick auf die Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union sowie die erweiterten Möglichkeiten der Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten – auf eine zunehmend internationale Bevölkerung einstellen muss. So stieg die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg zwischen 2009 und 2012 um rund 45.000, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich in diesem Zeitraum um knapp 2 %. Darüber hinaus ist der Anteil der Migrantinnen und Migranten bei der jüngeren Bevölkerung in Hamburg deutlich höher als bei der älteren: Etwa 46 % der unter 18-jährigen Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Migrationshintergrund, aber nur 16 % der Männer und 12 % der Frauen über 65 Jahre²¹. Sollte der positive Trend zur Zuwanderung nach Hamburg anhalten, können sich diese Tendenzen im Zuge der demografischen Entwicklung bis 2030 noch weiter verstärken.

²¹ Statistikamt Nord, Statistik informiert... Nr. VI/2013. Weitere Einzelheiten s. 3.1.

2

Die Zugehörigkeit Hamburgs zu den künftigen Wachstumsregionen wird entscheidend mit davon abhängen, inwieweit es weiterhin gelingt, die Folgen demografischer Veränderungen durch Ausschöpfung eigener Potenziale und durch Zuwanderung zu kompensieren und Hamburg als generationenfreundliche Stadt zu positionieren, in der Menschen unabhängig von Alter und Lebenshintergrund ihre Potenziale entfalten und ihre Kompetenzen einbringen können. Gleichzeitig ist die Sicherung und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Stadt Voraussetzung für Zuwanderungen und Pendler, aber auch für die Finanzierbarkeit des demografischen Wandels.

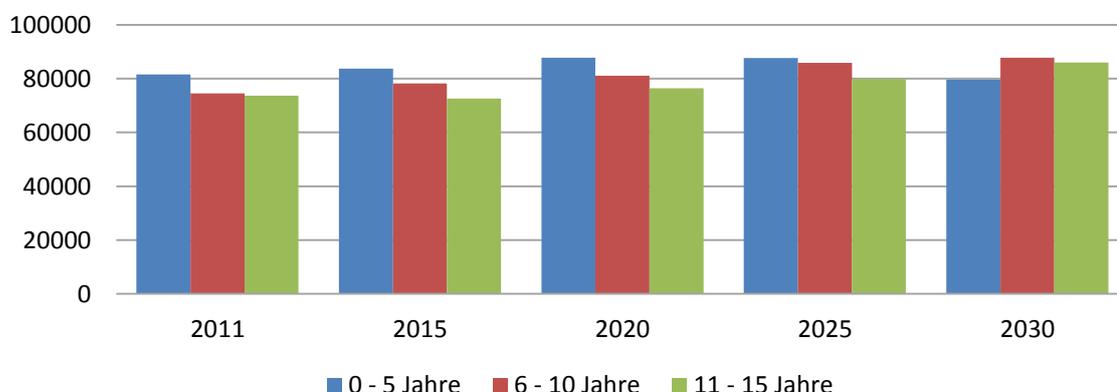
1. ... FÜR FAMILIEN MIT KINDERN

Der Wettbewerb der Regionen um Familien wird weiter zunehmen. Attraktive Lebensbedingungen für Familien bilden einen wichtigen Standortfaktor gerade auch für qualifizierte Fachkräfte und für die Wirtschaft. Für Hamburg ist es im Zuge des demografischen Wandels besonders wichtig, dass junge Menschen in der Familiengründungsphase und Familien mit Kindern in die Stadt ziehen und ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in der Hansestadt finden.

a) Demografische Entwicklungen und Trends

Prognosen zufolge kann Hamburg noch bis 2022 unverändert mit steigenden Kinderzahlen im Alter von 0 bis unter 5 Jahren rechnen. Auch im Jahr 2025 werden die Kinderzahlen in dieser Altersgruppe voraussichtlich auf einem hohen Niveau liegen und erst gegen Ende des nächsten Jahrzehnts leicht sinken. Bei den Kindern im schulpflichtigen Alter ist auch 2030 noch mit steigenden Zahlen zu rechnen. Bis 2025 wird nach heutigem Stand erwartet, dass die Schülerzahlen in der Grundschule um ca. 6.000 und in der Sekundarstufe I um rund 5.000 Schülerinnen und Schüler zunehmen.

Entwicklung der Kinderzahlen in Hamburg



Quelle: 12. KBV, Variante 1-W2²².

²² Diese Variante wird hier herangezogen, da die Auswertung der Abschlusszahlen 2011 für die Bevölkerung und der Anmeldezahlen für die Kindertagesbetreuung zeigten, dass die tatsächlichen Bevölkerungszahlen bei den Kindern im Alter bis unter sechseinhalb Jahren deutlich höher lagen als vom Basisdatenausschuss prognostiziert. Die Prognose der 12. KBV Variante 1-W2 für diese Altersgruppe lag im Jahr 2011 mit 104.200 Kindern lediglich um rd. 350 Kinder unterhalb der Abschlusszahlen 2011. Kinderzahlen für 2011: Statistischer Bericht A 1 3 – j/11 vom 02.08.2012. Eigene Darstellung.

Ein weiterer Trend zeichnet sich in Richtung spätere Familiengründungen ab. Obwohl die Familie einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft einnimmt, wird die Familiengründung immer häufiger auf die Zeit nach Studium, Ausbildung und Einstieg in das Berufsleben verschoben. Frauen sind heute bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt knapp 30 Jahre alt, fünf Jahre älter als 1960. Der Anteil derjenigen, die ihr erstes Kind mit über 35 Jahren gebären, ist seit 1990 innerhalb von zehn Jahren von 5 % auf 16 % gestiegen²³. Als Gründe für aufgeschobene Familiengründungen werden häufig die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine andere Prioritätensetzung oder auch veränderte Geschlechterrollen genannt. Die fehlende Chancengleichheit in der Arbeitswelt hat zudem insbesondere im Falle der Verwirklichung des Kinderwunsches häufig Einschränkungen beim beruflichen Fortkommen zur Folge. Vor allem gut ausgebildete Frauen möchten jedoch beruflichen Erfolg und Kinder miteinander verbinden. Diese Entwicklung wird Familien und Unternehmen vor neue Herausforderungen stellen – insbesondere auch im Hinblick auf das Zeitmanagement. Familien müssen im Alltag Zeit für Fürsorge sowie Zeit für Bildung und Erwerbsarbeit integrieren können. Betreuungseinrichtungen für Kinder werden stärker nachgefragt. Dies betrifft sowohl den Umfang der täglichen Betreuung als auch das frühere Eintrittsalter in Krippe und Kita. Auch Schulkinder werden zunehmend ganztags betreut. Daneben werden insbesondere die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsorten sowie die Realisierung von Chancengleichheit in den Unternehmen an Bedeutung gewinnen. Neue Konzepte zur Entlastung von Familien werden benötigt, wenn Kindererziehung, Pflege von Angehörigen und Berufstätigkeit oder Studium zusammenkommen. In Zeiten des absehbaren Fachkräftemangels wird es darauf ankommen, die Berufstätigkeit von Eltern und insbesondere von Alleinziehenden durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und zugleich beiden Elternteilen attraktive Karrierechancen zu bieten.

Gleichzeitig werden die Familienverhältnisse und -formen, in denen Kinder aufwachsen, heterogener. So hat die Zahl der Ehepaare mit Kindern in den letzten 30 Jahren deutlich abgenommen von 191.000 (1980) auf 137.000 (2011). Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Alleinerziehenden mit Kindern von 53.000 auf 72.000 gestiegen²⁴. Auch die Zahl der sogenannten Patchwork- und Regenbogenfamilien nimmt zu. Darüber hinaus werden die Familien zunehmend international: Immer mehr Kinder von verheirateten Eltern haben einen deutschen und einen ausländischen Elternteil²⁵. Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen werden sich entsprechend auf eine steigende Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund einstellen müssen.

Insgesamt wird die Zusammensetzung der Schülerschaft im Jahr 2030 vor dem Hintergrund von Inklusion und Migration vielfältiger sein. Darüber hinaus werden die Anforderungen an die Qualität von frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie an den Schulunterricht einschließlich der nachmittäglichen Betreuung in allen Jahrgangsstufen weiterhin zunehmen. Ein modernes und leistungsstarkes Schulsystem wird immer mehr zum wichtigen Standortfaktor im Wettbewerb um Familien und zur Ausbildung des künftigen Fachkräftenachwuchses. Bereits in der frühen Kindheit werden entscheidende Grundlagen für den weiteren Bildungsweg geschaffen. Der Bildung kommt im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel eine besondere Bedeutung zu. Für Familien mit Kindern und qualifizierte Zuwanderer bildet sie einen Faktor im Rahmen der Standortentscheidung. Bildung fördert den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und trägt dazu bei, einen künftigen Transferleistungsbezug zu verhindern. Insbesondere gilt es auch zu vermeiden, dass in sozial schwachen Familien Niedriglohn oder Transferleistungen von einer zur nächsten Generation die Regelfinanzierung bleiben. Kinder und Jugendliche brauchen eine „materielle Basis für die Chancengerechtigkeit“. Gerade angesichts jedenfalls langfristig

²³ Statistisches Bundesamt 2011.

²⁴ Statistikamt Nord, Statistisches Jahrbuch Hamburg 2012/2013.

²⁵ Statistikamt Nord, Statistisches Jahrbuch Hamburg 2011/2012.

sinkender Kinderzahlen und einer abnehmenden Zahl von Personen, die erwerbstätig sind und später in Sozialversicherungskassen einzahlen, ist es besonders wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen in ihren Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit individuell gefördert und gefordert werden. Aus den Schulstatistiken geht hervor, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss insbesondere seit dem Schuljahr 2006/2007 sinkt. Gleichzeitig steigen Anzahl und Anteil der Schüler und Schülerinnen mit Hochschulreife. Diese Entwicklung muss sich weiter fortsetzen. Die Schule muss dabei auf gestiegene Anforderungen im Beruf, auf das Leben in einer wissensbasierten, hoch technisierten Gesellschaft, in der das erworbene Wissen sehr schnell wieder veraltet, vorbereiten. Hier wird Hamburg sich entsprechend aufstellen, um ein Auseinandergehen des Bildungserfolgs unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und zwischen unterschiedlichen Stadtteilen zu verhindern. Die Übergänge zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen müssen so optimiert sein, dass Kindern und Jugendlichen eine kontinuierliche Bildungsbiografie ohne Brüche ermöglicht wird.

b) Fachpolitische Zielsetzungen

Hamburg soll auch künftig junge Menschen in der Familiengründungsphase und Familien mit Kindern anziehen. Familien sollen in Hamburg die Infrastruktur und Unterstützung finden, die sie im Alltag brauchen, um bestehende Kinderwünsche zu realisieren und sich für den Verbleib in Hamburg zu entscheiden. Vor dem Hintergrund der geschilderten demografischen Entwicklungen und damit verbundenen Trends setzt Hamburg folgende **Handlungsschwerpunkte**:

- Sicherstellung überzeugender Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Müttern wie Vätern eine umfassende und qualifizierte Erwerbstätigkeit und damit auch ein sicheres Familieneinkommen ermöglichen,
- Sicherstellung der Attraktivität des Bildungswesens für Familien mit Kindern unter Beachtung von Integration und Inklusion,
- systematische Anpassung familienfördernder Einrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe an gesellschaftliche Veränderungen,
- Schaffung genügend verfügbarer, bezahlbarer und familieneigneter Wohnungen, einschließlich eines kindgerechten Wohnumfelds, kindgerechter Erfahrungs- und Gestaltungsräume sowie einer lebendigen Stadtteil- und Jugendkultur (s. hierzu insb. 3.).

(1) Sicherstellung überzeugender Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Attraktivität Hamburgs für junge Familien hängt neben dem zur Verfügung stehenden Betreuungsangebot für die Kinder auch von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen in den Unternehmen ab. Hamburg bietet bereits heute gute Bedingungen, um Familie und Beruf zu vereinbaren:

- **Bedarfsgerechte Versorgung in der Kindertagesbetreuung**
Das Hamburger Kita-Gutscheinsystem sorgt dafür, dass Familien die Bildungs- und Betreuungsangebote bekommen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Hamburg plant nicht zentral, sondern Angebot und Nachfrage regulieren das Kinderbetreuungsangebot. Die Kitas und

ihre Träger kennen die Bedarfe vor Ort und können ihre Angebote dezentral, selbständig und eigenverantwortlich anpassen. Darüber hinaus führt das Kita-Gutscheinsystem zu einem stetigen Qualitätswettbewerb zwischen den Anbietern. Kitas können nur erfolgreich bestehen, wenn sie genügend Familien davon überzeugen, ihr Angebot zu wählen. Aufgrund des flexiblen, nachfrageorientierten Kita-Gutscheinsystems hat Hamburg den Krippenausbau mit großer Dynamik erfolgreich bewältigt.

Hamburg stellt auch künftig allen Familien ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zur Verfügung. Der Versorgungsgrad in der Kindertagesbetreuung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und nimmt weiterhin zu. Im März 2008 nutzten rund 23 % der Kinder unter drei Jahren²⁶ ein Betreuungsangebot in einer Krippe oder eine Betreuung durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater. Bis Oktober 2013 stieg die Betreuungsquote um rund 20 Prozentpunkte auf etwa 43 %. Die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Betreuungsplätzen ermöglicht allen Kindern ab dem vollendeten 1. Lebensjahr einen Zugang zum Bildungsangebot in einer Kita – unabhängig davon, ob die Eltern berufstätig sind oder die Kinder einen dringlichen sozialpädagogischen Betreuungsbedarf haben. Vor dem Hintergrund dieser günstigen Rahmenbedingungen ist weiter von einem kontinuierlichen Anstieg der Inanspruchnahme der Krippenbetreuung auszugehen. Für 2030 wird erwartet, dass die Altersjahrgänge ab zwei nahezu vollständig durch frühkindliche Bildungsangebote erreicht werden. Mit der für August 2014 vorgesehenen Beitragsfreiheit für die Basisbetreuung im Umfang von täglich fünf bzw. wöchentlich 25 Stunden wird der Senat noch bestehende finanzielle Zugangshürden bei der Inanspruchnahme des allgemeinen Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung abbauen.

- **Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots ganztägiger Betreuung an allen Hamburger Schulen**

Durch die vom Senat beschlossene Einführung eines ganztägigen Bildungs- und Betreuungskonzepts an allen Hamburger Schulen ab dem Schuljahr 2013/2014 bietet Hamburg schon jetzt gute Betreuungsbedingungen.

Bereits jetzt steht dieses ganztägige Betreuungsangebot flächendeckend und qualitativ hochwertig allen interessierten Eltern zur Verfügung. Schülerinnen und Schüler aller Schulformen bis zum 14. Lebensjahr (also bis mindestens einschließlich Jahrgangsstufe 8) können von montags bis freitags und in den Ferien ein komplettes Angebot von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr nutzen.

Das umfangreiche, bestehende Ganztagsangebot und seine qualitative Weiterentwicklung richten sich an alle Kinder und ihre Familien. Ganztägige Bildung und Betreuung bieten durch einen längeren zeitlichen Rahmen bessere Möglichkeiten zur Förderung der individuellen Bildungsbiografie und der sozialen Entwicklung aller Kinder. Den Eltern bietet das Ganztagsangebot einen verlässlichen Rahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- **Gestaltung einer familienfreundlichen Arbeitswelt**

Neben dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und der ganztägigen Betreuung an Schulen müssen auch Unternehmen angesprochen und beraten werden, um familienfreundliche Maßnahmen einzuführen. Denn Unternehmen sehen sich zunehmend gefordert, familiäre Verpflichtungen von berufstätigen Eltern zu berücksichtigen und attraktive und familienfreundliche Arbeitsplätze anzubieten, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Um vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen zu unterstützen, haben sich Senat, Handelskammer und Handwerkskammer Hamburg zu der

²⁶ Der Anteil der unter Einjährigen ist verhältnismäßig gering und steht nicht im Vordergrund.

„Hamburger Allianz für Familien“ zusammengeschlossen (siehe dazu auch unter 2.3.b.5.). Wichtige Themen sind Flexibilität von Arbeitszeit und Arbeitsort, beruflicher Wiedereinstieg nach der Elternzeit von Müttern und Vätern, Erhalt von Qualifikationen und Karrierechancen. In Zukunft wird es verstärkt um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen gehen.

(2) Sicherstellung der Attraktivität des Bildungswesens für Familien mit Kindern

Für Familien mit Kindern ist die Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebots ein zentraler Entscheidungsfaktor für ihre Wohnortwahl. Damit Hamburg seine Spitzenposition im Wettbewerb der Metropolen um den Zuzug junger Familien behält, wird die hohe Qualität des Hamburger Bildungswesens durch die im Folgenden beschriebenen Strategien abgesichert und weiter ausgebaut:

- **Personelle und materielle Anpassung der Kitas an die Erfordernisse des jeweiligen Sozialraums**

Hamburg wird die Strukturqualität von Kitas in sozial belasteten Stadtteilen besonders gut ausbauen, damit die Fachkräfte den Anforderungen an eine inklusive Pädagogik auch in Kitas mit sehr hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten oder aus Familien mit Migrationshintergrund gerecht werden können.

Im Rahmen des Kita-Plus-Programms erhalten seit Januar 2013 rund 280 Kitas eine um 24 % erhöhte Personalausstattung im Elementarbereich (Kinder von drei bis sechs Jahren). U.a. soll insbesondere die Sprachentwicklung der Kinder individuell gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der stetigen Weiterentwicklung des frühkindlichen Bildungssystems und neuer Anforderungen an die frühkindliche Bildung wurden die „Hamburger Bildungsempfehlungen für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen“ als verbindliche Grundlage für die pädagogische Arbeit in den Hamburger Kitas überarbeitet. Die Bildungsempfehlungen orientieren sich an den Prinzipien der „Inklusiven Bildung“ als Beitrag zu Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller Kinder. Sie beschreiben den Rahmen, innerhalb dessen die Kita-Träger eigene Konzeptionen umsetzen und fachliche Schwerpunkte bilden. Sie haben den Anspruch, den in der Praxis Tätigen (Erzieherinnen und Erziehern, Fachberaterinnen und Fachberatern, Kitaleitungen, Kita-Trägern und allen weiteren am System Kita Beteiligten) Orientierung für eine qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit in Kitas zu geben und gleichzeitig Impulse für die stetige Weiterentwicklung zu setzen.

Neben dem quantitativen Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen hat der Hamburger Senat die kontinuierliche Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kitas als wichtiges politisches Ziel formuliert. Die Qualität aller Hamburger Kitas soll daher regelmäßig durch unabhängige Fachleute extern überprüft werden. Im Rahmen dieser externen Evaluationen erfolgen eine fachlich fundierte Einschätzung der erreichten Qualität sowie die Identifikation von Entwicklungsbedarfen. Von dieser Qualitätsentwicklungsmaßnahme werden wichtige Impulse für eine zielgerichtete Steigerung der Betreuungsqualität in den Hamburger Kitas erwartet.

Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine landesweite Qualitätsberichterstattung und sollen künftig in geeigneter Form veröffentlicht werden.

- **Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen schulischen Bildungsangebots**

Hamburg bietet jungen Familien auch schon heute ein qualitativ hochwertiges schulisches Bildungsangebot. Dieses ist so gestaltet, dass Schülerinnen und Schüler in ihren unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden.

Nahezu alle Hamburger Schülerinnen und Schüler, von denen dies aufgrund ihrer Ausgangsvoraussetzungen erwartet werden kann, erreichen einen Schulabschluss. Ein möglichst hoher Anteil erreicht die allgemeine bzw. Fachhochschulreife. Weitaus mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf als heute erlangen einen Abschluss. Die Auswirkungen der sozioökonomischen wie geografischen Herkunft auf den schulischen Erfolg sind minimiert.

Zur kontinuierlichen Überprüfung und Weiterentwicklung der Ergebnisse schulischer Arbeit werden zusätzlich zur Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien wie PISA standardisierte Verfahren zur Kompetenzermittlung eingesetzt. Der Unterricht und andere zentrale schulische Prozesse werden in regelmäßigen Zyklen durch die Hamburger Schulinspektion evaluiert.

- **Individuelle Förderung und Verwirklichung von Chancengerechtigkeit**

Bildung und Erziehung sind in Hamburg im Jahr 2030 noch umfassender auf die Nutzung von individuellen Stärken und Kompetenzen sowie auf die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit ausgerichtet. In Hamburgs Schulen werden Diversität und Verschiedenheit wertgeschätzt und als förderliche Komponenten des gemeinsamen Lernens genutzt (zur Berücksichtigung von Vielfalt und interkultureller Kompetenz im Bildungswesen (s. u. 3.1.).

Die Tradition und der besondere Stellenwert der Förderung begabter und talentierter Kinder und Jugendlicher werden fortgeführt und ausgebaut. Im Jahr 2030 richten die Hamburger Schulen ihren Unterricht möglichst an den individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler aus und versuchen damit eine optimale Begabungsentwicklung zu erleichtern.

Durch Individualisierung sowie angemessene sonderpädagogische Förderung und Unterstützung erhalten Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ein Bildungsangebot, das den Standards der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in vollem Umfang entspricht. Dabei hat die Sicherung und Verwirklichung des Elternwahlrechts zwischen den allgemeinen und speziellen Schulen oberste Priorität. Unterrichtsimmanente und additive Förderangebote wie die Sprachförderung, die Lernförderung sowie die außerunterrichtlichen Lernhilfen helfen, das Entstehen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs zu vermeiden.

- **Grundbildung, Vermittlung schriftsprachlicher Kompetenzen im Lesen und Schreiben**

Die im Jahr 2030 geltenden Rahmenpläne für alle Fächer aller Schulformen fokussieren explizit Methoden zur Vermittlung schriftsprachlicher Kompetenzen im Lesen und im Schreiben. Präventive Fördermaßnahmen, als Bestandteil der Lernförderung, wie das 2005/2006 eingeführte Hamburger Sprachförderkonzept werden zunehmend an die gesellschaftlichen Bedingungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst.

Vermag die schulinterne Förderung ausgeprägte Lernschwierigkeiten nicht zu beheben, werden betroffene Schülerinnen und Schüler zusätzlich auch außerhalb des Unterrichts gefördert, so dass sie weiterhin am Unterricht teilnehmen können.

Es gibt spezielle schulische Angebote für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse, die noch nicht oder in einer anderen Schrift alphabetisiert wurden. Diese werden durch Angebote für nicht alphabetisierte Mütter und Väter gezielt ergänzt.

(3) Systematische Anpassung familienfördernder Einrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe an gesellschaftliche Veränderungen

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Familienförderung bieten Familien Beratung und Unterstützung und stellen sich auf den weiteren Anstieg von Kindern mit Migrationshintergrund ein. Alle Kinder in Hamburg sollen gleichberechtigt an der frühkindlichen Förderung partizipieren und in Wohnortnähe ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot vorfinden. Familien mit Migrationshintergrund, die noch nicht gut integriert sind, werden durch Hausbesuchsprogramme und Elternlotsen oder niedrigschwellig im Stadtteil zugängliche Einrichtungen wie z.B. Eltern-Kind-Zentren und Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erreicht und an die Angebote der Kindertagesbetreuung und Familienförderung herangeführt. In den Einrichtungen arbeiten zunehmend auch pädagogische Fachkräfte mit Migrationshintergrund oder interkultureller Kompetenz.

Kinder mit Behinderung können weitestgehend an den Regelangeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung teilnehmen. So gilt der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung selbstverständlich auch für Kinder mit (drohenden) Behinderungen.

Um Kinder, Jugendliche und Familien trotz längerer Betreuungszeiten in Kitas und Schulen zu erreichen, kooperieren Einrichtungen der Jugendhilfe und Familienförderung mit Kitas und Schulen – zum Beispiel im Rahmen der Ganztägigen Betreuung an Schulen. Durch diese Zusammenarbeit profitieren mehr junge Menschen als zuvor von den besonderen Arbeitsansätzen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der ganzheitlichen Sichtweise. Darüber hinaus werden weiterhin Einrichtungen benötigt, die außerhalb der Schulzeit, auch an Wochenenden und in den Ferien Angebote für junge Menschen vorhalten. Deshalb stellen Einrichtungen ihre Angebote und Öffnungszeiten auf die sich verändernden Bedarfe von Kindern und Familien ein.

In diesem Kooperationsfeld positionieren sich mit wachsender Resonanz auch Einrichtungen und Akteure aus dem kulturellen Feld. Ziel ist dabei, über Einzelprojekte hinaus curriculare Strukturen zu initiieren, die aus einer einmaligen Begegnung längerfristige Bezüge wachsen lassen. Im Konzept der „Kulturschule“ werden diese gemeinsamen Anstrengungen zur Verknüpfung schulischer und außerschulischer, kultureller Lernorte sichtbar.

Hamburgs Anstrengungen, für Kinder und Jugendliche ein lebendiges und positives Lebensumfeld zu schaffen, sollen weiter intensiviert werden. Hamburg verfügt als grüne Metropole über eine Vielzahl von Angeboten unter freiem Himmel. Wenn die vorhandenen Grün- und Spielflächen an neue Bedarfe angepasst, modernisiert oder überplant werden müssen, werden Kinder und Jugendliche regelhaft beteiligt. Dies ist bereits im Hamburgischen Bezirksverwaltungsgesetz geregelt, die Bezirksämter werden die Praxis der Partizipation der künftigen Nutzerinnen und Nutzer nicht nur an diesen Vorhaben, sondern verstärkt auch bei der Sanierung von Stadtteilen, bei der Planung und Gestaltung von jugendbezogenen Bauvorhaben und bei der Verkehrsplanung zu verpflichtenden Verfahren machen. Kinder und Jugendliche sollen so frühzeitig und so weitgehend wie möglich als junge Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dies und eine Vielzahl von Sport-, Freizeit- und Kulturangeboten soll Hamburg zu einer Kinder- und Jugendstadt machen, in der die Lebensinteressen junger Menschen gleichberechtigt neben den Interessen der anderen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen und berücksichtigt werden.

2. ... FÜR JUNGE MENSCHEN IN DER AUSBILDUNGS-, STUDIEN- UND BERUFSANFANGSPHASE

Bei der Bewältigung demografischer Herausforderungen wird die Attraktivität einer Region als Ausbildungs- und Hochschulstandort künftig eine herausragende Rolle spielen. Wer in Hamburg eine Ausbildung oder ein Hochschulstudium absolviert und im Anschluss in der Region einen Karriereeintritt realisiert, gründet hier in vielen Fällen auch eine Familie, trägt zu wissenschaftlich-technisch-kreativen Innovationen bei und prägt das lebendige Leben in den Quartieren mit. Sowohl eine positive gesellschaftliche Entwicklung als auch die Wachstumsdynamik einer Region hängen ganz wesentlich von einer möglichst hohen Anzahl gut qualifizierter und gebildeter Menschen ab. Hamburg muss attraktiv bleiben für Auszubildende sowie Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus dem In- und Ausland.

a) Demografische Entwicklungen und Trends

Förderung und Bildung in frühen Lebensjahren bilden das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben mit eigener Erwerbstätigkeit. Der Übergang von der Schule in den Beruf oder das Studium ist darüber hinaus eine besonders sensible Phase, die ganz entscheidend den weiteren beruflichen Werdegang prägt. Die wesentlichen Entscheidungen hierzu werden in der Regel im Alter von 15 bis 20 Jahren getroffen. Zu dieser Altersgruppe gehören heute rund 79.000 junge Hamburgerinnen und Hamburger²⁷.

Anteil der 14- bis 19-jährigen in Prozent der Gesamtbevölkerung 2010 und Entwicklung ihrer absoluten Anzahl bis 2025



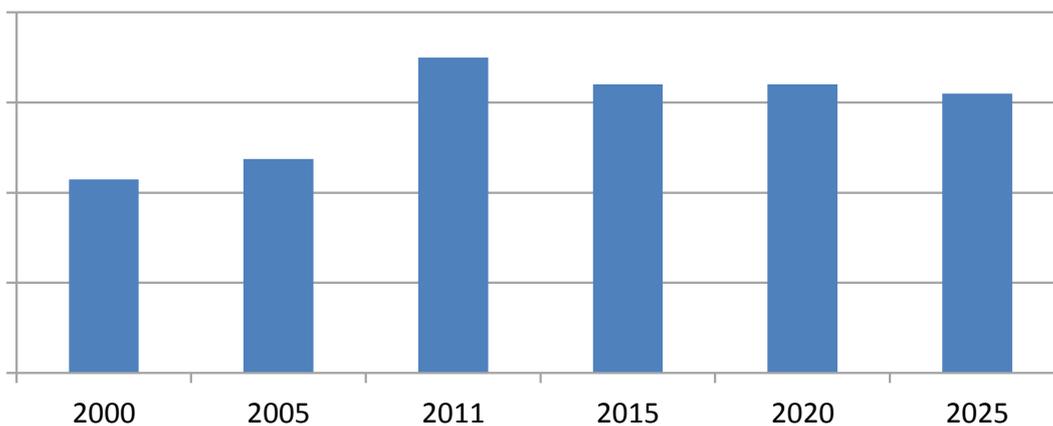
²⁷ Statistikamt Nord, Die Bevölkerung in Hamburg nach Alter und Geschlecht am 31. Dezember 2012.

Im Gegensatz zur Situation in vielen anderen Bundesländern sinken die Schulabsolventenzahlen in Hamburg auf absehbare Zeit nicht. Die Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz reichen bis 2025 und prognostizieren für Hamburg weitgehend konstante Werte. Insofern verfügt Hamburg im Vergleich zu anderen Regionen auch in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch über gute Voraussetzungen, was den „eigenen“ Nachwuchs für berufliche Ausbildungsgänge und Studiengänge insgesamt angeht. Die damit verbundenen Chancen für die erfolgreiche Bewältigung demografischer Veränderungen sind zu nutzen.

Allerdings stammen gegenwärtig fast 6.000 bzw. 42 % aller Berufsausbildungsanfängerinnen und -anfänger in Hamburg aus den Nachbarländern. Die Ausbildungszuwanderung aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen verzeichnet einen zunehmenden Trend, während der Zuzug aus Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren abgenommen hat. Wie lange dieser Trend anhalten wird, ist fraglich, denn die demografische Entwicklung verläuft für die 15- bis unter 20-Jährigen im Hamburger Umland anders als in Hamburg. Die Zahl der Jugendlichen in der Metropolregion insgesamt wird bis 2025 um rd. 40.000 abnehmen. Am stärksten ist der Rückgang in den niedersächsischen Umlandkreisen ausgeprägt (-27 % innerhalb von 15 Jahren).

Auch hinsichtlich der Studienanfängerzahlen (Studierende im ersten Hochschulsesemester) ist zu erwarten, dass diese auf einem hohen Niveau verbleiben werden, wenngleich das Spitzenjahr 2011 nach Vorausberechnungen der KMK ein Allzeithoch darstellt und in den kommenden Jahren die Wirkung der doppelten Abiturjahrgänge nachlassen wird.

Studienanfänger und Studienanfängerinnen in Hamburg Entwicklung seit 2000 und KMK-Prognose bis 2025



Die demografische Entwicklung in Deutschland und Europa wird den „Wettbewerb um die klügsten Köpfe“ zwischen den Regionen deutlich verstärken. Jugendliche im Jahr 2030 werden grundsätzlich davon ausgehen können, dass sie in der Wirtschaft als künftige Fachkräfte mit innovati-

ven Ideen gebraucht, geschätzt und umworben werden. Bereits heute bestehen Probleme bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen für Berufe mit Negativfaktoren bei Arbeitsbedingungen und Image (zum Beispiel im Einzelhandel, der Gastronomie und Teilen der Pflegeberufe)²⁸. Zugleich beschränkt eine geschlechterstereotype Berufsorientierung die Anzahl potentieller Bewerberinnen und Bewerber. So ist der Männeranteil in sozialen Berufen als auch der Frauenanteil in MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gering. Durch den Ersatzbedarf für ausscheidende starke Jahrgänge von Erwerbstätigen entsteht ein wachsender Fachkräftebedarf der Wirtschaft regional mit unterschiedlicher Relevanz, der sich auch auf den Ausbildungsmarkt niederschlägt.

Hamburg ist mit seinem vielfältigen und in maßgeblichen Branchen ausgezeichneten Ausbildungsplatzangebot attraktiv für junge Menschen, die ihren ersten Weg in die Berufswelt suchen und ihre Fähigkeiten einbringen wollen. Vor dem Hintergrund zunehmender Technisierung und Spezialisierung werden fachliche, soziale und personale Kompetenzen besonders gefördert werden. Entsprechend steigen im Trend die Anforderungen an Jugendliche zu Beginn und während der Ausbildung. Im Fokus stehen dabei Ausbildungsreife, grundlegende Fähigkeiten wie sicheres Lesen, Schreiben und Rechnen sowie soziale und personale Faktoren wie Motivation und Teamfähigkeit. Hier bedarf es auch einer geschlechterspezifischen Förderung. Positiv ist bundesweit seit längerem eine wachsende Bildungsbeteiligung zu beobachten. Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung zu einer höheren Bildungsbeteiligung mit einer Studienberechtigtenquote von ca. 50 % eines Jahrgangs sich fortsetzen wird. Damit einhergehend nimmt die Heterogenität der Schüler und Schülerinnen, Schulabsolventen und Schulabsolventinnen sowie Studierenden zu: Mehr Menschen, die studieren, stammen aus zuvor bildungsferneren Bevölkerungsgruppen oder aus Familien mit Migrationshintergrund. Andererseits ist das Potential von Schulabsolventen und Schulabsolventinnen aus Stadtteilschulen, Förderschulen und privaten Ersatzschulen für den Ausbildungsplatzmarkt noch längst nicht ausgeschöpft. Zum Stichtag 15. September 2013 starteten 38,7 % (1.443 gesamt) der Hamburger Schulabgänger eine Ausbildung, davon u. a. 23,3 % eine betriebliche (868 Schulabgänger) und ca. 13,2 % an einer vollqualifizierenden Berufsfachschule (492 Schulabgänger). 1.455 Jugendliche (ca. 38 % der Schulabgänger) werden im Rahmen der dualisierten Ausbildungsvorbereitung (AV) beruflich orientiert, mit dem Ziel zügig (auch unterjährig) in eine berufliche Ausbildung eintreten zu können²⁹.

Mit der Einführung der Jugendberufsagentur hat Hamburg hier bereits die grundlegenden Strukturen verändert. Durch systematische Berufsorientierung ab Klassenstufe 8, Einrichtung von Jugendberufsagentur-Standorten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung sowie der bezirklichen Jugendhilfe in jedem Bezirk und enge Zusammenarbeit aller Arbeitsmarktakteure auf Landesebene werden Hamburger Jugendliche umfassend auf die Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines Studiums orientiert und mit geeigneten Angeboten unterstützt.

Im Rahmen des Berufsorientierungsprozesses ist eine frühzeitige, systematische, individuelle, betriebsnahe und geschlechtersensible Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen erforderlich. Sie unterstützt Jugendliche bei der Entwicklung realistischer beruflicher Wünsche, erweitert den Blick auf das Spektrum der angebotenen Ausbildungsberufe und trägt zur Überwindung geschlechtsstereotypischen Berufswahlverhaltens bei. Durch gezielte Unterstützung der Jugendlichen wird darüber hinaus der Abgleich zwischen Ausbildungssuchenden und Ausbildungsbetrieben und die entsprechende Zuordnung verbessert.

²⁸ Dagegen ist der Zulauf zu Ausbildungsberufen zum Beispiel in den Branchen Logistik, Flugzeug- und Fahrzeugbau weiterhin groß und die Unternehmen können noch zwischen vielen Bewerberinnen und Bewerbern auswählen.

²⁹ Erhebung der Behörde für Schule und Berufsbildung 2013.

Aber auch die Hamburger Unternehmen sind gefragt. Sie müssen ihre attraktiven Angebote in der dualen beruflichen Erstausbildung ausbauen, um angesichts des Bevölkerungsrückgangs in der Altersgruppe der Jugendlichen rund um Hamburg herum weiterhin rd. 40 bis 50 % der Ausbildungsplätze mit jungen Menschen aus dem Umland, Deutschland insgesamt und Europa besetzen zu können.

Die Hochschulen der Metropolregion bilden Fachkräfte für die Unternehmen sowohl in der Region als auch in Hamburg aus. Für Hamburg ist es wichtig, dass ein bedarfsgerechtes Studienangebot langfristig bereitgestellt wird. Die aktuell hohen Studienanfängerzahlen werden nach Berechnungen der KMK in Hamburg nur sehr moderat zurückgehen und bis 2025 über dem Niveau des Jahres 2005 liegen (s.o.). Für den Betrachtungszeitraum dieser Drucksache (2030) ist jedenfalls für Hamburg mit keinem stärkeren Rückgang der Studienplatznachfrage zu rechnen.

Sofern aufgrund des demografischen Wandels künftig in für Hamburg wichtigen Studienbereichen nicht mehr genügend Studierende gewonnen werden können, müssen Strategien entwickelt werden, um national und international um Studierende zu werben. Damit können auch spätere Erwerbstätige an die Metropolregion Hamburg gebunden werden.

Die Entwicklung der Fachkräftebedarfe am Hamburger Arbeitsmarkt wird u.a. seitens der Agentur für Arbeit (Engpassanalyse) und der Handelskammer Hamburg (Fachkräftemonitor) festgehalten und prognostiziert. Dies ist bereits Bestandteil der Hamburger Fachkräftestrategie, die u.a. das Ziel verfolgt, den Bedarf an qualifizierten Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen nach Branchen und Clustern sowie Qualifikationsbedarfe nach Ausbildungsniveau frühzeitig zu erkennen. Erkenntnisse aus der Fortentwicklung des Fachkräftemonitorings der Fachkräftestrategie werden in die künftige Hochschulstrukturplanung einfließen.

In Zeiten etwa gleichbleibender Studienanfängerzahlen und künftig wachsender Fachkräfte(ersatz)bedarfe muss sich der Blick auf die Qualität der Ausbildung richten. Gute Studienbedingungen und eine gute Reputation der wissenschaftlichen Einrichtungen befördern die Entscheidung für einen Studienort oder einen wissenschaftlichen Arbeitsplatz. Insofern ist die Steigerung der Qualität der Lehre, die Fokussierung auf überregional sichtbare und konkurrenzfähige Forschungsbereiche und die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiter voranzutreiben. Nur durch eine Qualitätssteigerung in der Lehre kann es zudem gelingen, die Abbrecherzahlen zu senken. Dies gilt mit Blick auf erkennbare demografiebedingte Fachkräftebedarfe insbesondere für bestimmte Bereiche der sogenannten MINT-Fächer.

Hamburg verfügt über ein breites Angebot attraktiver Wissenschaftseinrichtungen. Am Beispiel der international führenden Forschungsschwerpunkte Klimaforschung und naturwissenschaftliche Strukturforschung – beteiligt sind vor allem die Universität Hamburg, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, das Deutsche Elektronen-Synchrotron, das Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie und das Max-Planck-Institut für Meteorologie – wird deutlich, welche internationale Anziehungskraft attraktive, exzellente Forschung entfalten kann. Indem vorhandene wissenschaftliche Schwerpunkte gestärkt werden, wird das Interesse in- und ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in der Metropolregion für Innovation und Fortschritt sorgen können, befördert.

b) Fachpolitische Zielsetzungen

Vor dem Hintergrund der genannten demografischen Entwicklungen und der mit ihnen verbundenen Trends setzt Hamburg folgende **Handlungsschwerpunkte**:

- Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung,
- Kooperation zwischen Hamburg und seinem Umland im berufsbildenden Bereich,
- stärkere Verzahnung von beruflicher und akademischer Ausbildung,
- Stärkung der Hochschullehre, die immer heterogeneren Studierendengenerationen gerecht wird und die Zahl der Studienabbrecher senkt,
- Ausbau überregional sichtbarer Forschungsbereiche und Vortreiben der Internationalisierung von Lehre und Forschung an den Wissenschaftseinrichtungen,
- attraktive Wohn- und Lebensbedingungen für Auszubildende und Studierende (s. hierzu 3).

(1) Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung

Vor dem Hintergrund der Bedeutung guter Anschlussperspektiven für zuziehende Kinder und Jugendliche wird Hamburg in gemeinsamer Verantwortung von Staat und Wirtschaft die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung hinsichtlich der beruflichen und gesellschaftlichen Integration junger Menschen, hinsichtlich der Deckung des Fachkräftebedarfs und hinsichtlich der internationalen Konkurrenzfähigkeit weiterentwickeln.

Die Hinführung von Schülerinnen und Schülern in die betriebliche Ausbildung und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf stellen auch 2030 wichtige Ziele dar. Grundlegend hierfür ist eine frühzeitige, systematische, individuelle und betriebsnahe Berufs- und Studienorientierung in den allgemeinbildenden Schulen. Sie unterstützt Jugendliche bei der Entwicklung realistischer beruflicher Wünsche und verbessert das Zusammenfinden von Ausbildungssuchenden und Ausbildungsbetrieben.

Mit der Jugendberufsagentur steht schon heute eine Einrichtung zur Beratung, Begleitung und Unterstützung bei Fragen zum Einstieg in die Berufsausbildung, das Studium und den Beruf zur Verfügung. Auch zukünftig soll die Jugendberufsagentur sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler einen gesicherten Anschluss an die Schule erhält und niemand zurückbleibt.

Die Ausbildungsmöglichkeiten sind 2030 so gestaltet, dass sie den verschiedenen Ausgangslagen der Jugendlichen gerecht werden. Die beruflichen Ausbildungsgänge sind flexibel, durchlässig zu höheren Bildungsabschlüssen sowie international konkurrenzfähig und anrechenbar. Sie sind auch für Abiturienten attraktiv und verbessern die beruflichen Perspektiven.

(2) Kooperation zwischen Hamburg und seinem Umland im berufsbildenden Bereich

Die unterschiedlich verlaufende demografische Entwicklung von Hamburg und seinem Umland hat insbesondere Konsequenzen für den berufsbildenden Sektor. Wie im Abschnitt a) dargestellt stammen derzeit ca. zwei Fünftel der Schülerinnen und Schüler an Hamburger Berufsschulen aus dem Hamburger Umland. Während Hamburg mit seinem weit entwickelten System von Fachberufsschulen den größten Teil des Spektrums an Ausbildungsgängen abdeckt, werden bestimmte spezialisierte Ausbildungsgänge bewusst nur im Hamburger Umland angeboten. Die übergreifende Gestaltung der beruflichen Bildung im Großraum Hamburg ist durch Kooperationsvereinbarungen zwischen den jeweils verantwortlichen Behörden geregelt.

Im Jahr 2030 ist dem demografischen Trend zufolge mit einem überproportionalen Rückgang der Schülerinnen und Schüler aus dem Umland zu rechnen. Dadurch verändern sich die Chancen Hamburger Schülerinnen und Schüler auf besonders nachgefragte Ausbildungsgänge. Davon abgesehen ist davon auszugehen, dass Hamburg auch im Jahr 2030 für junge Menschen von außerhalb ein attraktiver Ausbildungsstandort bleibt.

(3) Stärkere Verzahnung von beruflicher und akademischer Ausbildung

Zu einer besonders ausgeprägten Stärke Hamburgs soll die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung werden. Die Durchlässigkeit der Bildungssysteme zu erhöhen und dabei über Bildungswege und erworbene Zusatzqualifikationen größtmögliche Transparenz herzustellen, sind wichtige Anliegen des Senats, die im Kontext des „Bündnisses für den Mittelstand – Mittelstandsvereinbarung III“ sowie im Rahmen der Arbeit des Fachkräftenetzwerks behandelt werden.

Hamburg wird eine Reihe von Maßnahmen befördern, die die Durchlässigkeit der Bildungsbereiche erhöhen werden. Hierzu zählen u.a. die Verbesserung der Anrechnung von Vorkenntnissen auf ein Hochschulstudium, die im Rahmen von beruflichen Aus- und Fortbildungen erworben wurden und die Einführung einer Vorabquote für die Inhaber nichtschulischer Hochschulzugangsberechtigungen.

Darüber hinaus werden mit einer dauerhaften Berücksichtigung der Durchlässigkeitsquote (Verhältnis der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im System der beruflichen Bildung erworben haben, zur Gesamtheit der Studienanfängerinnen und Studienanfänger) in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen und den Haushaltskennzahlen Vorgaben für Hochschulen zur Zielverfolgung gesetzt. Hier muss in den kommenden Jahren – je nach Zielerreichung – ggf. nachgesteuert werden.

Eine besondere Rolle für die Durchlässigkeit spielt darüber hinaus der Ausbau dualer Studiengänge in den Bereichen, in denen diese Struktur sinnvoll erscheint.

(4) Stärkung einer Hochschullehre, die immer heterogeneren Studierendengenerationen gerecht wird und die Zahl der Studienabbrecher senkt

Hamburg verfügt über ein breites Studienangebot: Mit über 400 Studiengängen bieten die staatlichen Hamburger Hochschulen nahezu das gesamte Fächerspektrum der Geistes-, Sozial-, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Musik, bildender und darstellender Kunst an. Auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels ist es erforderlich, dieses breite Angebot aufrechtzuerhalten und gezielt weiterzuentwickeln, etwa durch den Aufbau dualer Studiengänge. Dabei werden künftige, auch demografisch bedingte Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die im Rahmen der Fachkräftestrategie des Senats einem Monitoring unterzogen werden, bei der Weiterentwicklung der Angebotspalette zu berücksichtigen sein. Bereits heute erkennbare Bedarfe (z.B. Ingenieurwissenschaften, Pflegeberufe) müssen in der langfristigen Hochschulstrukturplanung berücksichtigt werden.

Insbesondere im MINT-Bereich – aber nicht nur dort – ist der Studienerfolg zu verbessern. Unterschiedliche Vorkenntnisse und Praxiserfahrungen müssen in der Lehre, insbesondere in der Studieneinstiegsphase berücksichtigt werden. Hierfür sind Verbesserungen der Studienbedingungen und Verbesserungen der Lehrqualität wichtige Voraussetzungen. Qualitätssteigernde Maßnahmen sind – auch im Rahmen der Bachelor-Master-Reformen – fortzuführen. Die Nutzung innovativer Lehrformen (z.B. E-Learning, Massive Open Online Courses) und die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements an den Hochschulen sind weitere Maßnahmen, mit denen Lehr- und Studienerfolge verbessert werden können.

(5) Ausbau überregional sichtbarer Forschungsbereiche und Vorantreiben der Internationalisierung von Lehre und Forschung an den Wissenschaftseinrichtungen

Die Entwicklung und der Ausbau von Forschungsbereichen mit überregionaler Strahlkraft erfordern nicht zuletzt vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen eine stärkere Profilbildung der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. So baut Hamburg die Forschung zurzeit in zwei Schwerpunktbereichen aus: Klimaforschung und Strukturforschung. Die Universität Hamburg, das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Helmholtz-Zentrum Geesthacht, das Deutsche Klimarechenzentrum und zahlreiche andere Institutionen untersuchen im KlimaCampus gemeinsam fundamentale Fragen der Klimaentstehung und -entwicklung und versuchen, das zukünftige Klima zu modellieren. Die Universität Hamburg, das Deutsche Elektronensynchrotron DESY, das Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie, die European XFEL GmbH, das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie und weitere Einrichtungen versuchen, gemeinsam die Strukturen der elementaren Bausteine der Natur sichtbar zu machen und zu verstehen. Beide Forschungsschwerpunkte sind in ihrem Fachgebiet international führend und werden im Rahmen der Bundesexzellenzinitiative besonders gefördert – die Klimaforschung durch den Exzellenzcluster CliSAP (Integrated Climate System Analysis and Prediction), die Strukturforschung im Rahmen des Exzellenzclusters HCU (Hamburg Center for Ultrafast Imaging). Sie üben eine starke Anziehungskraft auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt aus. Für die kommenden Jahre sind zahlreiche Maßnahmen notwendig, um die Spitzenstellung dieser Forschungsschwerpunkte zu sichern und auszubauen.

Ergänzend sind Potenzialbereiche in der Forschung, wie die Energieforschung, weiter zu stärken. Maßnahmen wie der Energieforschungsverbund der Hamburgischen Hochschulen, das Windlabor der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und das Zentrum für grüne Technologien ICGT sind auch zukünftig notwendig, um Potenzialbereiche, wie die Energieforschung, zu national und international sichtbaren Forschungsschwerpunkten zu entwickeln.

Über die InnovationsAllianz Hamburg, einem Zusammenschluss von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Verbänden und Verwaltung/Politik, soll die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Hamburg weiter verstärkt werden und Hamburg sich zu einer Innovationsmetropole in Europa entwickeln. Geplant ist beispielsweise, über die Einrichtung von Forschungs- und InnovationsCampi in unmittelbarer Nähe zu Wissenschaftseinrichtungen den Transfer aus der Forschung in Unternehmen auszubauen.

Eine stärkere Internationalisierung von Lehre und Forschung wirkt begünstigend auf die Vernetzung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit anderen Ländern und befördert die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

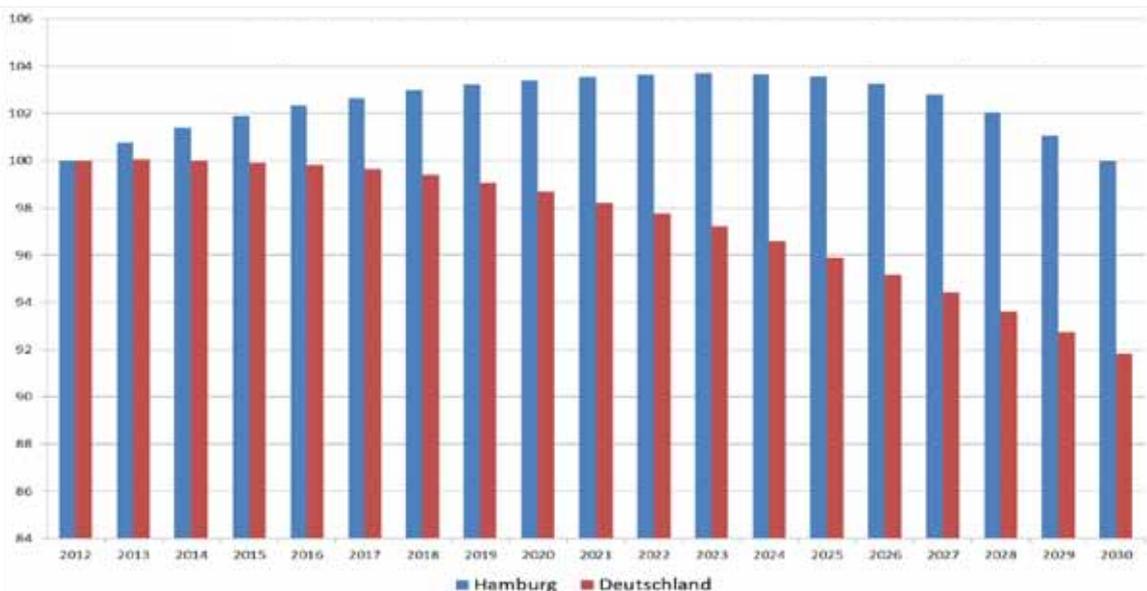
3. ... FÜR QUALIFIZIERTE ARBEITSKRÄFTE, KREATIVE KÖPFE SOWIE WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN

Hamburg zählt zu den strukturell gut aufgestellten Regionen mit einem stark ausgeprägten Dienstleistungssektor, einer leistungsfähigen industriellen Basis, umfassenden Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie hochqualifizierten Fachkräften. Dabei profitiert Hamburg von der zunehmenden Anziehungskraft der Städte. Diese Anziehungskraft insbesondere für junge und hochqualifizierte Arbeitskräfte sowie für Wirtschaftsunternehmen gewinnt angesichts demografischer Veränderungen an Bedeutung, um den wirtschaftlichen Wohlstand der Stadt langfristig zu sichern. Die Sicherung und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Stadt ist die Voraussetzung für Zuwanderungen und Pendler, aber auch für die Finanzierbarkeit des demografischen Wandels.

a) Demografische Entwicklungen und Trends

Die günstige Wirtschaftsentwicklung Hamburgs basiert auch auf einer positiven Bevölkerungsentwicklung. Das Arbeitskräfteangebot wird nach den bisherigen Projektionen in den kommenden Jahren noch leicht zunehmen; in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts wird es jedoch auch in Hamburg zu einem demografiebedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots kommen. Damit könnte die Entwicklung deutlich günstiger als im Bundesgebiet und in den meisten deutschen Großstädten verlaufen³⁰. Während bundesweit das **Erwerbspersonenpotenzial** – nach den bisherigen Projektionen – bis 2035 um 8,6 Mio. Personen gegenüber 2011 zurückgeht³¹, werden nur die Städte Düsseldorf, München, Stuttgart und Hamburg 2030 nicht weniger Erwerbspersonen haben als im Jahr 2010³². Diese Projektion setzt allerdings voraus, dass die Zuwanderung in die Städte anhält.

Projektion der Erwerbspersonen am Wohnort 2012 = 100 (BBSR-Prjektion)



Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Raumordnungsprognose 2030, Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen, Analysen Bau.Stadt.Raum, Band 9, Bonn 2012.

³⁰ Vgl. BBSR, Raumordnungsprognose 2030, 2011.

³¹ Vgl. Prognos, Arbeitslosigkeit 2035, Juni 2010.

³² Vgl. BBSR, Raumordnungsprognose 2030, 2011

Über diese Prognose hinaus erhöhte Steigerungsraten bei der Zuwanderung aus Drittstaaten wie auch aus Ländern der Europäischen Union sind aus aktueller Perspektive mittelfristig zu erwarten, für die Langfristplanung aber schwer zu prognostizieren. Daher muss sich auch Hamburg, nach 2025 und damit später als in vielen anderen Regionen Deutschlands, auf eine sinkende Anzahl der Erwerbspersonen zumindest einstellen. Der demografische Wandel ist zudem wie im übrigen Bundesgebiet mit einer deutlichen Verschiebung der Altersstruktur bei den Erwerbspersonen verbunden. In Hamburg nimmt vor allem der Anteil der 50 Jahre und älteren Erwerbspersonen, der bislang deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt war, überproportional zu. Ursache ist das „Wandern durch die Altersgruppen“ der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts.

| Erwerbspersonen am Wohnort - Altersstruktur in % | | | | | Veränderung |
|--|-------|-------|-------|-------|-------------|
| Angabe | 2012 | 2020 | 2025 | 2030 | %-Punkte |
| Hamburg | | | | | |
| unter 30 J | 22,1% | 20,3% | 19,8% | 19,8% | -2,3% |
| 30 bis unter 50 J. | 52,7% | 48,7% | 48,6% | 48,7% | -4,1% |
| 50J und älter | 25,1% | 31,1% | 31,6% | 31,5% | 6,4% |
| Deutschland | | | | | |
| unter 30 J | 21,1% | 19,5% | 19,2% | 19,1% | -1,9% |
| 30 bis unter 50 J. | 48,8% | 44,4% | 45,4% | 47,0% | -1,8% |
| 50J und älter | 30,2% | 36,1% | 35,4% | 33,9% | 3,7% |

Quelle: BBSR-Projektion für die Erwerbspersonen, eigene Berechnungen

Gleichzeitig ist bei der Betrachtung der Erwerbsquoten nach Alter festzustellen, dass diese ab der Altersgruppe der 55- bis 60-Jährigen leicht abnimmt³³, bevor sie dann bei den 60- bis 65-jährigen Personen stark abfällt und nur noch knapp die Hälfte beträgt. Innerhalb der Altersgruppen ist bei den ab 50-jährigen Hamburgern im Trend aber eine Steigerung der Erwerbsquote prognostiziert.

Der Arbeitskräftebedarf hängt auch von der weiteren Entwicklung der Pendlerströme und damit von der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung im Einzugsgebiet der Stadt ab. Hamburg bildet das Zentrum eines gemeinsamen, vielfach verflochtenen Wirtschaftsraumes und Arbeitsmarktes. Die Anziehungskraft der Stadt als Einkaufs-, Event-, Gesundheits- oder als Dienstleistungsmetropole reicht weit über die Stadtgrenzen hinaus. Ökonomisch bedeutsam sind vor allem die Impulse Hamburgs als Produktions-, Logistik-, Außenhandels-, Medien- und IT-Standort. Rund 352 Tsd. Erwerbstätige³⁴ pendeln nach Hamburg. Damit kommen rund 31 % aller in Hamburg arbeitenden Erwerbstätigen von außerhalb der Stadtgrenzen. Über die Hälfte der in den sechs Umlandkreisen wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten³⁵ pendeln, und zwar vorwiegend nach Hamburg. Umgekehrt finden rund 115 Tsd. in Hamburg wohnende Erwerbstätige einen Arbeitsplatz außerhalb der Stadt. Im unmittelbaren Umland wird – nach der Projektion des BBSR – die Entwicklung der Erwerbspersonen ähnlich wie in Hamburg verlaufen. Entsprechend hoch könnte die Chance sein, dass die Zahl der Einpendler aus dem Umland in naher Zukunft relativ konstant bleibt. Der prognostizierte dramatische Rückgang an Arbeitskräften in weiter entfernten Kreisen der Metropolregion dürfte sich dagegen auf die Pendlerströme innerhalb der Metropolregion und auf die Besetzung von Arbeitsplätzen vor Ort auswirken. Hamburg hat deshalb ein vitales Interesse daran, die Attraktivität der Region für Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Unternehmen zu steigern.

³³ Statistikamt Nord, Mikrozensus 2012. Die Erwerbsquoten betragen bei den 45- bis 50-Jährigen 86,4 %, bei den 50- bis 55-Jährigen 83,4 %, bei den 55- bis 60-Jährigen 76,9 % und bei den 60- bis 65-Jährigen 49,7 %.

³⁴ Vgl. Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Statistikämter, Daten für 2011.

³⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort mit Pendlerdaten, Juni 2012.

Die **Fachkräftegewinnung** wird in Hamburg wie in den Kreisen der Metropolregion stark an Bedeutung zunehmen. Die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Hamburger Fachkräftestrategie erfolgte Analyse zur Fachkräftesituation hat gezeigt, dass in Hamburg kurz- und mittelfristig Stellenbesetzungsengpässe und steigende Nachfragen vor allem in Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufen sowie in technischen Berufen zu verzeichnen sind, während das Umland größere Schwierigkeiten hat, seinen Arbeitskräftebedarf zu decken.

Langfristig werden sich aus ökonomischer Sicht Wirtschaft und Arbeitsmarkt an die demografischen Umwälzungen der Gesellschaft anpassen. Es ist mit einem Strukturwandel zu rechnen, der kurz- und mittelfristig mehr oder minder ausgeprägte regionale und berufsspezifische Fachkräfteengpässe erwarten lässt, aber auch neue Berufs- und Beschäftigungsperspektiven eröffnen könnte. Entscheidend wird sein, wie sich das Qualifikationsniveau der erwerbsfähigen Bevölkerung und Berufsfelder bei Angebot und Nachfrage zueinander entwickeln. So wird sich der Fachkräftebedarf vieler Unternehmen in Zukunft nur decken lassen, wenn die betriebliche sowie überbetriebliche Ausbildung intensiviert und die berufsbegleitende Weiterbildung verstärkt werden. Betriebliche Bildungsinvestitionen werden zu einer der großen unternehmerischen Herausforderungen und zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor.

Die Unternehmen werden zudem gefordert sein, das bereits vorhandene aber noch nicht ausgeschöpfte Erwerbspersonenpotenzial von Frauen, Älteren, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung stärker als bisher zu nutzen beziehungsweise diese Menschen mittels Qualifizierung als Fachkräfte für ihr Unternehmen zu gewinnen. Besondere Bedeutung erhält die Attraktivität eines Unternehmens als flexibler Arbeitgeber, der die Lebenssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt. Beschäftigte mit Kindern benötigen ein hohes Maß an Zeitsouveränität und Flexibilität des Arbeitsortes sowie die Perspektive, dass Phasen der Erwerbsunterbrechung oder Teilzeitbeschäftigung keinen Karriereknick bedeuten. Gleiches gilt für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen. Lebensphasenorientierte Personalentwicklungskonzepte zur Förderung der Potenziale unterschiedlicher Altersgruppen müssen entwickelt werden. Dabei kommt auch der betrieblichen Gesundheitsförderung eine steigende Bedeutung zu.

Die demografischen Projektionen zur Bevölkerungsentwicklung weisen zudem darauf hin, dass auf lange Sicht der Rückgang der Erwerbsbevölkerung nicht allein durch die Einbindung vorhandener Erwerbspotenziale in den Arbeitsmarkt kompensiert werden kann. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Hamburgs kann damit langfristig nur erhalten bleiben, wenn Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen werden. Die Beschäftigung von Fachkräften aus dem Ausland wird für jedes Unternehmen vor diesem Hintergrund immer stärker zu den gängigen personalpolitischen Instrumenten gehören.

Der demografische Wandel zählt langfristig zu den größten Herausforderungen für alle **Wirtschaftsakteure** in Deutschland: Bei rückläufiger Erwerbspersonenzahl und/oder möglichen demografiebedingten Kostensteigerungen muss die Produktivität steigen, wenn die Produktions- und Dienstleistungskapazität erhalten bleiben soll. Nur durch Innovationen und eine hervorragende Infrastruktur ist der sich weiter erhöhende Wettbewerbsdruck zu bestehen.

Nach den vorliegenden Langfristprojektionen könnte die Zahl der Arbeitsplätze in Hamburg voraussichtlich bis 2030 weiter moderat zunehmen³⁶. Es bestehen aber Risiken der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Bundesgebiet und für Hamburg. Sie ergeben sich auch aus

³⁶ Vgl. z.B. Prognos, Deutschland-Report 2035, 2010; HWWI/Georg-Consulting, Spezifikation und Typologie der Gewerbeflächennachfrage bis 2025 in Hamburg, 2013

den weltwirtschaftlichen Veränderungen wie z.B. der Euroschuldenkrise, den erforderlichen Anpassungen der Finanzmärkte, der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs sowie aus den demografischen Veränderungen. Alle Schlussfolgerungen unterstellen bisher ein stetiges Wirtschaftswachstum in Hamburg. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, ist die Entwicklung Hamburgs zur Innovationsmetropole ebenso notwendig wie der Ausbau der Infrastruktur und die Bereitstellung von Gewerbeflächen. Insbesondere für die Bereiche Logistik und Industrie ist die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen auch in der Hafennähe bzw. im verdichteten städtischen Gebiet ein entscheidender Faktor. Wirtschaftswachstum bedeutet Arbeitsplätze und Einkommen. Attraktive Arbeitsplätze sichern die Finanzierbarkeit des Gemeinwesens und ziehen Zuwanderungen an.

Unklar sind die Auswirkungen auf Hamburger Unternehmen, die sich durch langfristig veränderte Märkte und Kostensteigerungen ergeben könnten. Generationsgerechte Produkte und Dienstleistungen werden ebenso wie Leistungen der Gesundheitswirtschaft stärker nachgefragt werden. Innovationen und Existenzgründungen bzw. Betriebsnachfolgen gewinnen an Bedeutung. Zu berücksichtigen sind auch mögliche Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs in den weiter entfernten Kreisen der Metropolregion direkt auf die Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen oder indirekt über Geschäftsbeziehungen der Unternehmen untereinander. Entwickeln sich langfristig Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze wie erhofft, wird sich der Wettbewerb um Talente intensivieren.

b) Fachpolitische Zielsetzungen

Vor dem Hintergrund der genannten demografischen Entwicklungen und Trends hat der Hamburger Senat im Dialog mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie der Arbeitsverwaltung eine Fachkräftestrategie für Hamburg entwickelt³⁷. Die Fachkräftestrategie leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortsicherung. Im Rahmen seiner Fachkräftestrategie setzt Hamburg folgende **Handlungsschwerpunkte**:

- Qualifikation des Erwerbspersonenpotenzials,
- Bildungsangebote für Erwachsene,
- Sicherung und Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials,
- Fachkräfte aus dem In- und Ausland gewinnen und Willkommenskultur verbessern,
- Attraktive Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus setzt Hamburg auf die Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen bei der Bewältigung demografischer Veränderungen bei gleichzeitiger Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandortes zur Sicherung der Arbeitsplätze in Hamburg.

Das im Juni 2013 gegründete Fachkräftenetzwerk ermöglicht die Initiierung, Weiterentwicklung und Koordination relevanter Instrumente zur Fachkräftesicherung unter Beteiligung aller Partner. Wie die nachfolgend aufgeführten Zielperspektiven erreicht werden können, wird daher auch Gegenstand der fachpolitikübergreifenden Arbeit aller Partner im Hamburger Fachkräftenetzwerk sein:

³⁷ Siehe Einleitung.

(1) Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen des berufsbegleitenden Lernens

Betriebe, Beschäftigte und Bildungsinstitutionen müssen ihre Qualifizierungsanstrengungen weiter erhöhen und neue Organisationsformen des Lernens entwickeln. Der Staat hat dabei die Aufgabe, einen Rahmen für die berufliche Bildung und Hochschulbildung zu setzen.

Mit der ersten Säule der Fachkräftestrategie „Fachkräfte qualifizieren“ verfolgt der Senat mittel- und langfristig im Schwerpunkt folgende Zielsetzungen:

Der Senat wird seine Anstrengungen in der Ausbildungs-, Weiterbildungs-, Hochschul- sowie der Arbeitsmarkt- und Clusterpolitik weiter optimieren und auf die zukünftigen Bedarfe ausrichten. Folgende Fragen sind dabei noch zu klären:

- Welche Qualifikationen brauchen wir zukünftig? Wie müssen wir die berufliche Erstausbildung, die Weiterbildung und die Hochschulbildung gestalten?
- Wie kann das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werden, damit der Einstieg in neue Berufswege und der berufliche Aufstieg in allen Lebensphasen möglich sind?

(2) Bildungsangebote für Erwachsene

In einer sich demografisch verändernden Gesellschaft ist das lebenslange Lernen von zentraler Bedeutung für eine dauerhafte gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation. Bildung (bzw. Weiterbildung) wird im Jahr 2030 für alle Lebensalter selbstverständlich und als kontinuierlicher Prozess begriffen, der nicht nur formalisierte Bildung, sondern auch non-formale Bildung (Lernen in außerschulischen Bildungseinrichtungen) und insbesondere informelle Bildung (Lernen außerhalb von Bildungseinrichtungen) umfasst.

Hamburg verfügt bereits über eine hervorragende Infrastruktur an privaten und öffentlichen Weiterbildungsangeboten. Wichtiges Potential für das lebenslange Lernen bieten auch im Jahr 2030 vor allem die Angebote der Hamburger Volkshochschule (VHS). Mit aktuellen Programmangeboten, optimalem Service und hochwertiger Lern- und Lernwegeberatung gibt die Hamburger Volkshochschule passende Antworten auf die unterschiedlichen Bildungsbedarfe im Prozess des lebensbegleitenden Lernens. Dazu gehören auch geeignete Angebote für Zielgruppen mit speziellen Lernbedarfen, zum Beispiel für nachholende Grundbildung und Alphabetisierung, für Sprachförderung, Angebote für Menschen mit Zuwanderungshintergrund oder Formen des selbstorganisierten oder computergestützten Lernens. Um bei der Vielzahl von Bildungsangeboten eine gute Orientierung zu bieten, sind die Bildungsangebote in Datenbanken und Bildungsportalen gebündelt, transparent und aktuell abrufbar. Weiterhin erfolgt eine gezielte qualitativ hochwertige Weiterbildungsberatung.

Die Hochschulen werden ihr Studienangebot langfristig auf neue Zielgruppen, z.B. Erwachsene im mittleren Alter oder auch in der zweiten Lebenshälfte ausrichten. Im Blick stehen dabei u.a. modulare Weiterbildungsangebote, Teilzeitstudiengänge und berufsbegleitende Studiengänge sowie weiterbildende Master-Studiengänge.

Die Weiterbildungsthematik ist in den abgeschlossenen Hochschulvereinbarungen bis 2020 berücksichtigt und wird auch in der leistungsorientierten Mittelvergabe dauerhaft zu verankern sein.

(3) Sicherung und Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials

Mit der zweiten Säule der Fachkräftestrategie verfolgt der Senat das Ziel, die Erwerbsbeteiligung von Jugendlichen, Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, um sie als Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu erhalten oder mittels Qualifizierung zu gewinnen³⁸.

- Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen muss vor allem im Zusammenhang mit der Verbesserung der Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen werden, auch mit Fokus auf die Gestaltung von und den Zugang zu Maßnahmen der (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. Eine wichtige Voraussetzung für Erwerbstätigkeit ist dabei eine bedarfsgerechte und hochwertige Kinderbetreuung (s.o. 2. 1.). Darüber hinaus gilt es, insbesondere (hoch-) qualifizierten Frauen nach einer familienbedingten Abwesenheit die Rückkehr in den Beruf und die weitere berufliche Entwicklung zu erleichtern. Hier sind in erster Linie die Unternehmen gefordert, Lösungen zu entwickeln. Auf Seite der Frauen sollen zusätzliche Anreize mit der Information über die langfristigen Auswirkungen einer geringen Erwerbsbeteiligung sowie die Verbesserung der Karrieremöglichkeiten gesetzt werden.
- Um ältere Menschen möglichst lange produktiv im Arbeitsleben zu halten, sind standardisierte Verfahren zu entwickeln, die Risikofaktoren erfassen, den ausgeübten Beruf nicht bis zur Rente ausüben zu können oder sogar vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Um hier gegenzusteuern, sind verstärkt altersgerechte Arbeitsbedingungen zur Beschäftigungssicherung zu etablieren und alternativ Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Neuorientierung zu entwickeln. Das Bedürfnis nach Selbstbestimmtheit im Alter ist auch bei den Modellen von flexiblen und individualisierten Renteneintritten mit zu bedenken. In diesem Zusammenhang wird zu entscheiden sein, ob unsere Gesellschaft es sich langfristig leisten kann, Menschen, die auch nach dem gesetzlichen Renteneintrittsalter produktiv am Erwerbsleben teilhaben wollen, vom Erwerbsleben auszugrenzen.
- Der Senat will Unternehmen Impulse geben, vermehrt auch die Potenziale von Menschen mit Behinderung zu nutzen. Die beteiligten Akteure intensivieren ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel, mehr Beschäftigung zu schaffen, Unterstützungsmöglichkeiten bekannter zu machen sowie Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung abzubauen. Insbesondere für diejenigen Erwerbstätigen, die aufgrund berufsgruppenspezifischer Belastung oder aufgrund von behinderungsbedingten Beeinträchtigungen nicht bis zum Eintritt der Altersrente arbeiten können, wird sich Hamburg für eine Flexibilisierung des Renteneintritts einsetzen. Hierzu zählen die Möglichkeit des Bezugs von attraktiven Teilrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Einführung vergleichbarer flexibler Übergangsmo-delle auf Tarifvertragsebene. Weitere unterstützungswürdige Konzepte sind der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente sowie die Ausweitung der Möglichkeiten für die Entrichtung von Zusatzbeiträgen an die gesetzliche Rentenversicherung.
- Migrantinnen und Migranten, deren Anteil bei den berufseinsteigenden Kohorten voraussichtlich schon vor 2020 nach den gegenwärtigen Zahlen bei über 50 % liegen wird, müssen seitens der ausbildungs- und vermittlungszuständigen sowie beschäftigenden Institutionen (sozialer und lehrender Bildungsbereich und befassete Verwaltung; behördliche Stellen, Kammern, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Jugendberufsagentur, Universitäten, Unterneh-

³⁸ Zu den Ansätzen bei Jugendlichen siehe Kapitel 2.

men) grundsätzlich ab sofort eine individuelle Verschiedenheiten jeglicher Art (diversity) berücksichtigende, inklusivkompetente sowie Multikulturalität wertschätzende Beratungs- und Vermittlungskultur vorfinden. Weiterhin ist es für die Frage der Einrichtung von gezielten Fördermaßnahmen erforderlich, umgehend eine statistische Erhebungslage für diese Zielgruppe zu schaffen, die eine Abbildung der Bestands- und damit Bedarfslage ermöglicht. Dies gilt insbesondere für den Bereich von Frauen mit Migrationshintergrund.

- Neuzuwandernde Migrantinnen und Migranten, insbesondere auch jungerwachsene EU-Bürgerinnen und Bürger und gut integrierbare Flüchtlinge, müssen die Möglichkeit haben, entsprechend ihrer im Ausland erworbenen Qualifikation arbeiten zu können. Für Menschen mit Migrationshintergrund setzt der Senat daher weiterhin einen Schwerpunkt bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie der Verbesserung der Teilhabechancen bei der Arbeitsmarktförderung. Daneben entwickelt das Hamburg Welcome Center Serviceangebote, die eine lückenlose qualifizierte Verweisberatung in den Ausbildungs- und Erwerbsmarkt ermöglichen. Darüber hinaus wird das Hamburg Welcome Center für ansässige Unternehmen individuell unterstützende Beratung für die Einstellung von Zuwanderungspotential anbieten und damit allgemein die Diversitykompetenz auch im Bereich der Hamburger Wirtschaft stärken. Außerdem wird zur Verbesserung der Karrierechancen von mitziehenden Partnerinnen und Partnern ein Runder Tisch zu dieser Thematik seitens des HWC eingerichtet werden.

(4) Fachkräfte aus dem In- und Ausland gewinnen und Willkommenskultur verbessern

Neben dem seit 2010 etablierten Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen spielen insbesondere der Ausbau von mehrsprachigen Informationen, auch im Internet, sowie die Ausweitung der Serviceorientierung und die interkulturell kompetente Durchführung von Regeldienstleistungen – z.B. in bezirklichen Kundenzentren, den Kammern oder Anlaufstellen der Arbeitsmarktberatung – eine wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt für die Zielgruppe der Zuziehenden internationaler Herkunft.

Hamburg hat als attraktive und weltoffene Metropole gute Chancen, vom europäischen Arbeitsmarkt zu profitieren und gut ausgebildete Fachkräfte anzuziehen. Über 220 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im erwerbsfähigen Alter in den Mitgliedsländern zuzüglich Deutschlands bilden den europäischen Arbeitsmarkt. Durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union ohne aufenthaltsrechtliche Beschränkungen eine Beschäftigung aufnehmen. Der Senat verfolgt daher das Ziel, die sich aus dem europäischen Arbeitsmarkt ergebenden Chancen für Hamburg und die Metropolregion zukünftig stärker zu nutzen.

Schließlich haben EU und Bund die Möglichkeiten zur Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten deutlich erweitert. Hier gilt es, die Willkommenskultur Hamburgs für Fachkräfte aus aller Welt weiter zu verbessern und das Image Hamburgs als offene zuwanderungs- und integrationsfreundliche Stadt über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus zu prägen.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration wird dabei als zuständige Fachbehörde das Hamburg Welcome Center weiterentwickeln. In seinem Kern soll das HWC auch zukünftig die Leistungen einer Ausländerdienststelle anbieten. Im Vergleich zu anderen Ausländerdienststellen soll das HWC jedoch folgende Alleinstellungsmerkmale aufweisen:

- In zeitlicher Hinsicht soll das HWC potentiellen Neuzuwandernden zukünftig bereits vor der Zuwanderung im Internet mehrsprachige Orientierung in Hamburg anbieten. Es soll Unternehmen bei der Anwerbung von Fachkräften unterstützen.
- Das HWC plant zukünftig neben seinem behördlichen Leistungsangebot (Erledigung von Meldeangelegenheiten und Erteilung von Aufenthaltstiteln) sein allgemeines Beratungsangebot zu den Themen Wohnen, Sprache und Bildung, Familie und Freizeit durch persönliche Betreuung und Vermittlungsangebote zu ergänzen sowie im Schwerpunkt eine qualifizierte Verweisberatung zu den Themen Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Ausbildungs- und Erwerbsmarkt insbesondere für Auszubildende, Studierende, Absolventen und mitziehende Familienangehörige anzubieten. Dies soll u.a. auch durch Mentorenprogramme erfolgen.
- Gleichzeitig soll die Position des HWC als „Erstanlaufstelle“ gestärkt und die Zusammenarbeit mit hamburgweit vorhandenen Regelangeboten und Projektakteuren verbessert werden. Das HWC dient zukünftig als „Zubringer“ zu vorhandenen Institutionen und bietet umfassend qualifizierte Verweisberatung an.

Darüber hinaus wird Hamburg sich auch weiterhin für geeignete Modernisierungsmöglichkeiten des Aufenthalts- und des Staatsangehörigkeitsrechts einsetzen, beispielsweise durch die Prüfung von Privilegierungen für Menschen, die in Deutschland / Hamburg Schul- oder qualifizierte Berufsabschlüsse erlangt haben.

Ein wichtiger Bestandteil der Hamburger Willkommens- und Anerkennungskultur ist auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen. Hierzu hat Hamburg nach dem Bundesgesetzgeber als erstes Bundesland ein eigenes Landesanererkennungsgesetz vorgelegt. Es zeichnet sich dadurch aus, dass in ihm ein Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren geboten wird. Flankierend wurde zur Unterstützung der Anerkennungssuchenden mit der Beratungsstelle und dem Hamburger Stipendienprogramm eine unbürokratische, auch finanziell einstehende Unterstützungsstruktur geschaffen.

(5) Attraktive Arbeitsbedingungen

Im Rahmen der Fachkräftestrategie verfolgt der Senat das Ziel, gemeinsam mit allen Partnern des Fachkräftenetzwerks bei Unternehmen für attraktive Arbeitsbedingungen und eine mitarbeiterorientierte chancengerechte Personalpolitik zu werben.

Dazu gehört zum einen eine angemessene Vergütung. Eine angemessene Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein wesentliches Element der Wertschätzung für die erbrachte Arbeitsleistung und muss über die Existenzsicherung hinaus eine angemessene eigenverantwortliche Lebensführung ermöglichen.

Wichtiges Element einer mitarbeiterorientierten Personalpolitik ist zudem die Förderung einer lebensphasenorientierten Arbeitsorganisation und chancengerechten Unternehmenskultur.

So haben sich zum Beispiel Senat, Handelskammer und Handwerkskammer Hamburg zu der „Hamburger Allianz für Familien“ zusammengeschlossen. Mit den Projekten „Hotline zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt“ und dem „Hamburger Familiensiegel“ werden Unternehmen dabei unterstützt, familienfreundliche Maßnahmen für beide Geschlechter einzuführen, um zukünftig auch Frauen bessere Karrieremöglichkeiten zu eröffnen.

Diese Ausrichtung einer gemeinsamen Bewältigung von Senat und Wirtschaft der demografisch bedingten Herausforderungen muss in der Zukunft in kooperativer Verantwortung weiter entwickelt und an die sich verändernden Bedingungen angepasst werden.

Eine mitarbeiterorientierte, chancengerechte Personalpolitik schließt auch die Aufgabe ein, zusätzliche Ansätze zur Erhöhung des Frauenanteils in (höheren) Führungspositionen zu entwickeln. Physische und psychische Gesundheit bilden die Grundvoraussetzung für ein Arbeiten bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter. Die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen und gesunde Arbeitsbedingungen zu schaffen, ist und wird in erster Linie Aufgabe der Betriebe sein. Sie sind es ferner, die auch durch Weiterbildung und Qualifizierung wichtige Voraussetzungen zum Erhalt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schaffen können. In diesem Zusammenhang sind die Unternehmen auch aufgefordert, zusammen mit den Tarifpartnern die Chancen zum Abschluss von Demografie-Tarifverträgen zu nutzen.

(6) Unterstützung von Wirtschaftsunternehmen bei der Bewältigung demografischer Veränderungen

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration unterstützt seit April 2012 in Hamburg den Aufbau und die Etablierung einer regionalen Netzwerkstelle des bundesweit tätigen Unternehmensnetzwerks „ddn – Das Demographie-Netzwerk“. Das Hamburger Demographie Netzwerk unterstützt große und insbesondere kleine sowie mittlere Unternehmen bei der Verankerung einer generationenübergreifenden altersgerechten und modernen Personalpolitik. Unternehmen können sowohl von den bundesweiten Arbeitskreisen als auch von den regionalen Fachforen zu Themen wie zum Beispiel Arbeitsorganisation, Qualifizierung und Gesundheitsförderung profitieren. Sie können sich zu aktuellen Entwicklungen, Trends und Ansätzen informieren, von guten Beispielen aus der betrieblichen Praxis profitieren und selbst eigene Erfahrungen weitertragen.

(7) Marktchance Demografie nutzen

Hamburg hat gute Chancen, sich auf den demografisch bedingten Wachstumsfeldern zu positionieren. Dazu zählen vor allem die Themen Gesundheit und Freizeit.

Mit der Gründung der Clustermanagement-Agentur Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH (vormals i-Med GmbH) im Jahr 2004 verfolgen Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam das Ziel, die Region als überregionalen Produktionsstandort für innovative Medizin zu profilieren. Besonders in der gezielten Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in den Bereichen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmakologie entlang der Wertschöpfungsketten ist das Cluster außerordentlich erfolgreich.

Die Gesundheitswirtschaft ist vergleichsweise stark von strukturellen Einflüssen geprägt wie dem demografischen Wandel und dem zunehmenden Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung und wenig von konjunkturellen Schwankungen beeinträchtigt. Generell gehört sie zu den größten und am schnellsten wachsenden Branchen der deutschen Wirtschaft. Der Ausblick ist positiv. Die Gesundheitsausgaben hatten im Jahr 2010 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 11,6 % bzw. 287 Mrd. €; die Gesundheitsausgaben je Einwohner betragen 3.510 €. Gleichzeitig arbeiteten 2010 fast 12 % (4,8 Mio.) der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft; und die Zahlen sollen weiter steigen³⁹. Nach einer Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums werden im Jahr 2030 über 20% der Erwerbstätigen und damit jeder Fünfte in der Gesundheitswirtschaft tätig sein⁴⁰.

³⁹ Daten des Gesundheitswesens 2012 – Bundesministerium für Gesundheit.

⁴⁰ Zahlen, Daten und Fakten zur Gesundheitswirtschaft – das Krankenhaus 5.2010.

Hamburg ist einer der bedeutendsten Standorte für weite Bereiche der Gesundheitswirtschaft. Die Anzahl der Hamburger Gesundheitswirtschaftsunternehmen ist zwischen 2010 und 2013 von 6.023 auf 6.906 um ca. 15 % gestiegen⁴¹. Den größten Anteil an diesem Wachstum hatte der zweite Gesundheitsmarkt⁴² mit ca. 36 %. Insgesamt sind in Hamburg ca. 132.000 Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt, das sind etwa so viele Personen, wie in und um die Hafenwirtschaft arbeiten⁴³.

Der Bedarf nach Leistungen der Gesundheitswirtschaft im Bereich Versorgung wird in den nächsten Jahren aufgrund des demografischen Wandels deutlich ansteigen. Gleichzeitig gibt es einen anhaltenden Trend in der Bevölkerung zu präventiven Investitionen in die eigene Gesundheit, was für ein rapides Wachstum im zweiten Gesundheitsmarkt sorgt. Hamburg hat die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für den Standort und für die Versorgung erkannt und daher 2009 gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH gegründet. Die Clusteragentur trägt zur Vernetzung in der Branche bei und initiiert bzw. beteiligt sich an innovativen Projekten.

Die Gesundheitswirtschaft wird vom demografischen Wandel besonders profitieren, ist aber zugleich auch besonders gefordert, auf die steigende Nachfrage zu reagieren. Neben der Ausbildung und Bindung von Fachkräften in den verschiedenen Berufsfeldern gehören auch die Entwicklung neuer Techniken, Produkte und Dienstleistungen zu den Herausforderungen der nächsten Jahre. In Hamburg sind daher vor allem die Pflegeberufe Bestandteil der Fachkräftestrategie des Senats, ebenso wie technische Berufe, die in der Gesundheitswirtschaft Einsatz finden. Die Entwicklung von neuen Techniken, Produkten und Dienstleistungen fördert die Freie und Hansestadt Hamburg mit einem eigenen Förderprogramm Gesundheitswirtschaft, das bei der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz angebunden ist. Auch durch seine Krankenhausinvestitionen (mit einem Volumen von 110 Mio. € im Jahr 2014) investiert Hamburg in den Kernbereich der Gesundheitswirtschaft.

Aufgabe der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) ist es, Hamburg im stark anwachsenden Städtetourismus in den Vordergrund zu rücken. Bei der Ermittlung neuer Potenziale steht u.a. die Zielgruppe der „Dynamischen Best Ager“ mit einem Durchschnittsalter von 61 Jahren im Zentrum der Marketing- und Vertriebsaktivitäten der HHT. Mit der Einrichtung des dritten Kreuzfahrterminals, der Bedeutungszunahme Hamburgs als Kunst- und Kulturmetropole sowie dem Ausbau im Bereich Service und Qualität werden die Besucherzahlen weiter ansteigen.

In vielen Branchen wird es langfristige Marktveränderungen geben – von der Ernährungswirtschaft, über den Handel, der Finanzwirtschaft bis hin zur Logistik. Darauf zu reagieren gehört zu den Kernaufgaben der Unternehmen und der sie unterstützenden Kammern und Verbände. Ziel ist es, in den Diskussionsprozessen Hamburg als Produktions- und Dienstleistungsstandort zu empfehlen.

(8) Standort durch Innovationen stärken

Der nationale und internationale Wettbewerb wird auch durch die unterschiedlichen Ausprägungen demografischer Veränderungen verschärft. Mit der InnovationsAllianz für Hamburg verfolgt der Senat das Ziel, in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft nachhaltig die Innovationskraft am Standort zu stärken und die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen und Netzwerke zu verbessern. Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation hat deshalb zwei Studien in Auftrag gegeben:

⁴¹ Handelskammer Hamburg Daten.

⁴² Als zweiter Gesundheitsmarkt werden alle privat finanzierten Produkte und Dienstleistungen rund um die Gesundheit bezeichnet. Umfasst werden nach allgemeinem Verständnis freiverkäufliche Arzneimittel und individuelle Gesundheitsleistungen, Schönheitsoperationen, Fitness und Wellness, Gesundheitstourismus sowie – zum Teil – die Bereiche Sport/Freizeit, Ernährung und Wohnen (Quelle: Bundesministerium für Gesundheit).

⁴³ Erwerbstätige: Hamburger Wirtschaft – Extra Journal – 4/2012 hrsgg. von der Handelskammer Hamburg.

- einerseits zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Branchen im Bundesgebiet und deren potenzielle Rückwirkungen auf Hamburg und
- andererseits zu den Chancen Hamburgs auf demografisch bedingten Wachstumsmärkten und zu den Konsequenzen aus der Verschiebung der Altersstruktur der Erwerbstätigen.

(9) Stärkung der Existenzgründungen und kleiner und mittlerer Unternehmen

Vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten insgesamt zu verbessern und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer zu unterstützen. Mit der Gründung der Investitions- und Förderbank bündelt Hamburg Kompetenzen und verstärkt die Effektivität der finanziellen Wirtschaftsförderung.

4. ... FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Die Hamburgerinnen und Hamburger leben immer länger, erleben dabei auch mehr gesunde Jahre und bringen die gewonnene Zeit, ihre Kompetenzen und Lebenserfahrungen zunehmend in gesellschaftliches Engagement ein. Eine älter werdende Gesellschaft kann auf das Wissen, die Fertigkeiten und die Potenziale dieser größer werdenden Bevölkerungsgruppe nicht verzichten.

a) Demografische Entwicklungen und Trends

In Hamburg leben nach den vorläufigen Ergebnissen des Zensus 2011 insgesamt 324.180 Menschen im Alter von 65 Jahren und älter, 145.520 von ihnen sind 75 Jahre und älter. Auf Basis der Volkszählung von 1987 lebten im Jahr 2012 in Hamburg insgesamt 432.018 Menschen, die 60 Jahre und älter sind. Rund 56,4 % von ihnen sind Frauen. Dabei nimmt der Frauenanteil mit steigendem Alter zu. So sind gut 71,4 % der 90-Jährigen und Älteren Frauen⁴⁴.

Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren wird auch in Hamburg in den nächsten Jahren steigen (s.o. 1. 2.). Im Jahr 2030 wird fast jede/r dritte Hamburger/in 60 Jahre und älter sein. Unter ihnen werden insbesondere auch mehr Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund sein. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich der Frauen- und der Männeranteil auch in höheren Lebensaltern weiter annähern werden.

Die Verteilung der Seniorinnen und Senioren auf die Hamburger Bezirke ist nicht gleichmäßig. Die meisten Seniorinnen und Senioren wohnen im Bezirk Wandsbek. Zugleich ist auch die Wandsbeker Bevölkerung durchschnittlich am ältesten: Rund 28 % aller Wandsbeker sind 60 Jahre und älter. Darüber hinaus ist auch der Anteil der in Wandsbek lebenden Hamburger Seniorinnen und Senioren mit 27 % mit Abstand am höchsten. Die wenigsten Seniorinnen und Senioren wohnen in Bergedorf (29.327 Personen bzw. rund 6,8 % aller Hamburger Seniorinnen und Senioren). Da Bergedorf jedoch über den geringsten Bevölkerungsanteil verfügt, entspricht der Seniorenanteil in Bergedorf (etwa 24 %) ungefähr dem Hamburger Durchschnitt von 23,8 %. Die durchschnittlich jüngste Bevölkerung hat der Bezirk Hamburg-Mitte zu verzeichnen. Dort sind lediglich 19,5 % aller Einwohnerinnen und Einwohner 60 Jahre und älter⁴⁵. Darüber hinaus zeigt sich eine Konzentration der älteren Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner in Gebieten am Stadtrand, die fast ausschließlich durch die Wohnnutzung geprägt ist.

⁴⁴ Statistikamt Nord, Statistischer Bericht A I 3 j – HH – 2012 vom 23.7.2013.

⁴⁵ Statistikamt Nord, Statistischer Bericht A I 3 j – HH – 2012 vom 23.7.2013.

Viele ältere Menschen fühlen sich heute um mehr als neun Jahre jünger als sie tatsächlich sind⁴⁶. Sie sind aktiver, treiben mehr Sport und bewerten ihre Gesundheit insgesamt überwiegend positiv⁴⁷. Die „Neuen Alten“ genießen kulturelle und soziale Aktivitäten bis ins hohe Alter und verhalten sich urbaner als die älteren Menschen in der Vergangenheit. Immer mehr engagieren sich ehrenamtlich. Bundesweit ist das freiwillige Engagement bei den über 60-Jährigen zwischen 1999 und 2009 deutlich gestiegen: von 31 % auf 37 % bei den 60- bis 69-Jährigen und von 20 % auf 25 % bei den 70-Jährigen und Älteren⁴⁸. In Hamburg liegt die Quote engagierter Menschen über 60 Jahre – wie in anderen Großstädten – mit 22 % zwar niedriger, aber 30 % der Befragten über 60 Jahre gaben an, sie seien „bestimmt“ oder „eventuell“ bereit, sich freiwillig zu engagieren⁴⁹. Ferner zeichnet sich ein Trend ab, dass immer mehr Seniorinnen und Senioren auch über das Renteneintrittsalter hinaus am Berufsleben teilhaben möchten, teilweise aber auch aus wirtschaftlichen Gründen müssen, wenn die Rente nicht reicht⁵⁰. Ältere Menschen im Jahr 2030 werden im Durchschnitt über einen höheren Bildungsstand verfügen und im Umgang mit Technik geübter sein.

In einer sich demografisch verändernden Gesellschaft ist das lebenslange Lernen von zentraler Bedeutung für eine dauerhafte gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation. Im Alter kann Bildung Kompetenzen erhalten und eine selbständige Lebensweise unterstützen. Bildung muss daher auch in höheren Lebensaltern noch gefördert werden. Das Bildungssystem insgesamt wie auch die Hochschulen müssen sich den gesellschaftlichen Anforderungen des lebenslangen Lernens stellen (s. hierzu 2.3.).

Gleichzeitig steigt mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit, Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags zu benötigen. Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ist meist die Folge chronischer Erkrankungen. Eine bedeutende Rolle spielen Krankheiten, die Demenz verursachen. Der Anteil von Menschen mit Demenz liegt bei den 65- bis 69-Jährigen bei etwa 1,5 % und steigt dann bei den 90-Jährigen und Älteren auf mehr als 30 %. Die Wahrscheinlichkeit, von Demenz im Lebenslauf betroffen zu sein, ist hoch: 29 % der Männer und 47 % der Frauen leiden in ihrer letzten Lebensphase an Demenz⁵¹. In Hamburg gibt es zurzeit etwa 26.000 Menschen mit einer mittleren oder schweren Demenz. Für 2025 wird eine Steigerung auf über 31.000 Erkrankte erwartet⁵². Im Jahr 2011 waren in Hamburg über 47.000 Menschen pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung⁵³. Dazu kommen etwa 60.000 Menschen mit einem Hilfebedarf unterhalb der Pflegebedürftigkeit. Für 2020 wird mit knapp 50.000 Pflegebedürftigen und etwa 64.000 Hilfebedürftigen gerechnet⁵⁴. Damit liegt die prognostizierte Zunahme der Anzahl Pflegebedürftiger in Hamburg weit unter dem Bundesdurchschnitt⁵⁵. Gleichzeitig werden unter den Hilfe- und Pflegebedürftigen mehr Menschen mit Migrationshintergrund sein.

Aktuell bewerten 63 % der Seniorinnen und Senioren bundesweit ihre eigene wirtschaftliche Lage mit „gut“ oder „sehr gut“. Im Durchschnitt verfügen die 65- bis 85-Jährigen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von rund 2.200 Euro⁵⁶. Auf der anderen Seite waren in Hamburg im Jahr 2012 insgesamt 18.983 über 64-Jährige auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen. Im Jahr 2006 lag die Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger

⁴⁶ Generali Altersstudie 2013.

⁴⁷ BSG, Die Gesundheit älterer Menschen in Hamburg I, Dezember 2010.

⁴⁸ 3. Freiwilligensurvey 2009.

⁴⁹ 3. Freiwilligensurvey 2009, Sonderauswertung für Hamburg.

⁵⁰ Vgl. zu den Lebenslagen älterer Menschen ausführlich den Sozialbericht der Freien und Hansestadt Hamburg, Januar 2014.

⁵¹ Unter den Versicherten, die im Alter von 60 Jahren oder älter verstorben sind; BARMER GEK Pflegereport 2010, S. 164.

⁵² Hochrechnung der BGV, vgl. Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015

⁵³ Pflegestatistik 2011 für Hamburg, Statistikamt Nord, Statistischer Bericht K II 8 – 2 j/11 vom 7. März 2013.

⁵⁴ BSG, Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2015.

⁵⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, 2010.

⁵⁶ Generali Altersstudie 2013.

mit 13.243 noch deutlich niedriger. Die Steigerung von 2006 auf 2012 entspricht einer Zunahme von durchschnittlich ca. 6 % pro Jahr. Die Mehrzahl der Leistungsempfänger war weiblich (im August 2013 ca. 57 %). Längerfristig wird ohne Gegenmaßnahmen das solidarisch aufgebrachte Finanzvolumen der Rentenkassen durch den demografischen Wandel sinken, wenn weniger junge Menschen in die Sozialversicherungssysteme einzahlen und die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Auch aufgrund der Veränderung von Erwerbsbiografien (Erwerbsunterbrechungen, Langzeit-Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse) ist künftig eine Zunahme von Altersarmut denkbar.

b) Fachpolitische Zielsetzungen

Im Jahr 2030 ist Hamburg gemäß des Leitbildes „Älter werden in Hamburg“ eine Stadt, in der zwischen den Generationen durch eine Vielzahl an Begegnungsangeboten ein hoher Zusammenhalt besteht, insbesondere auch in den Nachbarschaften und Quartieren. Dies bedeutet im Wesentlichen:

- Hamburg ist auf den höheren Anteil älterer Menschen gut vorbereitet. Die Vielfalt der Lebenshintergründe der Seniorinnen und Senioren, ihrer Lebensverläufe und Lebenserfahrungen werden berücksichtigt. Die Seniorenarbeit wird weiterentwickelt.
- Hamburg hat sichergestellt, dass Seniorinnen und Senioren in allen Bereichen angehört werden und ihre Belange Berücksichtigung finden.
- Hamburg bleibt attraktiver Bildungsstandort für ältere Menschen und fördert das freiwillige Engagement.
- Hamburg hat die Voraussetzungen, um möglichst lange selbständig und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung, in der Nachbarschaft und im öffentlichen Raum leben zu können. Gesundheitsförderung und Prävention als die Möglichkeit, mehr gesunde Lebensjahre zu erleben, wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen (s. hierzu 3.). Aufsuchende Angebote sollen ausgebaut werden.
- Bei mit dem Alter zusammenhängenden gesundheitlichen und sozialen Risiken, wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Demenz, werden die erforderlichen Hilfen in guter und bezahlbarer Qualität sichergestellt (s. hierzu 3.). Hamburg achtet in der Forschungsförderung darauf, dass die Belange Älterer in der medizinischen Forschung angemessen repräsentiert sind.

(1) Hamburg ist auf den höheren Anteil älterer Menschen gut vorbereitet.

Mit dem Bericht „Älter werden in Hamburg – Bilanz und Perspektiven“ hat die BGV in Abstimmung mit allen Fachbehörden und den Interessenverbänden der Seniorinnen und Senioren im Mai 2012 bereits die Lebensverhältnisse und Lebensentwürfe älterer Menschen analysiert sowie Ziele, Gestaltungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Berücksichtigung ihrer Interessen und Belange formuliert. Der Bericht wird aufgrund zukünftiger ressortübergreifender Erkenntnisse und Planungen kontinuierlich an die veränderten Lebensbedingungen und Bedarfe älterer Menschen in Hamburg angepasst werden. Damit soll Hamburg in die Lage versetzt werden, als generationenfreundliche Stadt mit entsprechenden Angeboten für alle Altersgruppen attraktiv zu bleiben. Hamburg will gleichermaßen für ältere und junge Menschen eine Willkommensstruktur entwickeln, die die jeweiligen Erwartungen und Hoffnungen an die Zukunft fördert und unterstützt.

(2) Weiterentwicklung der Seniorenarbeit

Hamburg verfügt über gut ausgebaute Infrastrukturen und vielfältige Angebote in der Seniorenarbeit. Ziel der bezirklichen Seniorenarbeit ist es, Angebote zu initiieren, zu fördern und zu unterstützen, die Betätigung und soziales Engagement ermöglichen und eine soziale Einbindung der älteren Menschen sichern oder wieder herstellen.

Im Zuge eines aktiven Alterns sind die vorhandenen Strukturen auf ihre zukünftige bedarfsgerechte Ausrichtung und Qualität zu prüfen und in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, den Seniorenvertretungen und den Bezirksämtern weiterzuentwickeln.

(3) Sicherstellung der Partizipation von Seniorinnen und Senioren

„Nicht über Senioren ohne Senioren“ ist ein wichtiger Grundsatz bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen für die Stadt. Klare und verlässliche Mitwirkungsregelungen stellen deshalb sicher, dass die Belange von Seniorinnen und Senioren bei für sie oder für das Zusammenleben der Generationen relevanten Entscheidungen in allen Bereichen gehört und berücksichtigt werden. Das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz vom 30. Oktober 2012 verfolgt das Ziel, die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern, die Mitwirkungsrechte der älteren Menschen in Hamburg zu stärken, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einzubeziehen, die Beziehungen zwischen den Generationen zu verbessern und den Prozess des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung zu unterstützen. Das Gesetz wird 2017 dahingehend überprüft werden, ob diese Ziele mit dem vorliegenden Regelwerk in die Praxis umgesetzt werden können.

(4) Bildungsangebote und Erhöhung des individuellen, freiwilligen Engagements Älterer

Mit der prognostizierten Zunahme des Durchschnittsalters der Bevölkerung entstehen neue Herausforderungen für das Hamburger Weiterbildungswesen. Soziale und berufliche Teilhabe aller Hamburgerinnen und Hamburger wird durch ein an wechselnden Bedarfen ausgerichtetes Angebot allgemeiner, beruflicher, politischer und kultureller Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens, aber auch durch ein freiwilliges, ehrenamtliches Engagement, z.B. an Schulen, ermöglicht. Hamburg bleibt attraktiver Bildungsstandort für ältere Menschen (s.o. 2.3.).

Zukünftig soll auch die formale schulische Bildung strukturell mit informellen Bildungsangeboten aus der Region und durch außerschulische Kooperationspartner noch stärker verzahnt werden. Dazu zählen insbesondere ehrenamtlich tätige, berufserfahrene Erwachsene, die ihre Erfahrungen in ergänzenden Maßnahmen (z.B. Senior Experts in den Bereichen Mentoring und Patenprojekte) einbringen. Dieses Engagement wird in schulischen Curricula und Strukturen berücksichtigt und organisatorisch unterstützt.

Bereits heute sind mehr als 3000 Ehrenamtliche als Familienpaten und -patinnen, Leselernhelfer und -helferinnen, Schülercoaches oder Mentoren und Mentorinnen für den Übergang Schule-Beruf tätig. Diese Entwicklung wird weiter stabilisiert und ausgebaut. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und im Lernen unterstützt, wodurch Schulabbrüche und – für die Stadt kostenträchtige – Sondermaßnahmen vermieden werden. Gleichzeitig erhalten aktive Ältere die Möglichkeit, ihr (berufliches) Wissen und ihre Lebenserfahrung weiter zu geben, sich zu qualifizieren und „gefragt“ zu sein.

(5) Ausbau aufsuchender Angebote

Ziel ist es, für alle älteren Hamburgerinnen und Hamburger ein verlässliches, regelmäßiges Angebot einer Beratung oder eines Hausbesuchs zu etablieren (z.B. ab dem 70. Lebensjahr). Skandinavische Beispiele haben gezeigt, dass auf diese Weise die Häufigkeit von Krankenhausaufenthalten und die Aufnahme in eine stationäre Pflegeeinrichtung reduziert werden kann.

3

Die Entwicklung hin zu immer mehr Vielfalt in Bezug auf Herkunft, Kultur und Religion, aber auch in Bezug auf Menschen mit Behinderungen, mit unterschiedlichen Weltanschauungen und sexuellen Orientierungen sowie geschlechtlichen Identitäten bereichert das Zusammenleben in der Stadt. Sie birgt aber auch das Risiko sowohl einer Polarisierung der Gesellschaft und der Entstehung konfliktreicher Teilgesellschaften als auch verstärkter Ressentiments und Anfeindungen. Vielfalt erfordert Respekt und Toleranz aller. Hamburg fördert daher bereits heute mit verschiedenen Konzepten, Programmen und Maßnahmen die gleichberechtigte, messbare Teilhabe unabhängig von Herkunft, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung oder sozialem Status in allen gesellschaftlichen relevanten Bereichen (Bildung, Ausbildung und Arbeit, Gesundheit, Sport, Kultur etc.). Die Bedeutung der Integrations- und Inklusionsarbeit sowie der Stadtteilentwicklung wird künftig weiter zunehmen, um die Potenziale und Chancen einer veränderten Bevölkerungszusammensetzung zu nutzen und einer Auseinanderentwicklung der Stadtteile und räumlichen Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken.

Darüber hinaus wirken sich demografische Veränderungen auf die Wohnbedarfe von Menschen, auf das Gesundheits- und Pflegewesen sowie auf die Öffentliche Verwaltung aus.

1. INTEGRATION

Wie unter 1.3. dargestellt leben in Hamburg insgesamt 465.160 Menschen mit Migrationshintergrund, d.h. fast jeder Dritte in Hamburg hat einen Migrationshintergrund⁵⁷. Dabei bestehen zwischen den einzelnen Hamburger Bezirken teilweise große Unterschiede: In den Bezirken Hamburg-Nord und Eimsbüttel haben lediglich 22 bzw. 23 % der Einwohner einen Migrationshintergrund, in Hamburg-Mitte etwa 45 %. Auch zwischen den Stadtteilen gibt es große Unterschiede: Die höchsten prozentualen Anteile an der Bevölkerung finden sich auf der Veddel und in Billbrook mit über 70 % sowie in Neuallermöhe mit 61 %. In einigen Stadtteilen der Vier- und Marschlande hingegen machen die Menschen mit Migrationshintergrund deutlich weniger als 10 % aus⁵⁸.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger sind als die übrige Hamburger Bevölkerung. Während rund 23 % aller Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund unter 18 Jahre alt sind, sind lediglich gut 7,8 % 65 Jahre und älter. Dagegen ist der Männer- und Frauenanteil fast ausgeglichen (49,4 % sind Männer)⁵⁹.

Die demografische Entwicklung führt vor Augen, dass es nicht mehr um „die einen und die anderen“, sondern um das „Wir“ aller Hamburgerinnen und Hamburger geht. Integrationspolitisches Ziel ist daher die gleichberechtigte messbare Teilhabe, wie es in dem neuen Hamburger Integrationskonzept „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ heißt. Das Konzept soll auf eine verstärkte Willkommenskultur hinwirken sowie Vielfalt, Gemeinsamkeit, Weltoffenheit und den Zusammenhalt Hamburgs betonen.

Integrationspolitische Erfolge sind insbesondere bereits im Bildungsbereich zu verzeichnen. So steigt der Anteil jugendlicher Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund mit Hochschulreife. Der Anteil soll auf 40-50 % im Jahr 2015 als Zielwert weiter gesteigert wer-

⁵⁷ Zensus 2011, vgl. aber auch Fn. 18.

⁵⁸ Statistikamt Nord, Statistik informiert ... Nr. VI/2013.

⁵⁹ Zensus 2011.

den. Langfristig soll der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulreife und Migrationshintergrund dem Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulreife ohne Migrationshintergrund entsprechen. Dieser Gedanke ist analog auf andere Bereiche wie den Arbeitsmarkt zu übertragen, um die gleichberechtigte messbare Teilhabe zu verwirklichen. So soll auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen bis 2018 auf mind. 20 % gesteigert werden.

Das Hamburger Integrationskonzept berücksichtigt daher nicht nur den demografischen Wandel. Er ist mitursächlich für die Entstehung des Konzepts. Insbesondere wird auch die besondere Zielgruppe der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund berücksichtigt, deren Zahl weit schneller steigen wird als die ohne Migrationshintergrund. Ein neues Thema sind auch Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung. Insofern wird vollumfänglich auf das neue Integrationskonzept verwiesen. Es ist nicht statisch, so dass auf Veränderungen auf Maßnahmenebene flexibel reagiert werden kann.

Als wesentliche fachpolitische Zielsetzungen in der Integrationsarbeit ergeben sich zusammenfassend für den Zeitraum bis 2030:

- Interkulturelle Öffnung und Anti-Diskriminierung
- Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur für Menschen mit Migrationshintergrund,
- Berücksichtigung der Vielfalt im Bildungswesen,
- Ausbau der Internationalität als Standortfaktor.

(1) Interkulturelle Öffnung und Anti-Diskriminierung

Zentrale Strategien des neuen Hamburger Integrationskonzepts sind die interkulturelle Öffnung und die Anti-Diskriminierung. Bei der Interkulturellen Öffnung geht es vor allem um die Beseitigung von migrationsspezifischen Zugangshindernissen zu den Regeldiensten wie Kindertagesstätte, Schulen, soziale Hilfen und die Arbeitsverwaltung (Cultural Mainstreaming). Interkulturelle Öffnung und der Abbau von Diskriminierung bilden zwei Seiten einer Medaille. Neben struktureller Diskriminierung muss jede Form von Alltagsdiskriminierung bekämpft werden. Hier kommt dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus eine ergänzende Rolle in Bezug auf Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit zu, das im November 2013 vom Senat beschlossen worden ist.

Langfristig wird prognostiziert, dass sich die Strategie der interkulturellen Öffnung und Anti-Diskriminierung durch den demografischen Wandel bis 2030 hin zu einer echten Diversitystrategie entwickeln wird. Das bedeutet, dass Einzelstrategien, wie etwa Gender und Cultural Mainstreaming, die es bereits jetzt stärker zu verbinden gilt, in einem Gesamtkonzept von Diversity Mainstreaming gebündelt werden. Ansätze hierzu sind bereits in der Charta der Vielfalt zu erkennen, die Hamburg unterzeichnet hat. Die Stärke dieses Konzepts ist es, dass es die gesamte Vielfalt einer pluralistischen Gesellschaft umfassend beschreibt und wertschätzt. Dafür muss langfristig als strategische Positionierung ein ganzheitlicher Ansatz mit einer festen Verankerung der Rücksichtnahme auf individuelle Eigenschaften in allen Bereichen der Verwaltung verfolgt werden. Dieser muss zum einen eine klare Entscheidung für ein integriertes Vorgehen im Hinblick auf Vielfalt enthalten, zum anderen muss dieser Ansatz noch genug Raum lassen für eine differenzierte Verfolgung und Profilierung der eigenen Teilstrategien interkulturelle Öffnung, Gender, Behinderung etc.

(2) Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur

Im Wettbewerb der Städte und Regionen werden die Gestaltung der Willkommenskultur und der Anerkennungskultur zu zentralen städtischen Strategien – und zugleich zu Wettbewerbsfaktoren. Während die Anerkennungskultur auf die bereits bei uns lebenden Menschen aus anderen Herkunftsländern ausgerichtet ist und kulturelle Vielfalt als Bereicherung wertschätzt, umwirbt die Willkommenskultur aktiv die neu zugewanderten Menschen oder die Menschen, um deren Zuwanderung wir uns im Rahmen der Fachkräftestrategie aktiv bemühen. Willkommenskultur und Anerkennungskultur zu gestalten, ist einerseits eine gesamtstädtische Aufgabe, andererseits auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Gute Beispiele hierfür sind das Hamburger Welcome Center, die Einbürgerungskampagne und das Hamburger Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, auf die im Einzelnen auch im Hamburger Integrationskonzept eingegangen wird.

(3) Berücksichtigung der Vielfalt im Bildungswesen

Hamburg wird sein Bildungswesen so ausgestalten und weiterentwickeln, dass es der – bis zu diesem Zeitpunkt deutlich angewachsenen – Vielfalt der Nutzerinnen und Nutzer von Bildungsangeboten gerecht wird. Schon heute verfolgt das Hamburger Bildungswesen das Ziel, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich in der von kultureller, sprachlicher und sozialer Heterogenität geprägten Gesellschaft zu orientieren und aktiv an ihrer Gestaltung teilzuhaben. In dem Hamburger Integrationskonzept „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ sind hierzu wesentliche Teilziele benannt und mit konkreten Indikatoren und Zielwerten hinterlegt.

- **Etablierung einer gelebten Willkommenskultur in allen Schulen und Bildungseinrichtungen der Stadt**
Die Schulen heißen alle Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern willkommen. Sie informieren und beraten sie individuell und umfassend während des gesamten Bildungsweges. Für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse ist ein geregeltes Aufnahmesystem mit Internationalen Vorbereitungsklassen etabliert, das ihnen ein intensives Erlernen der deutschen Sprache und einen möglichst schnellen Übergang in Regelklassen ermöglicht. Für zugewanderte Erwachsene gibt es ein differenziertes Sprachlernangebot der Hamburger Volkshochschule, das das Ankommen in Alltag und Berufstätigkeit in Hamburg unterstützt.
- **Förderung interkultureller Kompetenzen**
Interkulturelle Kompetenzen gehören zu den Schlüsselkompetenzen in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft. Ihre Entwicklung gehört zu den Aufgaben von Schule im Unterricht aller Fächer und im außerunterrichtlichen Bereich und ist in den Bildungsplänen als fächerübergreifendes Aufgabengebiet festgelegt. Entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen sind in der ersten und zweiten Phase der Lehrerbildung sowie in der Lehrerfortbildung verankert und weiter ausgebaut. Auch das Angebot der Hamburger Volkshochschule ist in vielfacher Weise interkulturell ausgeprägt.

- **Förderung sprachlicher Kompetenzen**

Zukünftig sollen Schülerinnen und Schüler die für den Schulerfolg erforderlichen bildungssprachlichen Kompetenzen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren außerschulischen Lern- und Lebensbedingungen im Unterricht aller Fächer und im Rahmen außerunterrichtlicher Aktivitäten erwerben können. Die besonderen sprachlichen Kompetenzen mehrsprachig aufwachsender Schülerinnen und Schüler werden gewürdigt und gezielt gefördert. Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Sprachförderbedarf werden durch eine diagnosegestützte Sprachförderung unterstützt.

- **Gestaltung aktiver Bildungs- und Erziehungspartnerschaften von Schule und Eltern**

Die Kooperation zwischen Schule und Eltern als einem zentralen Erfolgsfaktor für Bildungserfolg ist auch im Jahr 2030 für alle Schulen fester Bestandteil ihrer Arbeit. Die Schulen berücksichtigen dabei die kulturelle, soziale und sprachliche Heterogenität der Eltern sowie ihre unterschiedlichen Vorerfahrungen mit Schule in Deutschland. Sie bieten ihnen verschiedene, auch niedrigschwellige Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten und initiieren gezielt Maßnahmen zur Beteiligung von Eltern am Schulleben, im Unterricht und in den Gremien. Eltern werden qualifiziert, um als Multiplikator andere Eltern zu informieren, zu beraten und zu unterstützen.

- **Erhöhung des Anteils qualifizierten pädagogischen Personals mit Migrationshintergrund**

Die kulturelle und sprachliche Heterogenität der Schülerschaft spiegelt sich zunehmend in dem pädagogischen Personal der Bildungseinrichtungen. Schon heute liegt der Anteil der Referendarinnen und Referendare mit Migrationshintergrund bei über 20 %. Die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes für im Ausland erworbene Berufsqualifikationen in Hamburg und die Etablierung eines Anpassungslehrgangs für aus dem Ausland kommende Lehrkräfte haben 2030 zu einer weiteren Erhöhung der Vielfalt des qualifizierten pädagogischen Personals geführt.

(4) Ausbau der Internationalität als Standortfaktor

Als Willkommensstadt wird Hamburg seine Internationalität als Standortfaktor ausbauen. Für ein Klima des Respekts und der Anerkennung und um die Innovationsfähigkeit der Stadt zu stärken, kommen Kunst und Kultur eine zentrale Rolle zu. Die kulturelle Praxis ist Ausdruck der in Hamburg gelebten kulturellen Vielfalt und spiegelt sich in allen Kultureinrichtungen, Programmen und Förderverfahren wider. Als einen starken Impuls zur Attraktivitätssteigerung Hamburgs schätzt der Senat die durch die im Jahr 2013 eingeführte Kultur- und Tourismussteuer finanzierten zusätzlichen Maßnahmen ein. Ziel ist, in den Bereichen Tourismus, Kultur, Sport und Medien insbesondere solche Projekte und Vorhaben zu fördern, die geeignet sind, die Attraktivität Hamburgs auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken und zusätzliche Besucher zu gewinnen. Dazu zählen im Bereich Kultur z.B. große Kulturfestivals wie u. a. das Reeperbahnfestival, Elbjazz, Dockville oder die Lessingtage, Sonderausstellungen der Hamburger Museen oder große Theaterproduktionen mit überregionaler Anziehungskraft, die geeignet sind, auswärtige Gäste nach Hamburg zu ziehen, ebenso wie Sportereignisse und andere Großveranstaltungen. In Betracht kommen aber auch relevante kleinteiligere Formate, die die kulturelle Attraktivität Hamburgs überregional kennzeichnen, kreative Szenen und Milieus ansprechen oder den Sportstandort Hamburg weiter stärken. Darüber hinaus wird ein verstärktes Marketing für kulturtouristisch herausragende Attraktionen aber auch die Unterstützung tourismuswirksamer bzw. aufmerksamkeitsstarker Großereignisse in den Bereichen Sport und Medien ermöglicht. Diese Aktivitäten sollen fortgeführt werden, um damit die Internationalität der Stadt weiter auszubauen.

Aber auch in der Steuerung von Kultureinrichtungen, der Entwicklung neuer dramaturgischer Ansätze und Initiierung künstlerischer Projekte rückt immer stärker eine zielgruppenspezifische Ansprache der Besucherinnen und Besucher insbesondere mit Migrationshintergrund in den Vordergrund. Die Aufgabe besteht darin, mit den jeweiligen Kulturangeboten auch die Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund zu wecken, ohne sie mit einem verkürzten Angebot für einzelne Gruppen zu isolieren. Es geht darum, Vielfalt als eine Bereicherung unserer Stadtgesellschaft sichtbar und erlebbar zu machen.

Darüber hinaus findet Besucherforschung bereits bei einigen öffentlichen Hamburger Kultureinrichtungen Anwendung. Die Kulturinstitutionen haben den hohen Stellenwert dieser gezielten Zielgruppenansprache und die Aspekte einer nachfrageorientierten Kulturorganisation bereits erkannt und werden diesen mit steigender Tendenz weiter ausbauen. Erprobt werden Dialogformate, die den interkulturellen Austausch mit Vertretern spezifischer Gemeinschaften in unserer Stadt initiieren. Im Fokus steht dabei sowohl die Reflektion des künstlerisch-kulturellen Angebots als auch die Nutzung spezifischer Medien und Kommunikationskanäle, um die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Auf diese Weise entwickelte erfolgreiche Formate sollen weiterentwickelt werden.

Mit seinem Wohnungsbauprogramm unterstützt die Stadt die soziale Mischung in den Quartieren und verbessert auch für Menschen mit Migrationshintergrund die Chancen, in unterschiedlichen Teilen der Stadt adäquaten Wohnraum zu finden. Auf Quartiersebene sind auch mit Hilfe des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung die Chancen für die Aneignung und aktive Nutzung öffentlicher Räume für vielfältige Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten und auszubauen. Dazu zählen auch Fragen von Sicherheit und Orientierung im Stadtraum.

2. INKLUSION

Die mit der demografischen Entwicklung zunehmende Vielfalt der Bevölkerungszusammensetzung drückt sich auch in einer wachsenden Zahl von (zumeist älteren) Menschen mit Behinderung aus (vgl. Abschnitt 1.2). Die übergreifende fachpolitische Zielsetzung in Bezug auf diese Entwicklung leitet sich aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: UN-Konvention) ab, das die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und ratifiziert hat und welches seit 2009 im Rang eines geltenden Bundesgesetzes steht: Allen Menschen, so verschieden sie sind, soll gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme an unserer Gesellschaft ermöglicht werden (Leitgedanke der „Inklusion“).

Nach dem Hamburger Landesaktionsplan zur Umsetzung der Konvention⁶⁰ liegen die auch strategisch-langfristig bedeutsamen Prioritäten auf folgenden Handlungsfeldern:

■ Bildung

Das Handlungsfeld Bildung ist für die langfristige Verankerung und Verbreitung der Inklusion von besonderer Bedeutung. Die Inklusionszielsetzung wird von der Frühkindlichen Bildung und Elementarbildung über die Schulische Bildung, Hochschulbildung, Berufliche Bildung bis zur Erwachsenenbildung verfolgt und umgesetzt.

⁶⁰ Drs. 20/6337

■ Arbeit und Beschäftigung

Die Erwerbsquote behinderter Menschen ist deutlich niedriger als die Erwerbsquote nicht behinderter Menschen. Wichtigstes Ziel in diesem Handlungsfeld ist es deshalb, die Zahl behinderter Beschäftigter auf dem regulären Arbeitsmarkt zu erhöhen.

■ Selbstbestimmt leben und einbezogen sein in die Gemeinschaft, Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung

Behinderte Menschen sollen die Möglichkeit haben, dort zu leben und zu wohnen, wo andere es auch tun: in unterschiedlichen Stadtvierteln, im eigenen Wohnraum, in einer Mietwohnung, allein, mit Partnern oder Familie, in Wohn- oder Hausgemeinschaft oder in unterschiedlichen Formen betreuten Wohnens. Damit tatsächlich gleiche Wahlmöglichkeiten bestehen, muss die Infrastruktur entsprechend gestaltet sein und notwendige Unterstützung gewährleistet werden.

Darüber hinaus enthält der Landesaktionsplan Ziele und Maßnahmen zu den Feldern Gesundheit (siehe auch 3.4), Frauen mit Behinderungen, Zugänglichkeit / Barrierefreiheit und Bewusstseinsbildung. Auch im Hinblick auf erst längerfristig erreichbare Ziele wird der Landesaktionsplan fortgeschrieben und auf weitere Handlungsfelder ausgedehnt werden.

3. WOHNEN, STADT- UND QUARTIERSENTWICKLUNG, MOBILITÄT

Infolge der geringen Neubautätigkeit der vergangenen Jahre, die mit der Zunahme der Bevölkerung bzw. der Haushalte und dem Wohnflächenkonsum nicht Schritt halten konnte, hat sich der **Wohnungsmarkt** fühlbar verengt. In der Konsequenz sind die Mieten der auf dem Wohnungsmarkt angebotenen Neubau- und Bestandswohnungen deutlich gestiegen. Da insbesondere kleinere und bezahlbare Wohnungsgrößen fehlen, ist es derzeit u.a. für die Gruppe der Auszubildenden und Studierenden besonders schwierig, auf dem Hamburger Wohnungsmarkt bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Der Wohnungsbau muss den gesellschaftlichen Trends und demografischen Entwicklungen Rechnung tragen. Auslösende Entwicklungen sind hier etwa veränderte familiäre Strukturen, veränderte Einkommensverhältnisse, der steigende Wohnflächenkonsum und die Zunahme der absoluten Zahl älterer Menschen. In der Konsequenz steigt einerseits die Zahl der Haushalte, die Wohnungen nachfragen, stärker als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner. Andererseits verändern sich qualitative und quantitative Ansprüche an die Wohnung und das Wohnumfeld. Haushalte mit Kindern bilden in deutschen Großstädten schon lange eine Minderheit (derzeit nur noch 18 % aller Haushalte in Hamburg). Demgegenüber wächst der Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, der in Hamburg bereits bei etwa 80 % aller Haushalte liegt. Deren Nachfrage richtet sich einerseits auf kleinere Wohnungsgrößen, nutzungsneutrale Grundrisse und gut erschlossene (innerstädtische) Wohnstandorte. Andererseits wird die Nachfrage nach großen Wohnungen anhalten: zahlungskräftige Ein- und Zwei-Personen-Haushalte konkurrieren im Marktsegment der begehrten großen Wohnungen in urbanen Lagen mit Familienhaushalten, die ebenfalls große Wohnungen nachfragen, finanziell häufig aber nicht mithalten können.

Im Ergebnis dieser Trends besteht zunächst ein generell sehr hoher Bedarf an zusätzlichem Wohnraum in der Stadt sowie an einer Verstetigung der jährlichen Neubauraten. Darüber hinaus ist es notwendig, u.a. durch eine kontinuierliche Wohnraumförderung auch das Wohnungsangebot mit bezahlbaren Mieten für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen auszuweiten. Schließlich ist der Wohnungsbestand an sich verändernde Bedarfe in Bezug auf Ausstattung, Zuschnitt und Flexibilität anzupassen.

Wie in allen Großstädten stehen besonders die begehrten funktionsgemischten, dichten und städtebaulich attraktiven Stadtquartiere im Fokus des Interesses vieler Wohnungssuchender und zeigen daher besondere Mietpreissteigerungen. In anderen Stadtteilen ist der Wohnungsmarkt dagegen deutlich entspannter. Um zu einer gewissen Entlastung der begehrten Wohnstandorte beizutragen und ein differenziertes Wohnungsangebot in allen Teilen der Stadt anzubieten, richten sich Initiativen der aktiven Quartiersentwicklung gerade auf diese Bereiche, um deren Attraktivität und Anziehungskraft zu stärken. Die Wohnungsbestände spielen im zukünftigen Wohnungsangebot eine wichtige strategische Rolle für das preisgünstige Angebot auch in nachgefragten Lagen. Gerade in Großstädten erfüllt die Wohnungsbauförderung auch stadtentwicklungspolitische Zielsetzungen. Hamburg hat den Vorteil, dass ca. 30 % des Wohnungsbestands in Händen der Genossenschaften sowie des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA GWG liegen. Dies führt bei den Mietern dieser Gesellschaften zu eher moderaten Mietbelastungen. Die kontinuierliche Erneuerung der Wohnungsbestände in Hinblick auf Barrierefreiheit als auch in Bezug auf energetische und damit klimagerechte Sanierung muss weiterhin bezahlbare Mieten für Haushalte mit niedrigem Einkommen und möglichst niedrige Heiz- und Betriebskosten sowie die ambitionierten Klimaschutzziele Hamburgs im Blick haben.

Eine nichtrepräsentative Umfrage unter 16 Hamburger Wohnungsunternehmen im Rahmen des Bündnisses für das Wohnen in Hamburg zeigt folgendes Bild:

| | VNW und BFW | | SAGA GWG | |
|---|---------------|-------|-----------|--------|
| | Anzahl WE | | Anzahl WE | |
| Anzahl der WE im Bestand insgesamt | 73.671 | 100 % | 129.220 | 100 % |
| davon WE schwellenfrei erreichbar | Keine Abfrage | | 19.872 | 15,4 % |
| davon WE schwellenfrei erreichbar und barrierearm | 4.710 | 6,4 % | 2.363 | 1,8 % |
| davon WE schwellenfrei erreichbar und barrierefrei nach DIN | 1.192 | 1,6 % | 309 | 0,2 % |

Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, weil Wohn- und Gasteinrichtungen vollständig fehlen und Servicewohnanlagen größtenteils nicht mit erfasst sind.

Da der Hamburger Wohnungsmarkt auch Gebiete jenseits der Stadtgrenze umfasst, ist zumindest der Verflechtungsraum bei der Entwicklung gemeinsamer Strategien und Wohnungsstandorte von vornherein einzubeziehen.

Innerhalb der Stadt gewinnen **Quartiere und Stadtteile** als Handlungsebene an Bedeutung, wenn sich Aktionsräume gerade älterer Menschen verändern und die Qualität der wohnungsnahen Versorgung an Bedeutung gewinnt. Die Alterung der Bewohnerschaft verteilt sich ungleich in der Stadt: die Vororte der Stadt altern schneller und zeigen weniger Fluktuation. Dagegen profitieren die innerstädtischen Quartiere mit ihrem Mix an Wohnungen und urbanen Quartieren vom Zuzug junger Menschen, die z.B. zu Ausbildung und Studium nach Hamburg kommen. Dementsprechend weisen die meisten innerstädtischen Gebiete einen geringen Anteil älterer Menschen auf (typischerweise sind ca. 5 bis 10 % der dort Lebenden 65 Jahre und älter). Viele der in diesen Gebieten lebenden Älteren haben jedoch geringe Einkommen (hoher Anteil Bezieher/innen von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Diese Menschen sind insofern zu „auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten Gruppen“ zu zählen, d.h. sie haben Schwierigkeiten, im Falle eines Umzugs eine neue Wohnung im angestammten Umfeld oder Quartier zu finden. Auf der anderen Seite sind sie in besonderem Maße (z.B. bei eingeschränkter Mobilität) auf Infrastruktureinrichtungen (z.B. Nahversorgung, Ärzte) oder auch soziale Netzwerke im Quartier angewiesen. Eine kompakte und funktionsgemischte Stadt mit kurzen Alltagswegen und viel Flexibilität in der beruflichen Alltagsorganisation gewinnt neben dem Ausbau und dem Umbau der sozialen Infrastruktur an Bedeutung. Der öffentliche Raum hat im Alltagsleben der Bewohnerinnen und Bewohner eine wichtige Funktion für den gesellschaftlichen Austausch und die Identifikation mit dem Quartier. Die Anforderungen an den wohnnahen Freiraum variieren jedoch nach Lebensalter, Geschlecht, familiärer und sozialer Lage sowie kulturellen Werthaltungen. Wohnumfeld und öffentlicher Raum prägen die Gestalt und Wahrnehmung von Quartieren und tragen maßgeblich zur Lebensqualität bei. Zentrales Ziel muss es daher sein, die Gestalt, den Zustand und die Nutzungsqualität des Wohnumfeldes und der öffentlichen Räume durchgreifend in Wert zu setzen, so dass sie den besonderen Freizeit-, Kommunikations- und sozialen Integrationsbedürfnissen der verschiedenen Bewohnergruppen Rechnung tragen.

In dem Maße, in dem familiärer Zusammenhalt abnimmt, müssen andere **soziale Netzwerke** und Nachbarschaften gestärkt werden, um die Risikofälle des Lebens aufzufangen. Ein wichtiges Ziel einer generationengerechten Stadt- und Wohnungsbauentwicklung besteht daher darin, die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen und gerade von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern anzuregen. In der Quartiersentwicklung kommt es besonders darauf an, ihren Anregungen und Bedürfnissen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, sind sie es doch gerade, die – aufgrund engerer Aktionsräume – eines ansprechenden Wohnumfelds besonders bedürfen. Dies gilt in gleichem Maße für junge Familien.

In Hamburg haben sich in den letzten Jahren zahlreiche ehrenamtliche Mentoren- und Patenprojekte entwickelt, in denen meist ältere, erfahrene Personen jüngere Menschen oder Menschen in besonderen Lebenslagen unterstützen. Ziel ist darüber hinaus die Entwicklung, Unterstützung und Ausweitung einer lokalen Verantwortungsbereitschaft, z.B. über Partnerschaften im Quartier, die über das normale nachbarschaftliche Miteinander hinausgeht.

Hamburgs Bürgerinnen und Bürger zeigen bereits heute ein hohes **freiwilliges Engagement**. Es hat vor allem jenseits enggefaster staatlicher Aufgaben eine wichtige Bedeutung: Vereine und Initiativen aller Art, von Sport, Kultur, Sozialem über Bildung bis hin zu Hobbyzusammenschlüssen geben dem gesellschaftlichen und sozialen Leben in den Bezirken und Stadtteilen ein wichtiges Gepräge und gehören somit wie die Kultur zu den weichen Standortfaktoren. Zudem führen Vereine, speziell Sportvereine, aber auch soziale Initiativen Menschen unterschiedlicher Herkunft

intensiv zusammen. Diese Bereitschaft zum Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss in den Bildungsstätten vermittelt, durch geeignete Rahmenbedingungen erleichtert und durch Gesellschaft und Politik anerkannt werden.

Demografische Veränderungen wirken sich auf das Verkehrsverhalten und damit auf die **Verkehrsnachfrage** aus. Angesichts steigender Bevölkerungszahlen und einer veränderten Altersstruktur wird sich die Nachfrage nach Verkehr wandeln. Dies stellt eine Herausforderung für alle verkehrlichen Bereiche dar.

Als lebenswerte Stadt für alle Generationen und als bedeutende Industrie- und Handelsmetropole in Europa muss Hamburg die Belange einer dynamisch wachsenden Wirtschaft, einer steigenden Verkehrsnachfrage und -leistung, einer umweltgerechten Mobilität und eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes in eine Balance bringen und dabei die sich auf Grund des demografischen Wandels ändernden Bedürfnisse der Menschen in Bezug auf ihre Mobilität berücksichtigen. Aus den Beobachtungen der Mobilität der letzten Jahre lassen sich einige Hinweise über zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen des Verkehrssystems ableiten:

- Die Seniorinnen und Senioren von heute sind mobiler als in der Vergangenheit. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch zukünftig fortsetzt. Trotzdem legen Ältere weniger Wege zurück als Jüngere. Da der Anteil der Älteren aber steigen wird, kann unter Umständen von einem dämpfenden Effekt auf die Verkehrsnachfrage ausgegangen werden.
- Für die ältere Generation zeigen bundesweite Vergleiche ebenso wie die Auswertung für Hamburg, dass die heutige Generation ab 65 aufgrund ihrer bisherigen Verkehrssozialisation und einer höheren Führerscheinbesitzquote etwas häufiger den Pkw nutzt als früher. Daher ist zukünftig in der Gruppe der älteren Bürgerinnen und Bürger noch mit einer vergleichsweise hohen Bedeutung der Auto-Mobilität zu rechnen, wobei diese Verschiebung im hochverdichteten Raum Hamburgs mit den vielseitigen Angeboten alternativer Mobilität vermutlich geringer ausfallen könnte als im bundesweiten Vergleich. Die Nachfrage nach ÖPNV-Angeboten wird sich hier voraussichtlich nicht verringern. Zukünftige Seniorinnen und Senioren werden wahrscheinlich insgesamt mobiler sein als heutige.
- Als gegenläufiger Trend lässt sich in den jüngeren Altersgruppen beobachten, dass die Bedeutung des eigenen Autos für die Mobilität junger Erwachsener besonders im urbanen Raum wie Hamburg abnimmt und das zu Fuß gehen und Fahrradfahren an Bedeutung gewinnt. Hinzu kommt ein allgemeiner Trend junger Erwachsener im urbanen Raum weg vom eigenen Auto hin zu alternativen Verkehrsmitteln, Leihangeboten und der verkehrsmittelübergreifenden Fortbewegung (Multimodalität). Dies bestätigt auch der Trend junger Erwachsener beim Führerscheinbesitz, der bei den 18 bis 30-jährigen Männern 2008 etwas geringer ausfällt als noch 2002.
- Im Zusammenhang mit der Zunahme der Attraktivität des Wohnens in innerstädtischen Lagen kann davon ausgegangen werden, dass dort, wo eine multimodale Mobilität viel einfacher umzusetzen ist als bspw. im suburbanen Raum, sich die Bewohner auch entsprechend verhalten.

- Der ÖPNV wird sich auf den demografischen Wandel einstellen müssen. Die Anforderungen an Barrierefreiheit und Zugänglichkeit des Verkehrssystems werden sich weiter erhöhen, um eine eigenständige Mobilität bis ins hohe Alter und für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.
- Auswirkungen auf den ÖPNV werden auch die demografischen Veränderungen im Umland haben. So wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Region deutlich sinken. Dies hat Auswirkungen auf die ÖPNV-Nachfrage im Ausbildungsverkehr. Auch die Zahl der Personen im Erwerbsalter nimmt ab. Gleichzeitig werden Seniorinnen und Senioren im Umland zunehmend auf den ÖPNV angewiesen sein, da sie entweder über kein Auto verfügen oder aufgrund ihres Alters nicht mehr Auto fahren.
- Die Elektromobilität wird an Bedeutung gewinnen. Da Elektrofahrzeuge leiser als herkömmliche Kfz sind, wird sich dies positiv auf die Lebensqualität der Stadt auswirken. Andererseits orientieren sich Fußgänger und Radfahrer im Straßenverkehr in starkem Maße über das Gehör. Problematisch ist diese Entwicklung für stark sehbehinderte und blinde Menschen.
- Ein weiterer wichtiger Trend ist die Zunahme des Radverkehrs. So hat sich der Anteil des Radverkehrs an der Gesamtverteilung auf die Verkehrsmittel (Modal Split) von 2002 bis 2008 von 9 % auf 12 % erhöht und von einer ähnlichen Weiterentwicklung seit 2008 kann ausgegangen werden⁶¹. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Pedelecs (Pedal Electric Cycle, Fahrrad mit elektrischer Tretunterstützung bis 25 km/h), deren Verkaufszahlen seit der Markteinführung vor wenigen Jahren kontinuierlich ansteigen. Pedelecs erleichtern das Radfahren auch über längere Distanzen und in topografisch bewegten Gebieten. Außerdem sind sie insbesondere für Seniorinnen und Senioren im Alltags- und Freizeitverkehr attraktiv – eine wichtige Erkenntnis vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Mit dem am 17. September 2013 vom Senat beschlossenen Mobilitätsprogramm 2013 ist auch der Wiedereinstieg in die integrierte Verkehrsentwicklungsplanung beschlossen worden. Im Rahmen dieses Prozesses werden verkehrsträgerübergreifend Strategien und Maßnahmen für die zukünftige verkehrliche Entwicklung erarbeitet. Neben der stadtverträglichen Bewältigung des Wirtschafts- und Güterverkehrs steht die Stärkung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes dabei im Mittelpunkt. In dem Prozess der Verkehrsentwicklungsplanung werden die beschriebenen demografischen Faktoren und Trends eine wichtige Rolle spielen.

Als wesentliche fachpolitische Zielsetzungen in den Bereichen Wohnen, Stadtentwicklung und Mobilität ergeben sich zusammenfassend für den Zeitraum bis 2030:

- Schaffung von ausreichend attraktivem und bezahlbarem Wohnraum für alle Generationen,
- Sicherung einer guten Durchmischung und Stabilisierung der Quartiere sowie eine generationen- und geschlechtergerechte, barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums,
- Entwicklung und Stärkung lokaler Partizipationsstrukturen,
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Stärkung des Umweltverbundes, insbesondere Stärkung und Flexibilisierung des ÖPNV,
- Gewährleistung einer eigenständigen Mobilität bis ins hohe Alter,
- Stadtverträgliche Gestaltung von Verkehrs- und Lebensräumen.

⁶¹ Die nächste Erhebung findet 2015 statt.

(1) Ausreichend attraktiver und bezahlbarer Wohnraum

Als Ankunfts- und Willkommensstadt braucht Hamburg ausreichend attraktiven und bezahlbaren Wohnraum für alle Generationen. Vor diesem Hintergrund verfolgt der Senat das Ziel, pro Jahr 6.000 Wohnungen neu zu schaffen, davon ein Drittel gefördert und damit im Preis gebunden. Die Quantitäten sind im „Vertrag für Hamburg“ vereinbart. Im „Bündnis für das Wohnen“ haben sich Senat und Wohnungswirtschaft auf gemeinsame Strategien zur Förderung des Wohnungsbaus verständigt.

Für die Wohnversorgung der Familienhaushalte und der Haushalte mit geringen Einkommen wird Hamburg seine Steuerungsinstrumente gezielt einsetzen. Hamburg wird dem sozialen Auseinanderdriften der Quartiere und der Umwandlung von Miet- in luxuriöse Eigentumswohnungen entgegen steuern. Auch in der Inneren Stadt soll das Wohnen für alle möglich bleiben. Ein Drittel der Neubauwohnungen wird als geförderter Wohnungsbau zur sozialen Mischung in vielen Quartieren beitragen, darunter auch die Wohnungsbauprojekte in der Inneren Stadt, neben den größeren Entwicklungsprojekten HafenCity und Neue Mitte Altona gilt dies für weitere kleinere Neubauprojekte. Hamburg nutzt sein Wohnraumförderprogramm, das sowohl den Neubau von Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen als auch Eigentumsmaßnahmen für Haushalte mit begrenztem Einkommen fördert.

Mit der Einführung von Konzeptausschreibungen bei städtischen Grundstücksverkäufen konnte Hamburg ein weiteres Instrument etablieren, um nicht nur einen bestimmten Anteil von gefördertem Wohnungsneubau sicherzustellen, sondern auch die Berücksichtigung von Integrationsprojekten zu gewährleisten. Lage- und grundstücksbezogen wird jede Ausschreibung in diesem Sinne auf ihre Eignung geprüft und es werden entsprechende verbindliche Vorgaben getroffen. Die Einbeziehung von einem Anteil von 10 % der Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende (WA-Bindungen) ist der Regelfall bei Konzeptausschreibungen.

Der Senat hat weiterhin seit Anfang 2013 die Neubauförderung von Studierendenwohnungen auf die Zielgruppe der Auszubildenden erweitert. Die Förderprogramme für „Studentisches Wohnen“ wurden um weitere Gebiete ergänzt und gleichzeitig für Auszubildende geöffnet. Der Senat wird regelmäßig prüfen, ob Förderanreize und Förderprogramme zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende ausgeschöpft werden und die bestehenden Förderinstrumente gegebenenfalls angepasst werden müssen. Im Rahmen des Hamburger Fachkräftenetzwerkes wurde darüber hinaus eine Teilprojektgruppe beauftragt, weitere Lösungsansätze und Maßnahmen zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende zu entwickeln.

Weiterhin sind Baugemeinschaften in besonderer Weise geeignet, das familiäre und nachbarschaftliche Zusammenleben zu stärken. Der in diesen Gemeinschaften deutlich ausgeprägte Wunsch nach einem Zusammenleben mit gegenseitiger Hilfe, gemeinsamen Aktivitäten und hohem persönlichen Engagement soll weiter durch Förderprogramme und Grundstücksangebote unterstützt werden.

(2) Sicherung einer guten Durchmischung und Stabilisierung der Quartiere, generationengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums

Aufgabe des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ist es, dazu beizutragen, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Es verfolgt das Ziel, die soziale Kohäsion in der Stadt zu fördern. Quartiere, in denen sozialräumliche Segregations- und Polarisierungsprozesse gravierende Ausmaße annehmen, sollen stabilisiert werden. Gesamtstädtische Leitziele sind die Verbesserung der Lebensbedingungen und Entwicklungsperspektiven, die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger sowie der Abbau bzw. die Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwächen bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzungen und im öffentlichen Raum.

Mit Hilfe des Sozialmonitorings wird das Stadtgebiet kontinuierlich hinsichtlich seiner sozialräumlichen und demografischen Entwicklungs- und möglicher Polarisierungstendenzen beobachtet. Ziel ist es, frühzeitig die Gebiete zu erkennen, in denen im gesamtstädtischen Vergleich gehäufte soziale Problemlagen auftreten oder sich abzeichnen. Mit dem Instrument wird so eine Grundlage geschaffen, die Auswahl von besonders zu fördernden Gebieten nachvollziehbarer und objektiver zu machen.

Für die Stadtentwicklung in den Gebieten mit spezifischen Problemen ist ein integriertes und abgestimmtes Vorgehen erforderlich. Dazu sollen Fachpolitiken, die zur Erreichung der fachpolitischen Zielsetzungen beitragen können, stärker auf diese Quartiere ausgerichtet und mit den Zielen der Quartiersentwicklung koordiniert werden. Mit dem integrierten Ansatz soll eine verbindliche fachressortübergreifende Kooperation und Konzeption in den geförderten Gebieten erreicht werden.

Schaffung neuer kommunikativer Orte, Stabilisierung der Zentren, Verkehrsberuhigung oder die generationengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums sind daher zentrale Fragestellungen. Dort, wo Herausforderungen durch demografische Veränderungen auftreten, soll im Rahmen integrierter Entwicklungskonzepte für einzelne Quartiere individuell reagiert werden.

Das erfolgreiche Programm „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen“ ist eines von mittlerweile vielen guten Beispielen in der Stadt, wie die Gestaltung des öffentlichen Raums auf veränderte Ansprüche der unterschiedlichen Nutzergruppen reagieren muss. In Zukunft wird es noch stärker um Pflege und nutzerorientierte Gestaltung des öffentlichen Raums und der grünbestimmten Freiräume in den Quartieren, aber auch an Magistralen der Stadt gehen, um attraktive Aufenthaltsorte für die unterschiedlichen Nutzer- und Altersgruppen der Stadt zu schaffen. Dabei werden je nach Standort und Nutzergruppen individuelle Lösungen zweckmäßig sein, wobei eine wesentliche Handlungsmaxime darin besteht, dass der öffentliche Raum nutzungsneutral für viele Altersgruppen Angebote und Erlebnisse bereithalten sollte. Hier ist die „Qualitätsoffensive Freiraum“ ebenso zu nennen wie BIDs und HIDs (Business- / Housing Improvement Districts⁶²), in denen auch private Akteure in die Freiraumgestaltung und -erhaltung einbezogen werden.

⁶² BIDs sind räumlich klar umrissene Bereiche, in denen die Grundeigentümer in Abstimmung mit der Stadt und den Gewerbetreibenden zum eigenen Vorteil versuchen, die Standortqualität durch Maßnahmen zu verbessern, die aus dem Aufkommen einer selbst auferlegten und zeitlich befristet erhobenen Abgabe finanziert werden. Diese Elemente werden bei den HIDs auf durch Wohnnutzung geprägte Gebiete übertragen.

(3) Entwicklung und Stärkung lokaler Partizipationsstrukturen und Verantwortungsübernahme

Die nachhaltige Gestaltung des Wohnumfeldes und der Quartiere erfordert die aktive Einbindung aller Bewohnerinnen und Bewohner und die Berücksichtigung ihrer Interessen. Eine Vielzahl erfolgreicher Beispiele zeigt die Notwendigkeit spezifischer Partizipationsansätze, um etwa Migrantinnen und Migranten oder ältere Menschen in die Stadt- und Quartiersplanung einzubeziehen.

(4) Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements

In Hamburg gibt es eine umfangreiche Struktur von bezirklich angesiedelten, jedoch in ganz Hamburg vermittelnden Vermittlungsstellen für potentiell Freiwillige, ebenso wie eine internetgestützte Vermittlungsplattform. Künftig wird es insbesondere darum gehen, die Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement weiter zu verbessern, um noch mehr Menschen, insbesondere auch Seniorinnen und Senioren, ein freiwilliges Engagement besonders im Zusammenhang mit ihrem Quartier zu ermöglichen und so lokale Verantwortung zu übernehmen. Mit der Freiwilligenstrategie 2020, die der Senat zurzeit auf der Basis eines entsprechenden Bürgerschaftlichen Ersuchens in einem breiten Beteiligungsprozess entwickelt, sollen die strukturellen Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement sichergestellt und Impulse für ein gesamtstädtisches Verständnis von Bürgerschaftlichem Engagement gesetzt werden.

Zudem wird auch dem Zusammenleben und der gegenseitigen Unterstützung der Generationen in den Quartieren stärkere Beachtung zugewandt werden müssen. Verschiedene Projekte werden bereits heute mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durch Kommunen, Wohlfahrtsverbände als auch Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft durchgeführt (etwa die Schaffung barrierefreier generationenübergreifender Wohngemeinschaften). Andere Projekte basieren auf Nachbarschaftshilfe und sind niedrigschwellig, selbstorganisiert und praxisnah. Ein Beispiel ist der Aufbau neuartiger Versorgungsteams: Familienangehörige, Nachbarn, ehrenamtlich Engagierte und professionelle Fachkräfte unterstützen gemeinsam ältere und pflegebedürftige Menschen zuhause. Aus dem Aufbau und der Stärkung sozialer Netzwerke im Wohnumfeld kann eine für alle Generationen vorteilhafte Situation entstehen, die im Kleinen wichtige Unterstützung durch gegenseitige Hilfe von Alt und Jung leisten kann, etwa bei Einkäufen oder Arztfahrten sowie Kinderbetreuung und Lernunterstützung. Dadurch kann die Teilhabe der Älteren am städtischen Leben ermöglicht und die Isolation vermieden werden.

Eine wichtige Aufgabe vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird künftig bezüglich der freiwilligen Feuerwehr und des ehrenamtlich organisierten Katastrophenschutzes in der Gewinnung von ehrenamtlichen Nachwuchskräften, insbesondere auch weiblichen und/oder mit Migrationshintergrund, liegen.

(5) Stärkung des Umweltverbundes, insbesondere Stärkung und Flexibilisierung des ÖPNV

Die weiter steigende Verkehrsleistung erfordert ein ausgewogenes Verkehrssystem, in dem alle Verkehrsträger berücksichtigt werden. Das sich absehbar verändernde Mobilitätsverhalten vieler Menschen in der Metropole und ihrem Verflechtungsbereich bietet gute Chancen für eine optimierte Verzahnung der einzelnen Verkehrsträger sowie eine Nutzungsverschiebung hin zu effektiven und damit auch umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.

Für den ÖPNV stellen die zu erwartenden Kundenzuwächse, die einhergehen mit steigenden Qualitätsansprüchen und individuellen Mobilitätsbedürfnissen, eine besondere Herausforderung dar. Die Angebotsqualität und -quantität muss stetig überprüft und optimiert werden.

Auch aufgrund von demografischen Veränderungen bei Schülerzahlen und Erwerbstätigenquoten werden flexible, bedarfsgerechte und bedarfsgesteuerte Angebote zur wichtigen Grundlage der ÖPNV-Mobilität in ländlichen Gebieten (z.B. Sammel-Taxi/Bus). Gleiches wird auch für die Randlagen Hamburgs gelten, in denen zu bestimmten Zeiten ein ÖPNV-Linienverkehr nur schwer wirtschaftlich zu betreiben sein könnte.

(6) Gewährleistung einer eigenständigen Mobilität bis ins hohe Alter

Das Thema Barrierefreiheit ist ein wichtiger Bestandteil der Fachplanung, auch bei benachbarten Fachdisziplinen (Stadt- und Landschaftsplanung), und wird bei jeder neuen Baumaßnahme berücksichtigt. Auch im Bereich der Wegeunterhaltung wird verstärkt darauf geachtet, dass Gehwege eben, hindernisfrei und ausreichend dimensioniert sind.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die barrierefreie Zugänglichkeit des Verkehrssystems und insbesondere des ÖPNV, um eine eigenständige Mobilität bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Wichtige Maßnahmen umfassen den barrierefreien Ausbau von Schnellbahnstationen und Bushaltestellen. Besonderes Augenmerk muss auf die barrierefreie Erreichbarkeit der Haltestellen aus den Quartieren heraus gelegt werden. Ferner bedarf es eines ausreichend dichten Netzes an öffentlichen Toiletten, damit vor allem Seniorinnen und Senioren längere Strecken unterwegs sein können. Mit Mobilitäts-Service-Punkten an Schnellbahnhaltestellen wird Hamburg auf die steigende Nachfrage nach Vernetzung des ÖPNV mit anderen Verkehrsmitteln reagieren.

Bestehende Schulungs- und Trainingsprogramme für mobilitätseingeschränkte Menschen und die HVV Mobilitätsberatung für Seniorinnen und Senioren werden fortgeführt, um speziell die Belange älterer Menschen berücksichtigen.

Mit den für die Planung von Straßen und Straßenräumen gültigen Hamburger Planungsrichtlinien werden auch gesellschaftliche und demografische Veränderungen berücksichtigt.

(7) Verkehrs- und Lebensräume als Aufenthaltsorte attraktiv gestalten

Mit dem stetigen Bevölkerungswachstum Hamburgs sind Ansprüche an die Qualität urbanen Lebens verbunden. Hamburg setzt hier auf die Elektromobilität. Elektromobilität kann einen wichtigen Beitrag zu einer verbesserten Lebensqualität bei gleichzeitigem Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft leisten.

Ein weiteres wichtiges Feld zur Steigerung der Aufenthaltsqualität stellt die Verkehrsberuhigung in den Innenstadtbereichen dar. Im Ergebnis sind öffentliche Flächen nicht nur Durchgangsräume sondern auch Aufenthaltsorte, an denen sich das Stadtleben abspielt.

Auch das Z Fußgehen und Fahrradfahren sind Ausdrucksformen eines urbanen Lebensstils und der nötige Raum muss dafür bereitgestellt werden. Insbesondere im Rahmen der Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur ist regelhaft zu prüfen, wie die Verkehrsverhältnisse für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer optimiert werden können.

Eine zunehmende Rolle werden Pedelecs spielen, die das Fahrradfahren insbesondere für ältere Menschen noch attraktiver machen. Damit einhergehen hohe Ansprüche an die Infrastruktur der Radverkehrsanlagen. Wie auch für den sonstigen zügig fahrenden Radverkehr müssen die Anlagen eine geradlinige und stetige Linienführung sowie eine ebene Oberfläche aufweisen.

4. GESUNDHEIT UND PFLEGE

Demografische Veränderungen in der Metropolregion werden – auch wenn sie für Hamburg mit deutlicher Verzögerung greifen – erhebliche Auswirkungen auf die gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung haben. Die Zahl älterer Patientinnen und Patienten steigt kontinuierlich an und damit auch die Prävalenz bzw. die Häufigkeit wesentlicher Erkrankungen⁶³. Die Anzahl der chronisch Kranken wird zunehmen. Denn die Häufigkeit chronischer Erkrankungen nimmt erwiesenermaßen mit dem Alter stark zu. Aus der bundesweit durchgeführten Befragung des Robert Koch Institutes (RKI) ist ermittelbar: Der Anteil chronisch Erkrankter liegt bei der jüngsten Altersgruppe unter einem Fünftel der Befragten. Bei den über 65-Jährigen hingegen geben über die Hälfte der Männer und knapp 60 % der Frauen an, eine chronische Krankheit zu haben⁶⁴.

Hinzu kommt, dass die Lebenserwartung weiter zunehmen wird (s.o. 1.2.), allerdings ebenso – wenn eventuell auch in geringerem Maße – die Zahl der Jahre mit gesundheitlichen und pflegerischen Beeinträchtigungen. Die Risiken, dass gerade in bestimmten Bevölkerungsgruppen die nichtgesunden Lebensjahre zunehmen, wachsen. Aktuell können über 65-jährige Frauen in Deutschland mit 7,1 und Männer mit 6,9 gesunden Lebensjahren rechnen⁶⁵. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Frauen und Männer ab einem Alter von 72 Jahren müssen mit mehr oder weniger einschneidenden Einschränkungen ihrer Gesundheit rechnen. Die gesunden Lebensjahre zu erhöhen, ist somit ein zentrales Anliegen gezielter Gesundheitsförderung und Prävention.

Darüber hinaus müssen sich die Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegewesens auf die wachsende Vielfalt der Bevölkerung einstellen. Dabei ist sicherzustellen, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger mit und ohne Migrationshintergrund die Angebote der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung kennen und nutzen (vgl. Hamburger Integrationskonzept).

Hamburg ist bereits heute die Gesundheitsmetropole des Nordens. Das **Gesundheitswesen** der Freien und Hansestadt Hamburg ist nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Umland von großer Bedeutung. Insbesondere bei der spezialisierten und hochspezialisierten medizinischen und pflegerischen Versorgung bietet Hamburg überregional einen wichtigen Versorgungsschwerpunkt. Bis zu 30 % der Patientinnen und Patienten in den hiesigen Krankenhäusern und 22 % der hier behandelten ambulanten Patientinnen und Patienten kommen nicht aus der Stadt. Bereits mit der letzten Zwischenfortschreibung des Krankenhausplanes 2015 in 2012 war Hamburg gehalten, zusätzliche Bettenbedarfe in der stationären Medizin in der Größenordnung eines mittleren Krankenhauses anzuerkennen. Da sich immer weniger spezialisierte Ärztinnen und Ärzte in ländlichen Regionen niederlassen, wird die aktuelle gesundheitliche Versorgungsfunktion Hamburgs in diesem Sektor der Hochleistungsmedizin an Bedeutung gewinnen.

⁶³ Nach Fritz Beske, Sechs Entwicklungslinien in Gesundheit und Pflege, 2011, steigt die Häufigkeit des Diabetes mellitus im Zeitraum von 2007 bis 2050 um 22 %, von Krebserkrankungen um 27 %, von Schlaganfällen um 62 % und von Demenz um 113 %.

⁶⁴ RKI: GEDA-Befragung 2010.

⁶⁵ EUROSTAT.

Gleichzeitig sind Hamburgs Gesundheitseinrichtungen auf Patientinnen und Patienten aus dem Umland angewiesen, um ihre Ausrüstung auf dem modernsten Stand halten bzw. refinanzieren zu können.

Die medizinische Entwicklung wird maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des künftigen Gesundheitswesens haben. Experten sagen voraus, dass die Entwicklung von Telemedizin und Biosensorik, von intelligenten, die Gesundheit und Pflege unterstützenden Angeboten zu einer stärkeren Individualisierung und den jeweiligen Bedürfnissen angepassten Form von Medizin und Pflege führen werden. Dies hat zur Folge, dass Leistungen, die bisher nur außer Haus überwacht, gesteuert oder behandelt werden konnten, künftig in der häuslichen Umgebung stattfinden können.

Vor diesem Hintergrund wird Hamburg als bedeutendes gesundheitliches Versorgungszentrum im Norden eine weiterhin zunehmende Rolle bei der gesundheitlichen Spezialversorgung im spezialärztlichen Bereich in der Metropolregion einnehmen. Hinzu kommen Leuchtturmfunktionen für Deutschland oder Nordeuropa, die EU-weit als europäische Referenzzentren ausgewiesen sind. Seltene bzw. hochkomplexe Erkrankungen werden in einem solchen Referenzzentrum zusammengeführt werden, um sie mit der gebotenen Qualität behandeln zu können und komplizierte Therapien bezahlbar zu machen. Insbesondere auf das UKE als ein Zentrum der deutschen Spitzenmedizin in Versorgung, Forschung und Ausbildung kommen dabei wichtige Herausforderungen zu.

Neben der Spitzenmedizin bietet Hamburg ein komplettes, breit aufgestelltes Spektrum der fachärztlichen stationären und ambulanten Versorgung, das es an die jeweiligen medizinischen Entwicklungen und an den Bedarf für Hamburg und die Metropolregion anzupassen gilt.

Eine wachsende demografische Bedeutung wird der weiteren Entwicklung des Fachgebietes der Geriatrie mit ihren auf die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmten Konzepten zukommen. Die Zahl von Patientinnen und Patienten, die in den Hamburger Krankenhäusern unter Hinzuziehung geriatrischen Fachverständes betreut wurden, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Die Hamburger Krankenhäuser müssen sich auf mehr hochaltrige Kranke mit einer Geriatrie typischen Multimorbidität (z.B. Gleichzeitigkeit von Störungen des Bewegungsapparates, Diabetes mellitus, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Demenz), verbunden mit einem erhöhten Auftreten von Komplikationen und Folgeerkrankungen sowie der Gefahr einer Chronifizierung und eines Autonomieverlustes einstellen. Für solche komplexen Versorgungssituationen wie in der Geriatrie, aber auch in der Psychiatrie gilt es, neue Versorgungsmodelle zu entwickeln, die den demografischen Herausforderungen und den sich wandelnden medizinisch/pflegerischen Gegebenheiten besser entsprechen. Ähnliches gilt für die gesundheitliche Versorgung der demografisch wachsenden Zahl von Menschen mit Behinderung; vor dem Hintergrund des Inklusionsziels der UN-Konvention (vgl. 3.2 und den Hamburger Landesaktionsplan) geht es hier um einen verbesserten Zugang zu auf die Behinderung eingestellten medizinischen Einrichtungen und Beratungsstellen.

Die hausärztliche Grundversorgung insbesondere im Umland – aber auch in einigen Stadtteilen Hamburgs – muss zunehmend mit Sorge betrachtet werden. Da die ausscheidenden Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland nicht mehr durch entsprechenden Nachwuchs kompensiert werden können und sich aufgrund des gewandelten medizinischen Spektrums eine höhere Er-

wartung an die hausärztliche Medizin ergeben wird, muss mit einem strukturellen hausärztlichen Defizit gerechnet werden. Gerade in einer Zeit, in der es eine zunehmende Tendenz zur ärztlichen Spezialisierung gibt, wäre dagegen eine koordinierende und die Basisversorgung absichernde hausärztliche Medizin verstärkt von Nöten. Dazu bedarf es auch in Zukunft einer abgesicherten hausärztlichen Versorgung, besonders in Stadtteilen, die bereits heute eine schwierige soziale Situation und eine hamburgweit vergleichbar geringe Zahl an Hausärzten aufweisen. Zwar ist Hamburg für Medizinerinnen und Mediziner eine attraktive Stadt, aber der bundesweite Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten, der hohe Ersatzbedarf für altersbedingt ausscheidende Hausärzte (dies sind von den 1131 praktizierenden Hausärzten rund 450) und der demografisch bedingte rechnerische Mehrbedarf von rund 470 zusätzlichen Ärzten stellen im Ergebnis eine schwierige Herausforderung dar⁶⁶.

Darüber hinaus wird damit gerechnet, dass rund 40 % der heute im Krankenhaus ärztlich Beschäftigten in den nächsten 15 Jahren ausscheiden. Hinzu kommt aufgrund der demografischen Entwicklung – bei Ableitung aus bundesweiten Zahlen – noch ein rund 33%iger Mehrbedarf zur Versorgung der stationären Patienten. Da Hamburg als medizinisches Hochleistungszentrum weit überregional Patientinnen und Patienten versorgt, ist diese Zahl eher noch höher. In Zahlen ausgedrückt: bis zum Jahr 2030 müssen insgesamt rund 4000 neue Krankenhausärztinnen und –ärzte für Hamburg gewonnen werden, davon allein 2100, um das heutige Niveau nur zu halten⁶⁷. Die Zunahme chronischer Erkrankungen und der Altersmedizin erfordern sowohl aus fachlichen wie aus wirtschaftlichen Gründen eine neue Art der Leistungserbringung, die das bisher segmentierte ambulante, stationäre und rehabilitative Gesundheitswesen überwindet. Die bisherige Sektorisierung führt gerade bei chronisch kranken Patientinnen und Patienten mit unterschiedlichen Arztkontakten zu ineffizienten Parallelbehandlungen und Informationsverlusten, die den Patientinnen und Patienten schaden. Deshalb ist die Förderung integrierter Versorgungsformen, seien es Gemeinschaftspraxen, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) oder Versorgungsnetze von Arztpraxen und Krankenhäusern künftig verstärkt angezeigt. Nur mit derartigen Einrichtungen kann die Versorgung flächendeckend langfristig gesichert werden.

Eine ähnliche Perspektive ist für die Gesundheitsfachberufe, vor allem für die Pflege, zu konstatieren. Hinzu kommt, dass die hohe pflegerische Arbeitsverdichtung und eine die großstädtischen Lebenshaltungskosten nicht kompensierende Vergütung viele Pflegenden veranlassen, nach beruflichen Alternativen zu suchen.

Die Sicherung der Hilfe bei **Pflegebedürftigkeit** wird insofern eine wichtige Zukunftsaufgabe sein. Das Eintreten von Pflegebedürftigkeit ist stark altersabhängig. Mit der Zunahme der Zahl und des Anteils über 80jähriger Menschen in Hamburg geht eine deutliche Erhöhung der Zahl Pflegebedürftiger einher.

Im Rahmen des „Pflegerports 2030“ der Bertelsmann-Stiftung und des Netzwerkes SONG (Soziales neu gestalten) sind das Ausmaß und die Auswirkungen dieser Entwicklung für Deutschland nach Kommunen und Ländern regional für 2030 abgeschätzt worden. Die Hochrechnung geht von der (üblichen) Annahme aus, dass die Häufigkeit von Pflegebedürftigkeit in den einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen unverändert bleibt – eine Annahme, die von den Daten der letzten zehn Jahre gestützt wird (zur Erfordernis verstärkter Prävention und Rehabilitation s.u.).

⁶⁶ Hausärzterverband Hamburg.

⁶⁷ Sachverständigenbericht Sondergutachten 2012, S. 78 ff, sowie Ärztestatistik 2010 der Ärztekammer Hamburg

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt in Hamburg von 46.000 in 2009 um rd. 15.000 auf rd. 61.000 in 2030. Die Steigerungsrate von 32 % ist dabei im Ländervergleich die zweitniedrigste hinter Bremen, während beispielsweise die relative Zunahme in Schleswig-Holstein 54 % und in Niedersachsen 45 % betragen wird.

Setzt man den Personaleinsatz je Pflegebedürftigem bei ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen konstant, dann steigt der Personalbedarf in der Langzeitpflege voraussichtlich mindestens so stark wie die Pflegebedürftigkeit. In einer aktuellen Prognose der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz wird für 2025 von einem Bedarf von 8.700 Pflegefachkräften⁶⁸ ausgegangen. 2012 lag er bei 7.500 Fachkräften. Gleichzeitig verringert sich das Erwerbspersonenpotential und die Konkurrenz um den Berufsnachwuchs nimmt zu. Dabei fällt die daraus resultierende Lücke im Vergleich zu den heute beschäftigten Pflegekräften in Hamburg im Vergleich zu anderen Ländern und Kommunen noch verhältnismäßig moderat aus.

Gleichzeitig setzt sich der gesellschaftliche Trend weiter fort, nach dem sich die Menschen wünschen, bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit möglichst im vertrauten Umfeld bleiben zu können und ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Teilhabe verwirklichen zu können. Dieser Trend stützt die Verwirklichung neuer Wohn- und Pflegeformen im Quartier und das Zusammenwirken von Profis und Bürgern aus der Nachbarschaft bei Hilfebedarf.

Der Anteil der dementiellen Erkrankungen als Auslöser von Pflegebedürftigkeit wird weiter zunehmen. Der Umgang mit einer zunehmenden Zahl von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen ist nicht mehr nur ein Thema der pflegerischen Versorgung, sondern stellt alle Bereiche des öffentlichen Lebens vor neue Herausforderungen. Menschen mit und ohne Demenz begegnen sich zunehmend im Alltag, gerade wenn die Pflege nicht weiter in stationäre Einrichtungen verlagert werden soll. Dann ist es gut, wenn Bürgerinnen und Bürger ohne Demenz etwas mehr von den Erscheinungsformen wissen und hilfreich reagieren. Dadurch kann eine der schlimmsten Folgen – der Rückzug von Erkrankten und Angehörigen aus der Gemeinschaft – vermieden werden. Um die Lebensqualität für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen zu verbessern, wurde von der BGV die „Landesinitiative Leben mit Demenz“ gegründet. Zahlreiche Experten und Institutionen entwickeln in diesem Rahmen Verbesserungsvorschläge für den zukünftigen Alltag in der Stadt und in der medizinischen und pflegerischen Versorgung.

In Bezug auf die Pflege müssen sich alle Beteiligten vor Augen halten, dass die Entwicklung nach 2030 noch einmal an Geschwindigkeit zunehmen wird: Das Übertreten der Baby-Boomer in das Rentenalter ist nur ein „Vorgeschmack“ auf ihr Übertreten in das vierte Lebensalter (über 80jährige), das zwischen 2035 und 2045 stattfinden wird.

Die große Herausforderung Pflege bei gleichzeitig vergleichsweise guter Ausgangssituation erfordert und ermöglicht von allen Beteiligten in Hamburg das Verfolgen anspruchsvoller Ziele im Zeitraum bis 2030. Das demografisch begründbare Ziel ist, das Auftreten chronischer Erkrankungen so weit wie möglich zu vermeiden bzw. ihren Beginn in eine spätere Lebensphase zu verschieben (Komprimierung von Krankheiten). Damit soll die Lebensphase mit einschränkender Krankheit oder Pflegebedürftigkeit verkürzt werden, um bei steigender Lebenserwartung möglichst viele beschwerdefreie Lebensjahre zu gewinnen. Dieses Ziel wird mit einem vor allem kurativ ausgerichteten Gesundheitswesen nicht zu erreichen sein. Prävention und Gesundheitsförderung müssen als gleichwertige Säule des Gesundheitswesens neben Behandlung, Rehabilitation und Pflege strukturell verankert werden.

⁶⁸ Ganze Stellen.

Eine auf die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ausgerichtete Strategie mit Beteiligung aller Politikbereiche schafft die Voraussetzungen für die Verbesserung gesundheitlicher Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger (gesundheitsfördernde Gesamtpolitik).

Betriebe müssen sich der veränderten Altersstruktur ihrer Belegschaft stellen und bspw. durch Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Mittelfristig kommt es weniger auf altersgerechte als auf alterngerechte Arbeitsplätze an.

Darüber hinaus gilt es, die Präventionspotentiale älterer Menschen zu nutzen, wie bspw. Bewältigungsressourcen für den Umgang mit schwierigen Lebenssituationen, Steigerung der körperlichen Aktivität, der bewussten Ernährung, des mäßigen Alkoholkonsums sowie das Nichtrauchen.

Als wesentliche fachpolitische Zielsetzungen im Gesundheits- und Pflegewesen für den Zeitraum bis 2030 ergeben sich zusammenfassend:

- Ausbau Hamburgs als das Versorgungszentrum des Nordens,
- Neue integrierte Versorgungsmodelle für chronische Erkrankungen wie in der Geriatrie zur Überwindung der Sektorengrenzen,
- Absicherung einer primärmedizinischen Versorgung,
- Fachkräftegewinnung für alle im Gesundheitswesen benötigten Berufsgruppen,
- Betonung der Ambulantisierung der Pflege,
- Ausbau der Prävention zur Krankheits- und Pflegevermeidung.

(1) Hamburg wird seine Rolle als bedeutendes Versorgungszentrum im Norden ausbauen.

Mit dem geplanten Zentrum für Seltene Erkrankungen am UKE sowie mit einer besonderen Transparenz- und Qualitätsoffensive der Kliniken wird Hamburg sein Angebot bewusst über die bisherige Einzugsregion hinaus ausweiten. Hamburg wird sich mit einem abgestimmten Angebot der hochspezialisierten Versorgung wahrnehmbar präsentieren und mit geregelten Verfahren für gute Qualität und Patientensicherheit besonders im Krankenhaussektor einstehen.

Dabei wird Hamburg sich auch darauf einstellen, dass Patientinnen und Patienten aufgrund des Alters und der entfernten Wohnorte nicht immer zur medizinischen Behandlung in die Stadt kommen können. Hamburg fördert diese Entwicklung durch seine Landesinvestitionen in den Krankenhaussektor einerseits und durch eine hohe Vorhaltung universitärer Spitzenmedizin und ambulanter Versorgungsangebote andererseits.

Besonders die hoch spezialisierten medizinischen Angebote müssen technisch so ausgestaltet werden, dass Patientinnen und Patienten an entfernten Orten telemedizinisch überwacht und künftig sogar therapiert werden können. Hamburg wird die bisher vereinzelt vorgehaltenen telemedizinischen Angebote deshalb gezielt koordiniert weiterentwickeln und ein einheitliches telematisches Portal für alle Kliniken schaffen. Ziel ist es, Hamburg zu einem telemedizinischen Zentrum im Norden Europas zu entwickeln. Parallel hierzu werden Angebote für smart-homes⁶⁹ bzw. ambient-assistant-living⁷⁰ in Hamburg modellhaft erprobt. Sie werden in einer konzertierten Aktion von Wissenschaft, Industrie und Wohnungswirtschaft weiterentwickelt, bis sie am Modellstandort Hamburg großflächig eingesetzt werden können.

⁶⁹ Oberbegriff für technische Verfahren und Systeme in Wohnräumen und –häusern, in deren Mittelpunkt eine Erhöhung von Wohn- und Lebensqualität, Sicherheit und effizienter Energienutzung auf Basis vernetzter und fernsteuerbarer Geräte und Installationen sowie automatisierbarer Abläufe steht (Wikipedia, 4.3.2014).

⁷⁰ Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben. Umfasst werden Methoden, Konzepte, (elektronische) Systeme, Produkte sowie Dienstleistungen, welche das alltägliche Leben älterer und auch benachteiligter Menschen situationsabhängig und unaufdringlich unterstützen (Wikipedia, 4.3.2014).

(2) Neue Versorgungsformen für chronische Erkrankungen

Im Jahr 2030 haben indikationsbezogene Versorgungsformen eine große Bedeutung in der Versorgung chronisch und psychisch Kranker. Hier arbeiten verschiedene Gesundheitsberufe und Institutionen nach spezifischen, auf die jeweiligen Patientinnen und Patienten sowie Behandlungsfälle zugeschnittenen Behandlungsplänen zusammen. Für die Versorgung psychisch Kranker sowie die Versorgung multimorbider und chronisch geriatrischer Kranker sind Versorgungsnetze mit gemeindenahen und stationären Angeboten erforderlich.

Beispielhaft für diese indikationsbezogene Versorgungsform entwickelt Hamburg vor diesem Hintergrund ein abgestimmtes, umfassendes und wohnortnahes geriatrisches Versorgungskonzept, das auch einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung oder Verzögerung von Pflegebedürftigkeit leistet. Dieses umfasst

- ambulante geriatrische Kompetenzzentren in allen Bezirken mit geriatrischen Institutsambulanzen, Beratung und ambulanter geriatrischer Rehabilitation,
- die vollstationäre und teilstationäre geriatrische Versorgung im Krankenhaus,
- mit Pflegeeinrichtungen verzahnte Angebote sowie
- die wissenschaftliche Betrachtung geriatrischer Erkrankungen im Rahmen einer unbefristeten Stiftungsprofessur an der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg / UKE.

Die Hamburger Krankenhäuser sollen flächendeckend eine auf das Bild der Multimorbidität abgestimmte multidimensionale geriatrische Abklärung der verschiedenen Krankheiten und ihrer jeweiligen Zusammenhänge, sowie eine darauf aufbauende, altersgerechte medizinische Intervention in Verbindung mit (früh-)rehabilitativer Behandlung anbieten. Wesentliche Bestandteile werden die geriatrische Akutbehandlung, die geriatrische Frührehabilitation, die neurologische Frührehabilitation und ggf. die gerontopsychiatrische Behandlung sein:

- Flächendeckende Etablierung geriatrischer Akutbehandlungseinheiten in Hamburg.
- Die umfassende geriatrische Versorgung u.a. mit geriatrischer Frührehabilitation soll in den Krankenhäusern mit ausgewiesenen geriatrischen Zentren erfolgen.
- Alle Hamburger Krankenhäuser sollen über die erforderlichen geriatrischen Grundkompetenzen verfügen.
- Versorgungseinrichtungen für somatisch erkrankte Menschen mit demenziellen Erkrankungen sollen in allen Akutkrankenhäusern für die spezielle pflegerische Versorgung demenziell Erkrankter nach Operationen etc. ggf. auch als Teilbereich der geriatrischen Akutbehandlungseinheiten eingerichtet werden.
- Die Hamburger Geriatrien werden enger verzahnt mit anderen Kliniken, Pflegeeinrichtungen, auch der Tagespflege, Beratung und Betreuung und der ambulanten geriatrischen Rehabilitation.
- Die Geriatrie in Hamburg wird an allen Standorten mit der Gerontopsychiatrie verzahnt. Spezialisierte gerontopsychiatrische Fachabteilungen werden bis 2030 in möglichst vielen psychiatrischen Kliniken etabliert.

Ähnliche, die unterschiedlichen pflegerischen, ambulanten, teilstationären und stationären Versorgungsbedarfe übergreifend integrierende Versorgungsmodelle sollen für andere chronische Erkrankungen unter bewusster Überwindung der heutigen Sektorengrenzen entwickelt werden. Die bisherigen Mittel der Koordination wie die Landeskonferenz Versorgung sind dabei vorrangig zu nutzen und auszubauen.

Als weiteres neues Versorgungsmodell haben sich regional in Stadtteilen populationsbezogene Versorgungsformen etabliert. So lässt sich durch den Aufbau von regionalen Versorgungszentren eine regionalisierte Komplettversorgung ermöglichen. Solche Einrichtungen können durch aufsuchende Betreuung und durch entsprechend qualifizierte Gesundheitsberufe die ambulante Versorgung sicherstellen, ohne einseitig die Versorgung mit Arztpraxen in den Fokus zu nehmen. Es bieten sich vor Ort bestehende Krankenhäuser oder neue Kooperationsformen niedergelassener und stationärer Leistungserbringer für einen Aus- bzw. Umbau zu Versorgungszentren an.

In beiden Versorgungsformen muss die Einbindung der Rehabilitation und Prävention gewährleistet sein und die Prinzipien „Vorsorgen statt Behandeln“ und „Reha vor Rente bzw. Pflege“ gestärkt werden.

(3) Absicherung der primärmedizinischen Versorgung

Alle Bürgerinnen und Bürger in Hamburg und in der Metropolregion brauchen eine wohnortnahe hausärztliche und kinderärztliche Versorgung. Dabei sind die Alters- und Sozialstrukturen vor Ort zu berücksichtigen. Über die Bedarfsplanung wird gewährleistet, dass eine ausreichende hausärztliche Versorgung vor Ort vorhanden ist. Hamburg als attraktiver Niederlassungsstandort und Universitätsstadt muss dafür Sorge tragen, dass ein genügendes Angebot an haus- und kinderärztlicher Versorgung möglich ist,

- indem bei der Ausbildung von jungen Medizinerinnen und Medizinern auf die Ausbildung für die hausärztliche Medizin besonderen Wert gelegt wird,
- durch die rechtliche Ermöglichung von technischer, organisatorischer und finanzieller Unterstützung der hausärztlichen Medizin,
- aber auch durch die Ausbildung von Gesundheitsberufen, die primärmedizinische Versorgung unterstützen oder übernehmen können.

(4) Hamburg sichert das Fachkräfteangebot für alle im Gesundheitswesen benötigten Berufsgruppen.

Die Wahrnehmung hochspezialisierter Leistungen für eine große Region setzt einen qualifizierten Nachwuchs an ärztlicher und pflegerischer Professionalität voraus. Hamburg ist für medizinisches und pflegerisches Personal attraktiv und muss dies auch bleiben. Dabei ist es auch Aufgabe der Krankenhäuser, frühzeitig eigene Maßnahmen zu entwickeln, um den notwendigen Nachwuchs und Bestand in den Gesundheitsfachberufen in ihren Häusern zu binden.

Die klassischen medizinischen und pflegerischen Ausbildungen müssen sich den veränderten Anforderungen im Sinne der immer weiter fortschreitenden Spezialisierung, aber auch Verbreiterung des beruflichen Spektrums in der Primärmedizin stellen. Das UKE muss diese Entwicklung bei der Gestaltung der Inhalte des medizinischen Studiums berücksichtigen. Zudem bedarf es innovativer Ausbildungsgänge in Kooperation mit den bisherigen Fachschulen sowie durch Verzahnung mit Hochschulen oder fachschulorientierten Möglichkeiten. Hamburg wird 2030 ein breites Spektrum von medizinischen und pflegerischen Fachkräften vorhalten, die die frühere Fixierung auf ärztliche und pflegerische Berufe deutlich erweitern. Den gravierenden Mangel an Pflegekräften wird Hamburg im Rahmen der Fachkräftestrategie durch eine innovative Pflegeoffensive überwinden,

denn die heute ausgebildeten Pflegekräfte sind die Antwort auf den demografisch steigenden Bedarf in den nächsten Jahrzehnten. Die Zahl der Ausbildungsplätze wird bedarfsentsprechend ausgebaut. Dabei geht es einerseits darum, möglichst viele junge Menschen, insbesondere auch junge Männer, für den Pflegeberuf zu begeistern und andererseits ihnen nach der Ausbildung eine interessante Perspektive in diesem Beruf zu eröffnen, um sie in dem Berufsfeld zu halten. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in bestimmten Berufen erhöht wird. So soll diese z.B. in der Langzeitpflege für den Beruf Altenpfleger/Altenpflegerin⁷¹ von 430 (2012) auf 700 steigen. Ein attraktives Ausbildungsangebot, das – abhängig von der schulischen Qualifikation – unterschiedliche maßgeschneiderte Ausbildungswege eröffnet, ist dabei ebenso wichtig wie eine möglichst geringe Abbrecherquote. Die Ausbildungswege werden sich von der Pflegeassistenten bis zur akademisierten und spezialisierten Pflegekraft differenzieren und versprechen mit ihrer Durchlässigkeit den jungen Menschen interessante berufliche Perspektiven. Hamburgerinnen und Hamburger, die in ihrem persönlichem Umfeld Pflegeleistungen für Angehörige erbracht haben, werden gezielt angesprochen, um ihnen die Option einer „zweiten Karriere“ in der Pflege anzubieten. Dabei spielt in einer älter werdenden Bevölkerung das Einstiegsalter für eine weitere berufliche Entwicklung keine Rolle.

Durch den zunehmenden Ärztemangel werden Pflegekräfte in den nächsten Jahren auch Therapien und Rehabilitationsleistungen im festgelegten Rahmen übernehmen und insofern ihr Tätigkeitsfeld erweitern. Die integrierte Versorgung ermöglicht es Pflegekräften, ihre Patientinnen und Patienten sowohl in den Pflegeeinheiten als auch während der medizinischen Behandlung und Rehabilitation zu betreuen. Diese patientenzentrierte Pflege unterstützt den Patienten durch eine ihm vertraute Bezugsperson und schafft den Pflegekräften einen breiten beruflichen Horizont.

(5) Hamburg organisiert generationenübergreifende Wohn- und Versorgungsmodelle für Pflegebedürftige in Quartieren.

Zur Vorbereitung auf die großen Herausforderungen in der Pflege wird Hamburg das Hilfeangebot so umsteuern, dass vorrangig quartiersbezogene Strukturen, die nachbarschaftliches Engagement ermutigen und fachpflegerische Versorgung ergänzen, verwirklicht werden. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nehmen den Einzug in eine vollstationäre Einrichtung in Kauf, wenn es aus ihrer Sicht keine Alternativen mehr gibt. In Hamburg wurden hunderte nicht bedarfsgerechte Pflegeheimplätze errichtet. Sie üben keinen erkennbaren „Sog“ aus, sondern stehen leer. 2012 lag die Auslastung von gut 17.700 Plätzen unter 90 %. Stattdessen erfreuen sich neue Konzepte ambulanter und stationärer Wohngemeinschaften einer großen Beliebtheit. Weitere Wohnkonzepte, die noch stärker auf das Wohnen in der eigenen Wohnung, aber integriert in ein stützendes Umfeld und gestützt durch professionelle Pflege setzen, sind in Vorbereitung. Die entsprechenden Anforderungen (insbesondere Barrierefreiheit, Gemeinschaftsräume, integrierte Großwohnungen für Wohngruppen, Mix unterschiedlicher Wohnungsgrößen, Gewerberäume für ambulante Dienste) werden systematisch in die Wettbewerbs- und Ausschreibungsunterlagen von städtebaulichen Neuplanungen von Wohngebieten integriert. Im Neubau und im Bestand wird dafür gesorgt, dass mögliche Investoren und Betreiber Kooperationsstrukturen aufbauen können, um entsprechende Vorhaben zu realisieren. Die jetzt vorhandenen Heimplätze sind für die nächsten Jahre ausreichend, weitere werden nicht benötigt. Um die Bedürfnisse der Hamburgerinnen und Hamburger nach normalem Wohnen trotz Pflegebedürftigkeit zu befriedigen und zukunftsfähige Ansätze zu entwickeln, werden neue Wohn- und Versorgungskonzepte gezielt unterstützt werden.

⁷¹ Dieser Beruf wird voraussichtlich bis 2025 in einer generalistischen Pflegeausbildung aufgegangen sein.

(6) Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention als eine unabdingbare Voraussetzung für die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Auch 2030 wird ein großer Anteil der Lebensjahre mit Beeinträchtigungen auf Krankheiten zurückzuführen sein, die mit Gesundheitsförderung und Prävention vermeidbar wären. Es gehört zu den großen demografischen Herausforderungen, diese durch Prävention in jedem Lebensalter bezogen auf die soziokulturellen und geschlechtsspezifischen Bedürfnisse anzugehen. Für jeden einzelnen, aber auch für das System der sozialen Sicherheit ist es geboten, das Risiko für Erkrankungen und Krankheitsjahre soweit wie möglich zu reduzieren.

Obschon die Wirksamkeit von Gesundheitsförderung und Prävention systemisch schwer messbar ist, lassen sich doch in Teilbereichen positive Wechselwirkungen zwischen Prävention und Gesundheit nachweisen. So zeigen bspw. Hamburger Befragungsdaten von über 60-Jährigen, dass Personen, die ein „vorbildliches gesundheitsförderndes Verhalten“ bezogen auf Ernährung und Bewegung angaben, weniger gesundheitlich eingeschränkt waren und einen besseren Gesundheitszustand angaben. Diese Einsichten bilden zusammen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen die Triebfeder für konkrete Ziele und Ansätze einer an den Lebenswelten orientierten Gesundheitsförderung und Prävention. Diese sollten möglichst frühzeitig einsetzen und bis ins hohe Alter fortgeführt werden.

Hamburg hat ein seit Jahrzehnten bundesweit beachtetes System der gesundheitlichen Prävention und Gesundheitsförderung aufgebaut. Vorbildliche freiwillige Kooperationen mit allen Präventionsträgern existieren und werden im Pakt für Prävention gemeinsam weitergeführt. Über 100 Organisationen machen heute schon mit. Damit ist Hamburg in Deutschland Modellstadt für gesundheitliche Prävention – obwohl die verpflichtenden rechtlichen Grundlagen dafür fehlen. Bisher sind die für die Prävention aufgewandten Mittel zu gering, um der Zunahme von chronischen Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit frühzeitig zu begegnen. Von daher wird sich Hamburg für ein Bundesgesetz einsetzen, um die finanzielle Ausstattung für die Prävention zu verbessern und die verbindliche Kooperation für die Prävention deutlich auszubauen.

Die Hamburger Ansätze einer an den altersbezogenen Lebensphasen orientierten Gesundheitsförderung und Prävention im Rahmen des Paktes für Prävention setzen erste Maßstäbe. So weist bspw. das Rahmenprogramm „Gesund alt werden in Hamburg!“ auf wichtige Zielbereiche hin und entwickelt konkrete Zielkorridore. In diesem Zusammenhang wird die große Bedeutung der Teilhabe und Integration in das gesellschaftliche Leben für die Lebensqualität und die Gesundheit älterer Menschen betont. Dazu gehört es u. a., Barrieren abzubauen sowie mangelnde Teilhabe und Isolation zu erkennen und zu reduzieren. Ein weiteres Ziel ist es, möglichst frühzeitig die beginnende Gebrechlichkeit bei älteren Menschen (vulnerable Zielgruppe) zu erkennen, um ihren Gesundheitszustand zu stabilisieren und zu verbessern. Hier setzt das Ziel Bewegungsförderung und Gesunderhaltung an, das u. a. die Hamburger Aktivitäten zur Sturzprävention umfasst.

Ein Lebensstil, der im Alltag Gesundheitsförderung und Prävention beinhaltet, kann in Hamburg entwickelt werden, wenn Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten Kita, Schule, Arbeitsplatz und im Quartier bzw. in der medizinischen Versorgung und in der Pflege zur Selbstverständlichkeit und integrale Bestandteile des Lebens in dieser Stadt geworden sind. Gesundheitsförderung und Prävention finden in jedem Lebensalter statt, weil gesundheitliche Effekte von klein auf bis ins hohe Alter möglich sind.

Hamburg hat den Ehrgeiz, zu der Großstadt in Deutschland zu werden, in der Bürgerinnen und Bürger leben, die besonders gute Aussichten haben, gesund alt zu werden.

5. ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Demografische Veränderungen wirken sich auch auf die öffentliche Verwaltung aus. Betroffen ist einerseits die Freie und Hansestadt als Arbeitgeber, andererseits bestehen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

a) Bedeutung des demografischen Wandels für die FHH als Arbeitgeber

Auch die Freie und Hansestadt Hamburg muss sich im Hinblick auf ihre Beschäftigten auf den demografischen Wandel einstellen. Das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst ist im Vergleich zu Unternehmen der Privatwirtschaft hoch: Bei den technischen Berufen beträgt es bereits heute 50 Jahre. Bis 2020 werden 22,7 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Altersgründen aus der Hamburgischen Verwaltung ausscheiden⁷². Abgänge werden ebenfalls bei den Lehrkräften an allgemein bildenden Schulen, den technischen sowie den sozialen Berufen erwartet. Insbesondere im sozialen und technischen Bereich fehlen schon heute Nachwuchskräfte. Diese Situation kann sich in Zukunft vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und wegen des zunehmenden allgemeinen Fachkräftemangels noch verschärfen.

Die Einstellung von Nachwuchskräften und die vorausschauende und verantwortungsvolle Ausbildung von jungen Menschen ist mehr denn je eine Kernaufgabe für die Freie und Hansestadt Hamburg als Arbeitgeber. Dazu zählt auch die Zielgruppe von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund.

Angesichts der demografischen Herausforderungen werden die Ausschöpfung der internen Potenziale sowie die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit (z.B. durch Gesundheitsförderung, lebenslanges Lernen, Talentmanagement) und der Erhalt des Wissens der Organisation immer wichtiger. Dies sichert nicht nur die Handlungsfähigkeit der hamburgischen Verwaltung, sondern steigert auch die Arbeitgeberattraktivität.

Wesentliche Zielsetzungen vor diesem Hintergrund für den Zeitraum bis 2030 sind:

- Verbesserung des Fachkräftemarketings, Weiterentwicklung der Attraktivität des Arbeitgebers FHH, Nutzung sozialer Medien für die Ansprache von Bewerberinnen und Bewerbern,
- Erhöhung des Bewerbungs- und Einstellungsanteils von Menschen mit Migrationshintergrund,
- Erhöhung des Anteils von Frauen (und Männern) in Bereichen der Verwaltung, in denen sie bislang unterrepräsentiert sind, insbesondere Frauen in Spitzenfunktionen,
- Betriebliche Gesundheitsförderung stetig weiter entwickeln, an den jeweils aktuellen Fragestellungen ausrichten und ihre Wirksamkeit weiter optimieren,
- Wissenserhalt durch Wissensmanagement.

⁷² Personalbericht 2013 – Band II – Personalmanagementbericht

(1) Verbesserung des Fachkräftemarketings, Weiterentwicklung der Attraktivität des Arbeitgebers FHH, Nutzung sozialer Medien für die Ansprache von Bewerberinnen und Bewerbern

Im Sinne der Fachkräftestrategie hat die Hamburger Verwaltung die wesentlichen Handlungsfelder identifiziert, um engagierte Fachkräfte auch für die Verwaltung zu gewinnen. Dafür nutzt sie Kontakte zu den relevanten Hochschulen, Messen und Medien sowie die Nachwuchskräfte als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf dem Bewerbermarkt.

(2) Erhöhung des Bewerbungs- und Einstellungsanteils von Menschen mit Migrationshintergrund

Die Hamburger Verwaltung erhöht weiterhin den Bewerbungs- und Einstellungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Ausbildungsbereichen des öffentlichen Dienstes wie zurzeit mit der Kampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“. Auch für Hamburgs Schulen konnten in den letzten Jahren verstärkt Lehrkräfte mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Ziel ist, dass sich die Vielfalt der Bevölkerung auch in den Beschäftigten der Stadt widerspiegelt.

(3) Erhöhung des Anteils von Frauen (und Männern) in Bereichen der Verwaltung, in denen sie bislang unterrepräsentiert sind, insbesondere Frauen in Spitzenfunktionen

54,7 % aller Beschäftigten der Hamburger Verwaltung sind Frauen. Unter den Führungskräften beträgt der Frauenanteil 38,3 % (siehe ebd.). Diese ungenutzten Potenziale von Frauen sollen in Zukunft besser ausgeschöpft werden. Mit der geplanten Novellierung des Hamburgischen Gleichstellungsgesetzes ist beabsichtigt, im Rahmen der behördlichen Gleichstellungspläne künftig konkrete Planungen von Maßnahmen zur Steigerung der gleichmäßigen Repräsentanz der Geschlechter vorzulegen.

(4) Betriebliche Gesundheitsförderung

Hamburg betreibt seit vielen Jahren ein Monitoring der Fehlzeiten seiner Beschäftigten. Hier ist seit langem feststellbar, dass ältere Beschäftigte, insbesondere durch eine Chronifizierung von Krankheiten, häufig höhere Fehlzeiten aufweisen. Zwar ist dies nur ein Indikator, der sich nicht monokausal auf Arbeitsbedingungen zurückführen lässt, allerdings gilt es gleichwohl, angesichts der älter werdenden Belegschaft ein besonderes Augenmerk darauf zu legen.

Ein wesentliches Handlungsfeld im Umgang mit der demografischen Entwicklung ist die Betriebliche Gesundheitsförderung. Durch Maßnahmen der Verhaltensprävention, insbesondere aber auch der Verhältnisprävention müssen Führungskräfte ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig für dieses Thema sensibilisiert und angeregt werden, aktiv zu werden. Insbesondere den Führungskräften kommt hier eine Schlüsselrolle zu.

(5) Wissensmanagement

Der demografische Wandel bedeutet auch, dass eine große Zahl von Beschäftigten die Hamburgische Verwaltung verlassen wird. Es gilt, ihr Wissen durch ein geeignetes Wissensmanagement zu dokumentieren und für nachfolgende Beschäftigte nutzbar zu machen. Hierzu entwickelt das Personalamt gemeinsam mit einigen Behörden geeignete Instrumente.

b) Bedeutung des demografischen Wandels für Hamburgs öffentliche Finanzen

Die für Deutschland insgesamt beschriebene demografische Entwicklung berührt natürlich die öffentlichen Finanzen, sie beeinflusst insbesondere direkt die Finanzen der gesetzlichen Sozialversicherung und damit den Haushalt des Bundes. Der demografische Wandel und die darauf zu findenden politischen Antworten berühren daneben aber auch in vielfältiger Weise die Haushalte von Ländern und Kommunen. Die in Hamburg bereits heute steigende Zahl älterer Menschen führt zu höheren Ausgaben für bestimmte soziale Leistungen sowie für Einrichtungen, die nur oder in besonderem Maße von dieser Altersgruppe in Anspruch genommen werden. Die Verstärkung der Zuwanderung setzt Anstrengungen – auch finanzieller Art – zur Gestaltung förderlicher Bedingungen und zur Integration voraus.

Wanderungsbewegungen können infolge an Einwohnerzahlen gekoppelter Elemente des Finanzausgleichsmechanismus zwischen den Ländern ggf. Veränderungen (Be- und Entlastungen) im Finanzausgleich bewirken. Zu bewältigen sind also komplexe Umschichtungsarbeiten, bei denen es darum geht, neuen Bedarfen zeitnah und angemessen gerecht zu werden, die aber auch die Bereitschaft verlangen, gewachsene Leistungs- und Haushaltsstrukturen in Frage zu stellen und in einzelnen Bereichen anfallende demografische Renditen abzuschöpfen.

Gerade in Zeiten ausgeprägter demografischer Veränderungen muss sich Haushaltspolitik – gesamtstaatlich wie in Hamburg – am Grundsatz der Generationengerechtigkeit orientieren. Klassische Leitlinie war, den jeweiligen Steuerzahlern im Prinzip nicht höhere Lasten aufzubürden, als von ihnen im Gegenzug aufgrund ihres Ressourcenverbrauchs auch zu tragen waren, anders ausgedrückt: Zins und Tilgung aktueller Investitionen sollten – jedenfalls in etwa – dem aktuellen Verschleiß bereits bestehender Einrichtungen, Objekte und Infrastruktur entsprechen. Mit den für die Zukunft abzusehenden, aufwachsenden Versorgungslasten vergleichsweise größerer Jahrgänge werden zahlenmäßig schwächere Jahrgänge von Erwerbstätigen konfrontiert werden. Vor diesem Hintergrund dürfen diese Jahrgänge nicht noch zusätzlich durch Zins- und Tilgungslasten aufgrund neuer, zusätzlicher öffentlicher Schulden belastet werden, die dann nicht mehr Erwerbstätige hinterlassen haben. Mittelbar sind daher der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, der völkerrechtliche Fiskalvertrag, vor allem aber die „Schuldenbremse“, die im Grundgesetz und in der hamburgischen Landesverfassung verankert wurde, nicht nur als gesetzlicher Rahmen, sondern auch konkret und materiell als Rahmen langfristig, speziell für anstehende Umschichtungsprozesse von entscheidender Bedeutung. Deswegen bestimmt dieser politisch, rechtlich und europäisch fest verankerte Rahmen das strategische Handeln der Hamburger Politik auf lange Sicht.

Eine Schlüsselrolle nimmt in diesem Zusammenhang die von der Freien und Hansestadt Hamburg betriebene Ablösung der allein auf den Geldverbrauch ausgerichteten Kameralistik durch ein kaufmännisches Rechnungswesen ein. Denn die Kameralistik bildet als reine Geldverbrauchsrechnung nicht den tatsächlichen Ressourcenverbrauch, also weder den Vermögensverzehr noch das vollständige Ausmaß der bestehenden Zukunftslasten in Form von Rückstellungen ab. Das kaufmännische Rechnungswesen hingegen gibt umfassend Auskunft über die Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten und weist diese in Form von Pensionsrückstellungen aus. Es legt damit die Grundlage für eine Haushalts- und Personalpolitik, welche nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die künftigen Lasten in den Blick nimmt. Im Sinne einer generationengerechten Haushaltsführung müssen im künftigen doppelhaushaltssystem auch die Zuführungsbedarfe zu den Pensionsrückstellungen erwirtschaftet werden. Belastungen nach-

wachsender Generationen aus den steigenden Versorgungslasten werden somit begrenzt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der durch das Ausscheiden von Beamtinnen und Beamten aus dem aktiven Dienst steigenden Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von großer Bedeutung. So wird die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen und im Jahr 2019 mit 63.806 ihren Höchststand erreichen. Im gleichen Zeitraum werden die Versorgungsausgaben dementsprechend zunehmen. Der Senat begegnet diesem Anstieg mit einer langfristig angelegten Finanzierungsstrategie.

Wesentliche Zielsetzung vor diesem Hintergrund für den Zeitraum bis 2030 ist:

- Umschichtung öffentlicher Mittel entsprechend den durch demografische Veränderungen verursachten Mehr- und Minderbedarfen unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse.

Der hamburgische Haushalt wird zukünftig laufend infolge der Veränderung und Verlagerung von Bedarfen, die sich aus demografischen Veränderungen ergeben, anzupassen sein. Hierzu werden veränderte Schwerpunktsetzungen innerhalb jedes Ressorts, aber auch – aus der Ableitung des finanzpolitischen Rahmens – ressortübergreifende Umschichtungen erforderlich werden. Im Interesse einer generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik erfolgen Umschichtungen in dem Rahmen, den das 2012 verabschiedete Finanzrahmengesetz vorgibt und der die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis spätestens 2020 gewährleistet.

Die für 2015 vorgesehene vollständige Umstellung des Haushaltswesens auf eine wirkungsorientierte Steuerung mit Hilfe eines doppischen Produkthaushalts schafft insbesondere die Voraussetzungen dafür, Zukunftsbelastungen der öffentlichen Finanzen offen zu legen und zu dokumentieren, in welchem Umfang der Erhalt städtischen Vermögens als wesentliches Element einer generationengerechten Finanzpolitik gelingt. Spätestens ab 2020 sind Haushalte so zu planen und zu steuern, dass jeder strukturelle Verzehr des städtischen Gesamtvermögens unterbleibt. Die Bewältigung der in diesem Konzept beschriebenen Aufgaben verlangt effizient wirtschaftende, aber auch finanziell handlungsfähige Länder und Gemeinden. Hamburg wird auf Bundesebene auch künftig allen Bestrebungen entgegentreten, Steuersenkungen unter Inkaufnahme einer finanziellen Destabilisierung von Ländern und Gemeinden durchzuführen.

Die für Hamburg erwartete, über dem Bundesdurchschnitt liegende Bevölkerungsentwicklung und verschiedene der im vorliegenden Konzept benannten Maßnahmen werden Hamburgs Metropolfunktion für Norddeutschland weiter stärken. Hamburg wird in den anstehenden Verhandlungen zur Reform des Finanzausgleichs dafür eintreten, dass diese besondere Funktion Hamburgs als Stadtstaat angemessen berücksichtigt wird.

Hamburg wird im Rahmen seiner Befugnisse die weitere gesetzliche Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme verantwortungsvoll begleiten und sich für tragfähige, zukunftsorientierte, demografiefeste Regelungen sowohl im Sinne der Versicherten als auch der Leistungsträger einsetzen.

4

1. AUSBAU DER VERNETZUNG

Hamburg steht mit den demografischen Veränderungen nicht allein dar, sondern muss sich innerhalb der Metropolregion Hamburg und mit anderen Regionen über die sich ergebenden Schnittmengen der unterschiedlichen und gemeinsamen Entwicklungen austauschen und gemeinsame Lösungswege entwickeln: Der Ausbau der Vernetzung findet über die hamburgweite Kooperation aller Ressorts hinaus auf vier Ebenen statt:

Metropolregion

Hamburg stellt sich seiner Verantwortung im norddeutschen Raum. Hierzu werden – zusammen mit den Partnern aus der Metropolregion – Strategien entwickelt, um für die Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel in den verschiedensten Bereichen (z.B. Wirtschaft, Wissenschaft, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Bildung) einhergehen, Lösungen zu finden.

Der Lenkungsausschuss der Metropolregion Hamburg hat deshalb in seiner Sitzung am 19. April 2013 das Leitprojekt „Demographie und Daseinsvorsorge“ eingesetzt.

Konkret werden mit dem Leitprojekt folgende Erwartungen verbunden:

- Ein Dachprojekt soll eine überblicksartige Gesamtschau der demografischen Herausforderungen, aktueller Aktivitäten und Projekte, aber auch noch bestehende, nicht in Angriff genommene Lücken/Handlungsbedarfe aufzeigen. Darüber hinaus soll das Dachprojekt die übergreifende Koordinierung und Beratung der 12 Teilprojekte, den Wissensaustausch u.a. über Querschnittsworkshops, Ergebnisdokumentation und Ergebnistransfer, sowie die Ableitung von allgemeinen/übertragbaren Strategieempfehlungen für die Metropolregion Hamburg sichern.
- In den Teilprojekten sollen innovative, regional breit übertragbare Beiträge und modellhafte Lösungen zur Gestaltung zukunftsfähiger Daseinsvorsorgeangebote entstehen, u.a. in den Bereichen Bildung, Mobilität/ÖPNV, Lebensqualität/Serviceangebote älterer Menschen, neue Wohnformen, angepasste Siedlungsentwicklung, medizinische Versorgung.
- Familienfreundliche weiche Standortqualitäten sollen gestärkt werden, insbesondere auch zur Attraktivitätssicherung für Wirtschaft und Facharbeitskräfte.

Im Bereich der Sicherung der Fachkräftebasis der Metropolregion wird (in den kommenden Monaten) von den Trägern der Metropolregion und der Wirtschaft modellhaft erarbeitet, für welche gemeinsamen Projekte es Bedarfe gibt, um in den nächsten Jahren den Herausforderungen der demografischen Entwicklung bestmöglich zu begegnen. Die Hamburg Marketing GmbH als eine gemeinschaftliche Einrichtung von Hamburg, den Kreisen der Metropolregion und der Handelskammer Hamburg ist mit der Fachkräfteinitiative des Senats beauftragt und soll bei der Akquise von Fachkräften und der Verbesserung der Willkommenskultur Unterstützung zu leisten.

Im Bereich des Nahverkehrs engagiert der HVV sich bereits seit mehreren Jahren in der Metropolregion Hamburg zum Themenkomplex Erreichbarkeit und Demografie. Allein im HVV-Gebiet nehmen im Zeitraum 2009 bis 2025 die über 65jährigen um 130.000 zu, während die unter 20jährigen um 30.000 abnehmen. Für einige der Verkehrsunternehmen im HVV bedeutet die Reduzierung oder gar der Wegfall des Schülertransports eine Gefährdung der eigenen Wirtschaftlichkeit und als Folge würde die Erreichbarkeit des ländlichen Raums per Nahverkehr beeinträchtigt. Umgekehrt müssen immer mehr Hochbetagte zu den verbleibenden Zentren der Daseinsvorsorge

(z.B. Ärzte, Banken, Verwaltung in den Ortskernen) transportiert werden, während die Einkaufsmöglichkeiten dort z.T. schon jetzt nicht mehr zu finden sind. Die demografische Entwicklung macht daher auch im HVV-Gebiet, dem engeren Raum um Hamburg, neue und flexiblere Beförderungsangebote notwendig. Der HVV wird sich insofern in das Leitprojekt „Demographie und Daseinsvorsorge“ der Metropolregion einbringen und selbst für die Beratung von Gebietskörperschaften zur Verfügung stehen, die nicht zum unmittelbaren HVV-Gebiet zählen.

Deutschland

Im Rahmen der von der Bundesregierung vorgelegten Demografiestrategie wurden zahlreiche neue Initiativen und Ideen entwickelt, die bundesweit ausgerichtet sind und damit auch Auswirkungen auf Hamburg haben werden. Hamburg wird sich weiter aktiv an der Ausgestaltung der Demografiestrategie des Bundes beteiligen und seine spezifischen Interessen als wachsende Stadt einbringen, die sich strukturell von vielen anderen Regionen Deutschlands unterscheidet. Die Bundesregierung hat ein Demografieportal des Bundes und der Länder unter www.demografie-portal.de eingerichtet. Das Portal ist ein Ort, an dem Experten, Interessierte und die Öffentlichkeit Meinungen austauschen und die Fakten aufgearbeitet werden. Es wird ergänzt durch ein umfassendes Serviceangebot rund um das Thema Demografie. Hamburg präsentiert sich über das Demografieportal und beteiligt sich so mit seinen spezifischen Interessen am bundesweiten Austausch.

Die Bundesregierung hat zahlreiche gesetzliche Vorhaben angekündigt, die einen direkten Bezug zur demografischen Entwicklung haben werden: z.B. die weitere Ausgestaltung der Pflegeversicherung, die Neuordnung der sozialen Unterstützungssysteme und des Bau- und Planungsrechts, mit dem Ziel Nutzungsmischung und Wohnen in innerstädtischen Lagen konsequenter zu ermöglichen. Diese Vorhaben werden von Hamburg nicht nur auf kurzfristige Effekte, sondern auf demografisch bedingte zukünftige Entwicklungen hin zu betrachten und in diesem Licht jeweils zu bewerten sein. Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass solche Vorhaben des Bundes im Kontext einer Demografiefestigkeit besonders geprüft werden.

Europa

Hamburg beteiligt sich schon heute an verschiedenen europäischen Initiativen, die die demografische Entwicklung aufgreifen und „best practice“-Ansätze auf europäischer Ebene entwickeln und austauschen, insbesondere an der europäischen Innovationspartnerschaft für ein gesundes und aktives Altern und dort speziell an den Aktionsgruppen

- Personalized health management, starting with a Falls Prevention Initiative, und
- Innovation for Agefriendly buildings, cities & environments.

Ziel dieser Innovationspartnerschaft ist es, die durchschnittliche Zahl der gesunden Lebensjahre der Europäerinnen und Europäer bis 2020 um zwei Jahre zu erhöhen (weitere Informationen unter http://ec.europa.eu/health/ageing/innovation/index_de.htm).

Über diese Mitgliedschaft hinaus pflegt Hamburg den Austausch mit anderen europäischen Ak-

teuren, etwa im Rahmen des EU-Programms INTERREG, das dem europaweiten thematischen Austausch u.a. zu Fragestellungen des demografischen Wandels dient. Die Mitarbeit in den europäischen Städtenetzwerken METREX und Eurocities ermöglicht dies ebenfalls.

Von den Beteiligungen an entsprechenden europäischen Programmen und Initiativen erwartet Hamburg Anregungen, wie andere Regionen Europas mit ähnlich gelagerten Herausforderungen umgehen und welche Lösungsansätze auf die deutschen bzw. regionalen Gegebenheiten übertragbar sind.

Metropolen

Hamburg gehört zu den 23 europäischen Städten, die über eine Million Einwohnerinnen und Einwohner haben. Städten, insbesondere solchen mit 1 bis 3 Millionen Einwohnern, kommt im demografischen Wandel eine Schlüsselrolle zu. Sie sind Wirtschaftsmotoren, Dienstleistungszentren und Orte der Vernetzung, des Wissens, der Kreativität und Innovation. Etwa 67 % des europäischen Brutto sozialprodukts wird in Metropolregionen erwirtschaftet. In Städten wohnen die meisten Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen.

Die demografische Entwicklung verläuft in Städten oftmals anders als in anderen Regionen des jeweiligen Staates. Viele Städte wachsen, sehen sich aber je nach Bevölkerungsstruktur mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Hierzu gehören die Alterung und die zunehmende Vielfalt der Bevölkerung sowie eine wachsende soziale und wirtschaftliche Polarisierung innerhalb und zwischen Städten. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es daher, Segregation zu verhindern und die Chancen der Vielfalt für Wachstum, Innovation und Lebensqualität zu nutzen⁷³.

Viele Städte befassen sich bereits heute in unterschiedlichem Maße mit den besonderen Auswirkungen der Demografie. Es macht von daher Sinn, Antworten und Planungen auf diese Herausforderungen gemeinsam zu suchen und einen Austausch zum gegenseitigen Nutzen zu initiieren. Hamburg wird deshalb zunächst im Rahmen bestehender Städtenetzwerke prüfen, ob es dort geeignete Partner für ein Demografie-Netzwerk europäischer Metropolen mit vergleichbarer demografischer Entwicklung und Interessenlage gibt und sich dort einbringen.

⁷³ Europäische Union, Cities of tomorrow, 2011.

2. HAMBURG 2030 - DAS GANZE IST MEHR ALS DIE SUMME DES EINZELNEN

Die in den vorderen Kapiteln beschriebenen Ressortstrategien sind ebenso wie die von einzelnen Ressorts initiierten Programme wie z.B. die Fachkräftestrategie von unterschiedlichen Ansatzpunkten dem gemeinsamen Ziel verpflichtet, Hamburg zukunftssicher aufzustellen. Diese Einzelstrategien bedingen sich gegenseitig und befördern somit insgesamt eine Kultur der demografischen Veränderungen in Hamburg. Dazu müssen die Schnittmengen ressortübergreifend abgestimmt, die Entwicklungen beobachtet und die Effekte so zusammen geführt werden, dass Hamburg seine demografiefeste und nachhaltige Entwicklung befördert. Demografische Entwicklungen ändern sich: so hat die Zuwanderungswelle der letzten Jahre demografische Prognosen übertroffen. Von daher bedarf es eines gemeinsamen Demografiemonitorings aller Ressorts, das begleitend zu der Umsetzung der Ressort-Strategien weitergeführt wird und diese an die demografischen Entwicklungen justiert. Als Folge davon ist beabsichtigt, das Demografiekonzept kontinuierlich und in regelmäßigen Abständen weiterzuentwickeln. Insbesondere auf der Grundlage der Daten des Zensus 2011 werden neue Bevölkerungsvorausberechnungen möglich sein, durch die die Trends in der Bevölkerungsentwicklung evaluiert werden können. Diese KBV wird frühestens im 2. Halbjahr 2014 möglich sein. Auf dieser Grundlage werden die im analytischen Teil des Konzeptes dargestellten Trends evaluiert. Über das Evaluationsergebnis und die sich daraus möglicherweise ergebenden strategischen Anpassungen soll im Jahr 2015 ein Bericht erstellt werden.

Daran anschließend soll in einem dreijährigen Berichtsrhythmus, beginnend ab 2018, das inhaltliche Demografiemonitoring gemeinsam mit allen beteiligten Ressorts durchgeführt werden.

Die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen der demografischen Veränderungen zu bewältigen, stellt nicht nur die Ressorts vor besondere Herausforderungen, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die ein Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft (z.B. Handels- und Handwerkskammer, Gewerkschaften) und Zivilgesellschaft erfordert. Der Senat betrachtet das vorliegende Konzept als Grundlage, um mit den gesellschaftlichen Partnern dieser Stadt in einen Dialog über die demografischen Trends und Entwicklungen sowie die daraus ableitbaren Handlungsbedarfe einzutreten. Hamburg wird einen demografischen Dialog initiieren, indem das Konzept mit fachlich relevanten gesellschaftlichen Partnern erörtert und ggf. weiterentwickelt wird. Die Ergebnisse werden in die Fortschreibung des vorliegenden Demografie-Konzeptes eingebracht werden.

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Billstraße 80, 22359 Hamburg
Internet: www.hamburg.de/bgv

Bezug:

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Broschürenservice
Billstraße 80, 20539 Hamburg
E-Mail: publikationen@bgv.hamburg.de
Tel: 040 / 428 37 23 68

Gestaltung:

www.kwh-design.de

Titelfotos:

fotoia.com: v.l.n.r.: © bob, Rawpixel, Marco281, Ana Blazic Pavlovic, kunertus, goodluz

Druck:

VIG Druck & Media GmbH

August 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung oder in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Hamburg

Behörde für Gesundheit
und Verbraucherschutz